

NEUE ZEIT

OKTOBER 1980

41

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum _____

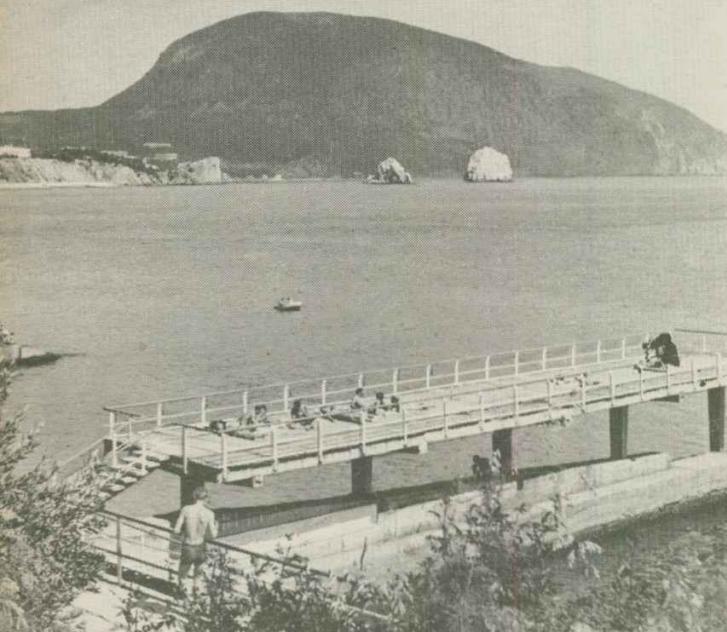
Unterschrift des Leiters

WOCHE NSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305

**NAHOST:
GEFÄHRLICHER
DREIBUND**





Am Meer

Führung in
das berühmte
Schloß Liwadia



Abends ins Café
„Sputnik“



Auf der Krim
sind sie Freunde
geworden

Auf der
„Mini-Olympiade“
geht es
heiß her

In der UdSSR wird der Fremdenverkehr sehr gefördert. Leonid Breschnew sagte: „Wir sind für eine Ausdehnung des Touristenaustauschs. Wir sind für umfangreiche Kontakte zwischen der Öffentlichkeit verschiedener Länder, für Treffen zwischen Jugendlichen und Angehörigen verwandter Berufe, für Gesellschafts- und Einzelreisen.“

Laut Statistik ist der Besuch ausländischer Touristen in den letzten fünf Jahren um mehr als 50% angewachsen, hatte die UdSSR 23 Millionen Auslandsgäste und reisten 18 Millionen Sowjetbürger ins Ausland.

Viel zu tun haben das 1958 in der UdSSR ge-

gründete Internationale Jugendreisebüro „Sputnik“ und seine 200 Niederlassungen bei den Komsomolkomitees der Sowjetrepubliken, der Landesregionen und -gebiete. Mit jedem Jahr kommen mehr junge Menschen nach der Sowjetunion und reisen mehr sowjetische Jugendliche ins Ausland.

Eine der beliebtesten Erholungsstätten für die Jugend ist in unserem Land das internationale Ferienlager „Sputnik“ auf der Krimhalbinsel. Seit Juni 1959, als die ersten jungen Gäste in diesem Lager in Gursuf am Schwarzen Meer eintrafen, haben hier über 110 000 sowjetische und 70 000 ausländische Touristen zur Erholung geweilt.



Fotos:
A. Motschalin

TATKRÄFTIGE, ENERGISCHE ARBEIT

Die sowjetischen Kommunisten arbeiten auf den XXVI. Parteitag am 23. Februar 1981 hin. Seine Besonderheit besteht, wie auch die der vorangegangenen, darin, daß alle sowjetischen Menschen — Arbeiter, Bauern, Intelligenz, Jugend, Frauen und Männer — ihn als das höchste und angesehenste demokratische Organ im Lande betrachten. Das geschieht nicht nur aus Achtung vor der regierenden Partei, die dem Volk konsequent dient. Es ergibt sich aus den jahrelangen Erfahrungen und den bewährten Traditionen der Einheit von Partei und Volk. Es ist der Ausdruck dafür, daß die Demokratie im Sozialismus die gesellschaftliche und die staatliche Initiative vereint.

Um Herr seines Landes und einzige Machtquelle zu sein, muß das Volk Eigentümer der Produktionsmittel, der materiellen und geistigen Werte der Gesellschaft sein. Sonst wäre das Wort von der Volksmacht leeres Gerede. Nicht umsonst hatte der verstorbene bundesdeutsche Industrielle Friedrich Flick zum Wesen des kapitalistischen Staates, zur Macht der Monopole geschrieben: Macht ist nur in dem Grade wirksam, wie das Volk nicht weiß, wem sie tatsächlich gehört.

Wir werden mit unseren ideologischen Gegnern niemals in der Bewertung der demokratischen Kriterien konform gehen. Während sie nämlich ihr Ziel in der Schutzfunktion der Macht, im Schutz des Privateigentums und des Rechts auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sehen, geht der Sozialismus von der Notwendigkeit aus, die grundlegenden Menschenrechte — das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf medizinische Hilfe, Wohnraum und Erholung — zu verwirklichen. Unser Ideal: Die freie Entwicklung aller ist die Voraussetzung für die freie Entwicklung des Einzelnen.

In der sozialistischen Demokratie haben die werktätigen Massen das richtige Mittel zur Umgestaltung des Lebens auf neuer, gerechter Grundlage. Sie findet immer stärkeren Eingang in die geistige Welt der Menschen, zwischen ihnen verankert sich ein demokratischer Umgangsstil. In dem Zeitraum nach dem XXV. Parteitag der KPdSU hat sich dieser Prozeß im-

mer stärker entwickelt. Die sowjetische Verfassung wurde umfassend und interessiert diskutiert, formuliert, einmütig beschlossen und wurde zum organischen Bestandteil unseres täglichen Lebens. Seit dem 7. Oktober 1977 haben wir uns um viele neue Gesetze bereichert. Außerhalb unseres Landes fanden die Gesetze über die Staatsbürgerschaft der UdSSR, über die Regeln beim Abschluß, bei der Einhaltung und der Aufhebung internationaler Verträge ein positives Echo. In diesem Jahr kamen zur Gesetzgebung Dokumente über den Schutz und die Nutzung der Tierwelt sowie über die Reinhalterung der Luft hinzu. Diese beiden letzten Gesetze stehen in organischem Zusammenhang mit der Frage, die die UdSSR der UNO zur Be- schlußfassung vorlegte: „Über die historische Verantwortung der Staaten für die Erhaltung der Natur der Erde für die heutige und für künftige Generationen“. Es ist kennzeichnend, daß gerade ein sozialistischer Staat die Untrennbarkeit der Innen- und Außenpolitik demonstriert, indem er Sorge um die Tierwelt und die Atmosphäre nicht nur auf dem eigenen Territorium trägt, sondern auch als Initiator des globalen Naturschutzes auftritt.

Die ganze Welt weiß, daß an unseren Wahlen in die Sowjets — die Obersten wie die örtlichen — praktisch die gesamte erwachsene Bevölkerung teilnimmt. Vergleichen wir das mit Zahlen, die unser Berichterstatter Juri Gudkow in diesem Heft anführt: Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 1976 in den USA war die „Partei der Stimmenthalter“ die stärkste. Sie machte 45,6 Prozent aller Wähler aus. Stellen wir die Passivität des amerikanischen Wählers am Wahltag und sein praktisch unmöglich gemachtes Mitregieren der Aktivität der sowjetischen Bevölkerung und jener tagtäglichen Kontrolle gegenüber, die sie der Arbeit der Sowjets angedeihen läßt. Allein 1979 wurden rund 80 000 Deputiertenanfragen an die Exekutivkomitees der Sowjets sowie an andere Staatsorgane und Offizielle gerichtet. Den Rechenschaftsversammlungen der Exekutivkomitees der Sowjets wohnten 58 Millionen Personen bei.

In Alma-Ata rief Leonid Breschnew dazu auf, die Vorbereitung auf den XXVI. Parteitag der KPdSU energisch und tatkräftig zu betreiben. Und das tun die sowjetischen Menschen. Sie denken darüber nach, wie sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt beschleunigen, die Arbeits- und Staatsdisziplin festigen, die Arbeitsproduktivität steigern lassen, und analysieren eingehend, objektiv und selbstkritisch eigene Leistungen und Versäumnisse. Denn darin liegt der Weg zur Erfüllung des wichtigen Leninschen Wunsches, „daß wir unsere Partei auf keinen Fall in die Lage einer überheblichen Partei bringen werden“. Tatkräftige, energische Arbeit ist das Unterpfand zur weiteren Vollkommenung der Volksmacht, für den erfolgreichen Kampf um Frieden und Fortschritt.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 41 OKTOBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionsskollegium: L. BESYMEWSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Tatkräftige, energische Arbeit	1
A. Uswatow — UdSSR—Indien. Gemeinsam im Friedenkampf	5
K. Karagesian, M. Fjodorow — BRD. Die Wählererwartungen	6
W. Shitomirski — 35 Jahre WGB	8
R. Andreassian — Iran—Irak. Der Erdölaspekt	8
N. Paklin — Italien. Lehren der Krise	10
W. Kusnezow — Früchte der Nachsicht	11
W. Larin — Großbritannien. Die Krönung der Krone	12
A. Baryschew — Nach dem Drama von Barbados	12
P. Nikolajew — Das zweite Jahr in Nikaragua	14
Notizen ◆ Glossen	16
J. Gudkow — USA. Plains—Washington, Washington!	18
Vu Canh — Vietnam. Der „Ho-chi-Minh-Pfad“. Dichtung und Wahrheit	22
W. Gawilewski — UdSSR—SFRJ. Auf stabiler Grundlage	24
Biographisches: Bülent Ülüsü	25
J. Dimow — China. „Modernisierung“ des Hegemonismus	26
L. Medwedko — Die Hintergründe eines Krieges	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der ägyptisch-israelische Separatshandel unter Washingtons Ägide hat die Lage im Nahen Osten nur noch weiter verschärft. Dem militärisch-politischen Dreibund USA—Israel—Ägypten wird dabei eine Gendarmenrolle in der Region zugewiesen.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Leonid Breshnew richtete an Sékou Touré, Generalsekretär der Demokratischen Partei Guineas und Präsident der Revolutionären VR Guinea, ein Glückwunschtelegramm zum 22. Jahrestag der Proklamierung der Republik. Leonid Breshnew verlieh seiner Gewißheit Ausdruck, daß sich die Beziehungen der Freundschaft und der vielseitigen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, Parteien und Völkern auch in Zukunft positiv entwickeln werden. Alexej Kosygin richtete an Louis Lausana Béavogui, Premierminister der Revolutionären VR Guinea, ein Glückwunscheschreiben.

Am 3. Oktober wurde in Sofia das internationale Treffen „Lenin und die soziale Entwicklung der heutigen Welt“ eröffnet. Leonid Breshnew richtete eine Grußbotschaft an die Teilnehmer des Treffens: „Der Marxismus-Leninismus bleibt für uns der wahre und zuverlässige Kompaß für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, den Kampf für einen dauerhaften und gerechten Frieden.“

Die 35. UNO-Vollversammlung beschloß einstimmig, den Vorschlag der Sowjetunion „Über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr“ als wichtige und dringende Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Frage soll im Ersten (politischen) Ausschuß der Vollversammlung behandelt werden.

Vom 1. bis 5. Oktober fand in Moskau die 31. Tagung des Generalrates des Weltgewerkschaftsbundes statt. Am 3. Oktober wurde auf der Jubiläumssitzung der 35. Jahrestag des WGB begangen. (siehe S. 8).

Am 3. Oktober reiste der Präsident der Republik Indien, Neelam Sanjiva Reddy, der der UdSSR einen offiziellen Freundschaftsbesuch abstattete, aus Moskau nach Leningrad. Am 5. Oktober besuchte er Wolgograd und reiste am gleichen Tag nach Tbilissi weiter.

Am 1. Oktober wurde in der UdSSR der Monat der sowjetisch-vietnamesischen Freundschaft anlässlich des 35. Jahrestages des sozialistischen Vietnam abgeschlossen. Im ganzen Land fanden Versammlungen, Freundschaftsabende und Meetings der sowjetischen Öffentlichkeit, Vorträge und wissenschaftliche Konferenzen, Buch- und Fotoausstellungen über den heldenhaften Kampf und die friedliche Aufbaurarbeit des vietnamesischen Brudervolkes statt.

Vom 29. September bis 3. Oktober hielt sich eine Delegation der Sozialdemo-



Am 1. Oktober überreichte Leonid Breschnew in Kreml hohe Auszeichnungen der Sowjetunion an die Kosmonauten Juri Romanenko und Arnaldo Tamayo Mendez. Der Fliegerkosmonaut der UdSSR, Held der Sowjetunion Juri Romanenko wurde mit dem Lenin-Orden und der zweiten Medaille „Goldener Stern“ ausgezeichnet. Dem Forschungskosmonauten und Bürger der Republik Kuba, Arnaldo Tamayo Mendez, wurde der Titel eines Helden der Sowjetunion mit Überreichung des Leninordens und der Medaille „Goldener Stern“ zuerkannt. Unser Bild: Während der Überreichung der Auszeichnungen.

Foto: W. Mussaelian und E. Pessow (TASS)

kratischen Arbeiterpartei Schwedens unter ihrem Vorsitzenden Olof Palme in der Sowjetunion auf. Im ZK der KPdSU fand ein Treffen mit der Delegation statt, an dem seitens der KPdSU Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, sowie Michail Simjanin, Sekretär des ZK der KPdSU, teilnahmen.

Am 4. Oktober wurde in Warschau unter dem Vorsitz von Stanislaw Kania, Erster Sekretär des ZK der PVAP, das 6. Plenum des ZK der PVAP eröffnet. Das Plenum erörterte den Bericht des Politbüros des ZK der PVAP „Über die politische Lage im Lande und die aktuellen Aufgaben der Partei“ und behandelte organisatorische Fragen.

Am 2. Oktober fand in Wien die 247. Plenartagung bei den Truppenabbaugesprächen statt. Auf der Tagung sprach der Leiter der polnischen Delegation, T. Strulak.

Am 6. Oktober wurden in Genf die Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien wieder aufgenommen. Ein Vertrag über das all-

gemeine und vollständige Verbot der Kernwaffentests soll erarbeitet werden.

Am 2. Oktober ging in Moskau ein Treffen von Vertretern der sowjetischen und der britischen Öffentlichkeit zu Ende, das der Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland veranstaltet hatte. Entspannung und sowjetisch-britische Beziehungen waren das Thema. Namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftler und Journalisten beider Länder tauschten Meinungen über verschiedene internationale Fragen aus. Wadim Sagladin, stellvertretender Vorsitzender der Interparlamentarischen Gruppe der UdSSR und erster stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, empfing die britischen Forumsteilnehmer.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR richteten an den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses und an den Staatsrat der VR China eine Grußbotschaft, in der sie im Namen des Sowjetvolkes dem chinesischen Volk Gratulationen und gute Wünsche an-

läßlich des 31. Jahrestages der VR China übermittelten: „Die Sowjetunion tritt konsequent für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, im Geiste der guten Nachbarschaft ein und ist fest überzeugt, daß gerade ein solcher Kurs den Grundinteressen der Völker unserer Länder entspricht.“

Die vietnamesische Nachrichtenagentur VIA wies entschieden die Verleumdungen der thailändischen Presse zurück, vietnamesische Truppen befänden sich in den Grenzgebieten im Nordosten Thailands.

Am 2. und 3. Oktober fand im New Yorker UNO-Hauptquartier eine außerordentliche Beraatung der Außenminister und der Delegationschefs der nicht-paktgebundenen Länder auf der 35. UNO-Vollversammlung statt. Dabei wurde die allgemeine Strategie der Nichtpaktgebundenen auf der Vollversammlung erörtert.

Am 5. Oktober wurde in der BRD ein neuer Bundestag gewählt. Die Parteien der sozialliberalen Koalition, SPD und FDP, siegten über den Oppositionsblock CDU/CSU (siehe S. 6).

Am 5. Oktober fanden in Portugal Parlamentswahlen statt.

Am 1. Oktober verbreitete die Nachrichtenagentur Pars eine offizielle Erklärung der iranischen Regierung, in der es heißt, daß in den letzten Tagen einige Länder eine Einmischung in der Region des Persischen Golfs planen, weil sie angeblich über eine mögliche Schließung der Straße von Hormus besorgt sind. Der Iran werde alles tun, um die normale Schiffahrt auf dieser Wasserstraße zu gewährleisten. Er erklärt, daß er fest zu den internationalem Verpflichtungen bezüglich der Straße von Hormus steht (siehe S. 8).

Adnan Khairallah, Verteidigungsminister des Irak, gab den Beschuß seiner Regierung bekannt, einseitig einen Waffenstillstand für drei Tage, ab dem frühen Morgen des 5. Oktober, auszurufen, und bekundete die Hoffnung, daß die Seiten, wenn sich der Iran zu einer Feuereinstellung bereit erklärt, zu einer friedlichen Regelung des Konflikts gelangen können. Ayatollah Khomeini wies in einer von Radio Teheran verbreiteten Erklärung die Feuereinstellung zurück, wobei er betonte, daß die Streitkräfte des Iran die Kampfhandlungen nicht einstellen werden, bis sie den „Endsieg“ erreicht haben.

Am 3. Oktober ging in Blackpool die

Pjotr Mironowitsch MASCHEROW



Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR tragen in tiefer Trauer mit, daß Pjotr Mironowitsch MASCHEROW, eine namhafte Persönlichkeit der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und erster Sekretär des ZK der KP Belorusslands, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Held der Sowjetunion und Held der sozialistischen Arbeit, am 4. Oktober 1980 bei einem Autounfall tragisch ums Leben kam. Im von der Führung der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, von Leitern der Partei-, Staats- und Massenorganisationen der Beflussischen SSR unterzeichneten Nachruf heißt es:

Pjotr Mironowitsch Mascherow wurde am 13. Februar 1918 im Dorf Schirki [Rayon Senno, Gebiet Witebsk] in einer armen Bauernfamilie geboren. Mitglied der KPdSU seit 1943. Nach Abschluß der Pädagogischen Hochschule von Witebsk als Lehrer an einer Oberschule von Rossomy tätig.

In den ersten Tagen des Großen Vaterländischen Krieges wurde P. M. Mascherow Organisator der Partisanenbewegung und des kommunistischen Untergrundes von Belorussland. Er war Kommandeur des Stschors-Partisanentrupps, Kommissar der Rokossowski-Partisanenbrigade und leitete ab 1943 das in der Illegalität wirkende Komsomolgebietskomitee von Wilejka. P. M. Mascherow zeigte in den Kämpfen gegen die Hitlerfaschisten außerordentliche organisatorische Fähigkeiten, Mut und Heroismus. Zweimal wurde er verwundet.

Nach der Befreiung Belorusslands war P. M. Mascherow in leitenden Kom-somol- und Parteifunktionen tätig. Er war erster Sekretär des Komsomolgebietskomitees von Molodetschno und dann erster Sekretär des ZK des Komsomol von Belorussland. 1954 wurde P. M. Mascherow zum zweiten Sekretär des Minsker Gebietskomitees der Partei und ein Jahr später zum ersten Sekretär des Brester Gebietskomitees der KP Belorusslands gewählt.

Seine hervorragenden Eigenschaften eines talentierten Leiters und hochgebildeten Organisators wurden besonders deutlich während seiner Tätigkeit im ZK der KP Belorusslands, wo er seit 1959 als Sekretär, als zweiter Sekretär und seit 1965 als erster Sekretär des ZK der KP Belorusslands tätig war.

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde P. M. Mascherow zum Kandidaten des ZK der KPdSU, auf dem XXIII., dem XXIV. und dem XXV. Parteitag zum Mitglied des ZK der KPdSU gewählt. Seit April 1966 war er Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU.

P. M. Mascherow war einige Legislaturperioden Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der Belorussischen SSR, seit 1966 Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

P. M. Mascherow zeigte überall, wo er tätig war, Schöpfertum und Initiative bei der Verwirklichung der Politik der Partei. Ihn zeichneten grenzenlose Treue zu den großen Idealen des Kommunismus, große Energie und Leidenschaftlichkeit in der Arbeit, parteiliche Prinzipientreue und Menschlichkeit, persönlicher Charme und Bescheidenheit aus. All das trug ihm hohe Anerkennung in der Partei und im Volk ein.

Für seine großen Verdienste vor der Kommunistischen Partei und dem Sowjetstaat wurden P. M. Mascherow die hohen Titel eines Helden der Sowjetunion und eines Helden der sozialistischen Arbeit verliehen. Er wurde mit sieben Lenin-Orden und mit vielen Medaillen ausgezeichnet.

P. M. Mascherow, ein treuer Sohn der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes, wird allen sowjetischen Menschen unvergessen bleiben.

79. Jahreskonferenz der Labour Party zu Ende. Die Konferenzteilnehmer verurteilten die von der Tory-Regierung entfesselte Kriegspsychose sowie deren Pläne, atomare US-Mittelstreckenraketen in Großbritannien zu stationieren und dessen Nuklearflotte mit amerikanischen Trident-Raketen umzurüsten, und sprachen sich für die Kürzung der britischen Rüstungsausgaben aus.

Am 2. Oktober beauftragte der italienische Präsident Alessandro Pertini

nach Beratungen mit Vertretern der Parteien und mit einigen Persönlichkeiten des staatlichen Lebens den DC-Vorsitzenden Arnaldo Forlani mit der Bildung der neuen Regierung (siehe S. 10).

Am 1. und 2. Oktober hielt sich der chinesische Außenminister Huang Hua zu einem Besuch in London auf. Er führte Gespräche mit Premierminister Margaret Thatcher und Außenminister Lord Carrington über Fragen der Lieferung britischer Rüstungsgüter an China.

NZ

POST

Um Rückhalt für seine Politik zu gewinnen, setzt Washington raffinierte Lügen und Verleumdungen über die UdSSR in Umlauf, obwohl sie nur Leuten glaubhaft sein können, die nicht logisch zu denken verstehen. Weder die USA noch Großbritannien haben sich je darum gekümmert, wie die Afghanen leben, die noch unlängst schwer unter Landlosigkeit, Unwissenheit und Not litten. Vor der Revolution vom April dachte keine westliche Regierung daran, dem afghanischen Volk zu einer wirtschaftlichen Besserstellung zu verhelfen. Kaum aber war die imperialistische Herrschaft in Afghanistan bedroht und die UdSSR der Republik zu Hilfe geeilt, da griff der Westen zu seiner probaten Methode: zur Verleumdung. Das Volk Afghanistan hat selbst seinen Entwicklungsweg gewählt, und niemand kann es davon abringen.

Harold KAMARA
London

Nach dem kürzlichen „Referendum“ in Chile behauptete Pinochet, die meisten Chilenen seien mit der Verfassung der Putschisten einverstanden. Ich finde die Behauptung höchst unverschämt. Die Referendumsfarce wurde am Jahrestag des faschistischen Putsches und der Ermordung Präsident Salvador Allendes veranstaltet. Chile und Faschismus können aber nicht gleichbedeutend sein, denn Chile ist nicht Pinochet, sondern Allende, Neruda, Victor Jara und Letelier. Ich glaube fest daran, daß die revolutionären Kräfte Chiles die Volksmacht wieder aufrichten werden.

A. ORLOW
Tscherepowez, Ukrainische SSR

Der Arbeitskonflikt in Polen hat die reformistische Politik einiger westlicher Gewerkschaften wieder einmal in grellem Licht erscheinen lassen. Sie wollen nichts für eine Besserstellung unserer Arbeiter im Westen tun. Wie sie es sich wohl erklären, daß sie Seite an Seite mit dem Bürgertum Schadenfreude über die Vorgänge in Polen empfinden?!

Raymond LEROY
Lausanne, Schweiz

GEMEINSAM IM FRIEDENSKAMPF

Der offizielle Freundschaftsbesuch des Präsidenten der Republik Indien, Neelam Sanjiva Reddy, in der UdSSR (Ende September/Anfang Oktober), seine Gespräche mit Leonid Breschnew und mit anderen führenden sowjetischen Politikern haben ein weiteres Mal gezeigt, daß unsere Länder auch weiterhin die freundschaftlichen sowjetisch-indischen Beziehungen weiterentwickeln, festigen und vertiefen wollen. Die Beziehungen, die auf dem festen Fundament des Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit von 1971 basieren, werden von Jahr zu Jahr umfassender und vielgestaltiger.

Präsident Neelam Sanjiva Reddy bezeichnete die traditionelle Freundschaft zwischen Indien und der UdSSR als Beispiel für eine fruchtbare, beide Seiten bereichende Zusammenarbeit, die den Grundinteressen des indischen und des sowjetischen Volkes wie denen des Weltfriedens entspricht. In seiner Rede auf dem Empfang im Kreml betonte er, daß die Zusammenarbeit mit der UdSSR Indien ermöglichte, einen spürbaren Fortschritt bei der Industrialisierung zu erzielen, und dankte der Sowjetunion für die ständige Unterstützung.

In den mit sowjetischer Unterstützung in Indien errichteten Betrieben werden mehr als 40% des Stahls produziert, 70% des Öls gefördert, über 30% der Petrolprodukte und 20% des Stroms erzeugt, kann bis zu 80% der Hüttenanlagen und bis zu 60% der Turbo- und Hydrogeneratoren des Landes hergestellt werden. In Indien entstanden oder entstehen mit gemeinsamen Anstrengungen unserer Länder mehr als 70 Volkswirtschaftsobjekte.

„Die wirtschaftlichen Errungenschaften Indiens sind un trennbar mit der ständig intensiver werdenden sowjetisch-indischen Zusammenarbeit verbunden“, schrieb kürzlich der indische „Statesman“. „Die Sowjetunion gestaltet ihre Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern, auch zu Indien, nach Prinzipien, denen Ausbeutung, Ungleichheit, das Streben nach Expansion und Unterdrückung der Völker völlig fremd sind.“

Allgemein anerkannt ist die Bedeutung der sowjetisch-indischen Kontakte als wichtiger Faktor im Kampf gegen die Kriegsgefahr, für die Festigung

von Frieden und Stabilität in Asien und in der ganzen Welt.

Die aktiven Bemühungen der Sowjetunion um die Festigung des Friedens, die internationale Entspannung und die Zügelung des Wettrüstens werden im befreundeten Indien hoch eingeschätzt.

Der friedliebende außenpolitische Kurs Indiens, gegründet auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz

Charakter. Derartige Konflikte spielen nur dem Imperialismus und seinen Helfershelfern, die die Naturressourcen anderer Länder unter ihre Kontrolle bringen und überhaupt ihre Geschicke lenken wollen, in die Hand.

Gerade einen solchen Charakter hat der militärische Konflikt, der kürzlich zwischen Irak und Iran entflammt ist, zwischen Ländern,



Der Präsident Indiens, Neelam Sanjiva Reddy, bei der Kranzniederlegung am Grab des Unbekannten Soldaten in Moskau.

Foto: W. Christoforow (TASS)

und der Nichtpaktgebundenheit, genießt verdientes internationales Ansehen. Die vernünftige Haltung gegenüber den afghanischen Ereignissen und die kürzliche offizielle Anerkennung der VR Kampuchea — das sind nur einige Beispiele für die Friedensliebe, den gesunden Menschenverstand und den Realitätssinn, die die Politik der Regierung Indira Gandhi auszeichnen.

Bei der Erörterung der aktuellen internationalen Fragen wurde natürlich besonders eingehend die Lage in Asien behandelt. Agieren dort ja immer aktiver die Kräfte des Imperialismus und des Hegemonismus, indem sie gefährliche Spannungen schüren und die Freiheit der Völker bedrohen. Gerade die imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten der freiheitliebenden Völker verleiht, wie Leonid Breschnew betonte, den zwischen asiatischen Ländern entstehenden Konflikten besonders verheerenden und schweren

die sowohl der Sowjetunion als auch Indien freundschaftlich gesonnen sind. Dieser Konflikt schwächt angesichts der verstärkten Umtriebe des Imperialismus ernstlich die in ihn verwickelten Länder und bedroht den Weltfrieden. In seiner Rede auf dem Empfang zu Ehren N. S. Reddys legte Leonid Breschnew klar die Haltung der UdSSR in der entstandenen Lage dar und appellierte an Irak und Iran, ihre Streitfragen am Verhandlungstisch einvernehmlich zu regeln.

„Wir meinen grundsätzlich“, unterstrich Leonid Breschnew, „daß ein Krieg heutzutage kein Mittel für die Lösung von Streitfragen zwischen den Staaten sein kann und sein darf. Um so mehr ein Krieg in einem so neuralgischen Zentrum wie der Nahe und Mittlere Osten...“

Bekanntlich nimmt Indien gegenüber den Grundfragen von Krieg und Frieden ähnliche Haltung ein.

Die sowjetisch-indischen Gipfelsitzungen in Moskau haben erneut gezeigt, daß die Sowjetunion und Indien gemeinsam für Frieden, Entspannung, für Beseitigung der Spannungsschere kämpfen.

A. USWATOW

DIE WÄHLERERWARTUNGEN

Von unseren Sonderberichterstattern
Karen KARAGESIAN, Michail FJODOROW

Die Karikatur der „Frankfurter Rundschau“ zeigte sie mit Veilchen, in zerfetzten Hemdsärmeln und mit zerzausten Haaren, die Großen der Bundesrepublik. Fingernagelknabbernd blickte der verzagte Wähler auf Schmidt und Strauß, Genscher und Kohl, und schien, weiß der Herrgott, nicht zu begreifen, wer denn nun am besten aus dem Gerangel, das sich Wahlkampf nannte, hervorgegangen sei.

Am Sonntag, dem 5. Oktober, konnten 42,8 Millionen Bundesdeutsche zwischen 08. und 18.00 Uhr eines der 60 000 Wahllokale aufsuchen, um sich dazu zu äußern, wie der kommende Bundestag aussehen solle. Bisher war die Zusammensetzung folgendermaßen: SPD und FDP 253 Sitze, der Block der rechtskonservativen CDU und CSU 242 (ein abtrünniger CDU-Abgeordneter hatte sich keiner anderen Bundestagsfraktion angeschlossen). Diese Kräfteverteilung gab der SPD zusammen mit der FDP das Recht auf Regierungsbildung.

Vor den jetzigen Wahlen hatten die Freien Demokraten eindeutig ihren erneuten Koalitionswillen erklärt. Um also Helmut Schmidt durch ihren eigenen Kandidaten — den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß — vom Kanzlersessel zu hieven, hätte die CDU/CSU die absolute Stimmenmehrheit gewinnen müssen. Das hat sie nicht geschafft.

Während die Regierungskoalition bislang einen Überhang von 10 Sitzen gegenüber der CDU/CSU besaß, hat er sich jetzt, nach vorläufigen Angaben, auf 45 erhöht. Für die Oppositionsparteien stimmten 44,5 Prozent der Wähler, 4 Prozent weniger als 1976. Die SPD konnte ihre Position sogar etwas verbessern (42,9 Prozent, d. h. zusätzliche vier Bundestagsplätze). Starken Stimmenzuwachs erhielt die FDP und nimmt daher jetzt 53 statt bisher 39 Sitze ein.

Während man in der Opposition noch nach dem „Sündenbock“ sucht und die Gewinner ihre stolze Brust zeigen, versuchen die Kommentatoren Klarheit darüber zu schaffen, weshalb der Wähler der rechten Gruppierung einen Korb gab und was er nun von den Mandatsträgern erwartet.

Einen „Wahlkampf der verbrannten Erde“ nannte die stellvertreten-

de Bundestagsvorsitzende Annemarie Renger die verflossenen Querelen ums Parlament. Die rivalisierenden Seiten tun jetzt so, als sei das, was vor dem 5. Oktober war, „Schnee vom vergangenen Jahr“, den man vergessen könne. Stimmt das? Sind nicht Wahlen in einem Land wie der Bundesrepublik eine Visitenkarte der bürgerlichen Demokratie, die die hiesige Propaganda auf jede Weise hochlobt und anderen Ländern als nachahmenswert anbietet?

Das „Nachahmenswerte“ beleuchtet in seltener Offenheit der Bonner „Generalanzeiger“: „Es war ein widerliches, abgebrüht-routiniertes Gezänk, mehr Verleumdung als Sachlichkeit: ein politisches Pharisäertum, von dem sich immer mehr Wähler angewidert abwandten... Wie hielten es denn die meisten Wahlkämpfer selbst, bis zu den prominentesten, mit der Wahrheit? Haben sie nicht immer wieder Zusammenhänge manipuliert, Ursachen und Wirkungen listig verwechselt. Wichtiges weggelassen, um den Wähler irrezuführen?“ Aus tiefstem Herzen schließt der „Generalanzeiger“: „Nein, dieser Wahlkampf hat das Ansehen der Demokratie nicht gehoben.“

Wir wollen betonen, daß es sich hier um die Aussage einer Zeitung handelt, die sonst die bürgerliche Ordnung nicht genug preisen kann.

„Unsere Parteien werden gründlich umdenken müssen, wenn sie nicht eine weiter wachsende Entfremdung zwischen Bürger und praktischer Politik heraufbeschwören wollen“, ist die Meinung der „Frankfurter Rundschau“. Sie verschwieg allerdings, daß die Gründe für diese Entfremdung keineswegs in der „sinkenden Etik“ der Wahlkämpfer zu suchen sind.

Kann man beispielsweise den Bundestag — wenn man sich seine soziale Zusammensetzung ansieht — ein repräsentatives Organ der bundesdeutschen Bevölkerung nennen? Dazu die Statistik über die 8. Legislaturperiode: 35 Prozent der Abgeordneten waren Beamte, 6,9 Prozent Angestellte des öffentlichen Dienstes, 2,3 Prozent langjährige Regierungsmitglieder, 12,7 Prozent Angestellte politischer und gesellschaftlicher Organisationen, 13,3 Prozent Angestellte in der Wirtschaft, 10,6 Prozent „Selbständige“, 10,4 Prozent Angehörige freier Berufe, 1 Prozent Haus-

frauen, 0,8 Prozent evangelische Pfarrer, 6,6 Prozent „Sonstige“, davon 2,1 Prozent Arbeiter.

Der 9. Bundestag wird in dieser Hinsicht keine wesentlichen Änderungen aufweisen. Bedeutet das aber, daß es am Rhein eine klassische „Wahl ohne Wahl“ gegeben hat? Nein, trotz der angeborenen Engstirnigkeit der bürgerlichen Demokratie, waren es schon Wahlen und zwar ziemlich ernst zu nehmende.

Dabei geht es nicht um die falsche Alternative, die Oppositionsführer Strauß, um seine Mitbürger zu verschrecken, angeboten hat. In seinem letzten Wahlauftruf erklärte er, es gehe am Sonntag nicht um Personen oder Parteien, sondern um zwei grundsätzlich verschiedene Wege der deutschen Politik — um den freiheitlichen (also den kapitalistischen — Red.) oder um den sozialistischen Weg. Strauß weiß sehr wohl, daß die Frage nicht so lautet und nicht so lauten kann. In ihren 11 Jahren Regierungszeit hat die Sozialliberale Koalition die beherrschende Stellung des Großkapitals um keinen Millimeter beschnitten.

Die Hauptursache, derentwegen Strauß & Co. eine „grundätzliche Wende“ forderten, war eine andere. Sie hatten den aus Übersee wehenden Wind des kalten Krieges in der Nase und glaubten, nun ließe sich die ihnen verhaftete Entspannung zu Grabe tragen. Das war nicht so einfach. Die meisten Bundesdeutschen — das bestätigten alle Meinungsumfragen — sind sich seit langem bewußt, was ihnen die Entspannung gebracht hat, und hatten keine große Lust, dieses Positive Strauß zu Liebe zu verlieren. Man hätte sie umstimmen, besser aber noch, einschüchtern und verwirren müssen. Dazu baute FJS eine weitere falsche Alternative auf: Entweder „Frieden in Freiheit“ (also à la Strauß und mit Strauß), oder Frieden bei einem allmählichen Abgleiten in die sowjetische Machtosphäre. Hier fällt einem die beliebte Parole der Antikommunisten „Lieber tot als rot“ ein. Dieses „Abgleiten“, das sich, Strauß zufolge, unter der Formel Entspannung bereits vollziehe, lasse sich nur durch einen Wahlsieg der CDU/CSU aufhalten.

Die Regierungsparteien hatten die Entspannungspolitik, darunter auch die Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Ländern, zum Eckpfeiler ihres Wahlkampfes gemacht. Kanzler Schmidt sprach sich mehrmals entschieden für die Fortsetzung der Entspannung, für Fortschritte in der Abrüstung aus. Auf Kundgebungen und Pressekonferenzen versicherte er seinem Publikum unablässig, daß „die weitblickende, ausgewogene, berechenbare Außenpolitik“ auch in den 80er Jahren fortge-

setzt werde, weil es keine vernünftige Alternative dazu gebe. Schmidt maß den Ergebnissen seines kürzlichen Moskaubesuchs hohen Wert bei und betonte die große Bedeutung seiner Gespräche mit Leonid Breschnew.

Dagegen setzte die CDU/CSU die Version, in der sozialdemokratischen Führung agiere eine „Promoskau-Fraktion“, wobei sie nicht erkannte, daß dieser provokante Ausdruck vor allem auf seine Urheber zurückfällt, die die Meinung kundtun, die Erhaltung des Friedens widerspreche den nationalen Interessen der BRD. Die meisten Bundesdeutschen erkannten klar, daß die Oppositionsführer, wie es der Kanzler ausdrückte „nicht friedensfähig“ sind.

Da er fühlte, daß sich mit der Anti-Entspannung keine Stimmen fangen lassen, hieb Strauß auf die Wirtschaftspolitik der Regierung ein, die er beschuldigte, sie habe die Staatschulden in astronomische Höhen getrieben, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zugelassen und ihre Verpflichtungen gegenüber den Rentnern nicht eingehalten. Die Polemik wurde unfein.

Das politische Falschspiel nahm phantastische Formen an. In den Straßen klebten Plakate mit der provokatorischen Aufschrift „Lieber die Russen in Heilbronn, als Strauß in Bonn“. Weiter war zu lesen, dieses Plakat sei von den „Jungsozialisten“ herausgegeben worden. Noch hatte Strauß sein Donnerwetter dazu knapp an den Mann gebracht, stellte sich heraus, daß dieser „Werbegang“ von Karl-Friedrich Grau, einem Straußmitkämpfer stammte.

Zu den Wahlen zugelassen wurde eine bislang niemandem bekannte Partei mit dem Namen „Volksfront“. Sie gab sich als „Links“ und tat alles, um die DKP und andere fortschrittliche Kräfte zu kompromittieren. Es blieb unerfindlich, von wem die „Volksfront“ finanziert wurde, bis ein Journalist die logische Annahme äußerte, die „Volksfront“ müsse eine „Erfindung der CDU“ sein.

Dennoch schien sich der Straußtrend in den letzten Wochen vor der Wahl zu verstärken. Beigetragen hatte dazu ein bislang einmaliger Vorgang: Die katholischen Bischöfe hatten in einem Hirtenbrief eindeutig die Seite der CDU/CSU ergriffen. Ziemlich angeschlagen wurden die Regierungsparteien auch durch die Kritik an Wirtschaftsfragen.

Trotz alledem jedoch gelang es den Wählern, ihren Punkt aufs zu setzen. Ein wichtiges Resultat der Abstimmung ist die erneute Niederlage Strauß' als Verfechter der Rückkehr zum kalten Krieg. Mit 4 Prozent weniger als bei den vorangegangenen

Wahlen kam die CDU/CSU auf fast das schlechteste Ergebnis in der ganzen Wahlgeschichte der Bundesrepublik. Straußens Hang zum politischen Abenteuerturn veranlaßte selbst viele CDU-Anhänger, ihre Stimme der anderen bürgerlichen Partei, der FDP, zu geben, was dieser den beträchtlichen Aufwind gab.

Mit der Negation von Strauß unterstützten die Wähler die von der Regierung versprochene Linie zur Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik. Man darf jedoch nicht vergessen, daß auch hinsichtlich dieser Grundfrage die Bundesregierung in letzter Zeit nicht immer eindeutig gehandelt hat. Trotz der Aktivitäten in der Ostpolitik und in der politischen Entspannung trat Bonn die Bremse, wenn es um militärische Entspannung ging. Ja, während die BRD-Delegation bei den Wiener Truppen- und Rüstungsabbausgesprächen die Taktik des Auf der-Stelle-Tretens anwendete, übernahm sie im Dezember 1979 in Brüssel die wenig ehrenvolle Rolle eines Durchpeitschers der NATO-Beschlüsse über die Stationierung neuer US-Nuklearraketen in Westeuropa.

Solche Dinge gehen nicht spurlos vorüber. Unter der Überschrift „Es ist nicht süß und ehrenvoll, für die USA zu sterben“ veröffentlichte die „Hamburger Morgenpost“ dieser Tage einen alarmierten Brief ihres Lesers Ferdinand Storp aus der Schleswig-holsteinischen Industriestadt Neumünster. „Immer neue Rüstungsprogramme und atomare Kriegsmaschinen werden von den USA vorgelegt“, schreibt Storp. Die Erneuerung der These von der „Führungsrolle“ Washingtons in der westlichen Welt ansprechend, zitiert er eine Strophe aus einem Gedicht von Oskar Panizza, das er vor Jahrzehnten an die Deutschen richtete: „Du Büffelherde, trotzig-ungelenke, die durch die Wälder raset mit Gestank, folgst heute einem einz'gen Stier zur Tränke, und dieser eine Stier ist geisteskrank.“

Der Leser bezieht sich nicht nur auf poetische Bilder, sondern auch auf Gedanken von Militärexperten. Er erinnert an die Äußerung des ehemaligen NATO-Generals Nino Pasti: „Die Vernichtung Europas ist der Preis für die Verteidigung der USA“. Dann führt er die Ansicht Graf Baudissins an, des früheren Bundeswehrgenerals und jetzigen Wissenschaftlers, der sich besorgt über die jetzige US-Strategie geäußert hatte, die die Gefahr eines auf Europa begrenzten dritten Weltkriegs berge, wobei „menschliche Überbleibsel“ einkalkuliert wären. Weiter erinnert Storp daran, daß General Bastian, bis vor kurzem Divisionskommandeur der Bundes-

wehr, den auf Druck der USA zu standegekommenen NATO-Raketenbeschuß für überflüssig halte.

Die widersprüchliche Politik der Bonner Regierung in dieser Beziehung brach teilweise auch im Wahlkampf durch. Während der TV-Marathondiskussion der vier führenden Parteikandidaten, in der Strauß unter anderem die Regierung beschuldigte, sie verhindere einen Beschuß über die Herstellung und Stationierung von Neutronenwaffen in Europa, gab Helmut Schmidt zu verstehen, der Beschuß, die Herstellung „aufzuschieben“ käme von Washington, Bonn aber habe gegen die Neutronenbombe keine Einwände gehabt...

Mit ihrer Stimmabgabe für die nun auch jetzige Regierung, billigten die Wähler nicht nur, was in der Vergangenheit für die Entspannungspolitik getan worden war. Sie gaben damit einen ernst zu nehmenden Auftrag für die Zukunft. Das Wahlergebnis spiegelt den dringlichen Wunsch der Bundesbürger, den Entspannungsprozeß unwiderruflich zu machen. Erreichen läßt sich das aber nur damit, daß die politische Entspannung mit realen Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und zur Abrüstung einhergeht. In dieser Hinsicht hat die Bundesregierung noch ein weites unbeachtetes Feld vor sich.

Trotz aller Hindernisse wird es von den fortschrittlichen Kräften des Landes, vor allem von der DKP seit langem und beharrlich gepflügt. Auf einer Kundgebung in Düsseldorf betonte DKP-Vorsitzender Herbert Mies, weil es in den 80er Jahren um die Frage Krieg oder Frieden gehe, weil sie einer friedlichen Entwicklung ihres Landes, seinen nationalen Interessen und seinem Ansehen in der Welt verbunden sei, sage die DKP Nein zur Hochrüstung und Ja zur Abrüstung. Die Bundesrepublik dürfe nicht durch die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen atomaren Selbstmord begehen. Nur als atomwaffenfreies Land habe die BRD eine sichere und friedliche Perspektive. Sie brauche eine Außen- und Militärperspektive, die sich weniger an Washington und am Pentagon orientiere, dafür aber mehr auf die nationalen und europäischen und Friedensinteressen achte.

Der DKP-Führer sprach aus, was heute nicht nur Mitglieder und Anhänger seiner Partei, sondern auch sehr viele Sozialdemokraten, Liberale, Menschen der unterschiedlichsten politischen Anschauungen denken. Sie alle hoffen, daß ihr Standpunkt nach den Wahlen einen klaren Widerhall in der Politik der Bundesrepublik finden werde.

Bonn, am 6. Oktober



Das erste Flugzeug, das Medikamente und Lebensmittel für das Volk des freien Nicaragua brachte, war vom Weltgewerkschaftsbund gesandt worden... Auf dem Höhepunkt der chinesischen Aggression gegen Vietnam schlug der WGB eine außerordentliche Solidaritätskonferenz für Vietnam vor. Das repräsentative Weltforum, das wenig später einberufen wurde, prangerte die verbrecherischen Aktionen Pekings an... In schwierigen Momenten half der WGB den Werktäglichen des Iran, Afghanistan und Boliviens...

Soweit nur einige der letzten Aktionen des WGB. Sie zeugen davon, daß der Weltgewerkschaftsbund, der jetzt seinen 35. Jahrestag begeht, den im historischen Jahr 1945 verkündeten Idealen treu geblieben ist.

Kurz vor dem Sieg über den Faschismus fand in London die Weltgewerkschaftskonferenz statt, auf der die Grundlagen der im Oktober 1945 geschaffenen einheitlichen demokratischen Weltgewerkschaftsorganisation, des WGB, gelegt wurden. Der neue Bund bekundete den festen Willen, die Solidarität der Werktäglichen im Kampf für eine Welt zu festigen, in der es keinen Platz für Faschismus, Aggressionskriege und Kolonialherrschaft gibt, für eine Welt ohne Diskriminierung und kapitalistische Ausbeutung, für eine

Welt der freien Arbeit, für den Ausbau der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen allen Völkern. Dieses Programm vereinte schon damals 67 Millionen Menschen. Heute gehören dem WGB 190 Millionen Werktägliche aus vielen Ländern an. Auf der 31. Tagung des WGB-Generalrates (vom 1. bis 5. Oktober in Moskau) wurden die Gewerkschaftszentralen einiger weiterer Länder aufgenommen.

Der WGB hat in den Nachkriegsjahren einen großen Weg zurückgelegt, den Weg des Kampfes für die Interessen der Werktäglichen, gegen die Ausbeuter, gegen jene Kräfte, die um ihres eigenen Vorteils willen bereit sind, das Schicksal der Menschheit aufs Spiel zu setzen und die Welt an den Abgrund einer thermonuklearen Katastrophe zu stoßen. Imperialismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus, heißt es in dem Bericht des amtierenden WGB-Generalsekretärs Ibrahim Zakaria, haben zum Schutz ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft einen komplizierten Mechanismus geschaffen. Sein fester Bestandteil sind die transnationalen Monopole, die Schlüsselpositionen in allen Bereichen der Wirtschaft der kapitalistischen Welt einzunehmen. Die Monopole, die Riesenprofite aus dem Wettrüsten ziehen,

fordern den Rüstungswettlauf und schüren die Spannungen in der Welt. Die Konzerne unterstützen und lenken die arbeiterfeindliche, volksfeindliche Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Regierungen, eine Politik, die eine nie dagewesene Arbeitslosigkeit hervorgebracht hat. Mitte 1981 werden Prognosen von Experten zufolge 23 Millionen in den kapitalistischen Industrieländern erwerbslos sein.

Die Schuld an der Wirtschaftsmisere suchen die Konzerne den Gewerkschaften zuzuschieben. Insbesondere wird behauptet, gerade sie seien für die Inflation und die Wirtschaftskrise verantwortlich, da sie „zu hohe“ Löhne forderten. Die Konzernpresse verbreitet auch eine andere vorsätzliche Lüge: Die Entwicklung der Rüstungsindustrie sei für die Werktäglichen vorteilhaft, da so neue Arbeitsplätze geschaffen würden. In Wirklichkeit werden Expertenuntersuchungen zufolge bei gleichen Investitionen in die Rüstungs- und in die Zivilindustrie in letzterer einige Male mehr Arbeitsplätze geschaffen. Nicht von ungefähr haben Wettrüsten und Arbeitslosigkeit gleichzeitig Rekordhöhen erreicht. Ebendeshalb ist für den WGB der Kampf für die Entspannung, für die Abrüstung mit dem Kampf für soziale und wirt-

IRAN—IRAK

DER ERDÖLASPEKT

Der bewaffnete Konflikt zwischen Irak und Iran hat für beide Länder verheerende Folgen. Beide Seiten führen zahlreiche militärische Schläge gegen lebenswichtige Objekte. Bombardements und Artilleriebeschuß zerstören nicht nur Flughäfen und Kampftechnik, sie sind auch gegen Ölraffinerien, Pipelines, Öllager, Ölhäfen und bis zu einem gewissen Grade gegen Ölfelder gerichtet. Und Öl ist ja der Hauptreichtum dieser Länder. Die Exporterlöse erbringen bis zu neun Zehnteln ihrer Deviseneinnahmen, sind die Hauptfinanzierungsquelle der Entwicklungspläne, die Basis des Fortschritts.

Haben die patriotischen Kräfte beider Länder in schwerem Kampf die Ölmonopole denn etwa vertrieben, um ihre eigenen Ressourcen gegenseitig zu zerstören? Haben beide Länder zusammen mit den anderen OPEC-Staaten in beharrlichem Kampf gegen den Öl-

imperialismus die vielfache Zunahme ihrer Ölennahmen etwa durchgesetzt, um das Erreichte bei Kriegshandlungen wieder zu verlieren?

Leonid Breschnew betonte: „Weder Irak noch Iran werden etwas von gegenseitigen Zerstörungen, von Blutvergießen, von der Verheerung der Wirtschaft des anderen gewinnen. Gewinnen wird nur eine dritte Seite, die der Interessen der Völker dieser Region fremd sind.“ Diese dritte Seite ist der Imperialismus.

Die prospektierten Ölreserven im Iran werden auf 7,9 Md. t (10,5% der Vorräte der kapitalistischen Welt) geschätzt, im Irak sind es 4,2 Md. t (5,6%). Im Irak wurden im vergangenen Jahr 165 Mio t Öl gefördert, davon 156 Mio t exportiert wurden. Im Iran waren es entsprechend 156 und 110 Mio t. In der Ölrausfuhr steht der Irak an zweiter (nach Saudi-Arabien)

und der Iran an dritter Stelle in der kapitalistischen Welt.

Die Hauptölfelder im Iran sind in der südwestlichen Provinz Khuzistan konzentriert. Die wichtigsten Ausfuhrläden sind Abadan und die Insel Khark. Im Nordirak wird Öl in Kirkuk und Mosul sowie im Süden, im Raum von Basra gefördert. Ausgeführt wird es über den Hafen Fao sowie über Pipelines zu syrischen und türkischen Häfen.

Der Iran liegt in der Kapazität seiner Ölraffinerien (46 Mio t jährlich) vor allen Entwicklungsländern. Im Irak ist diese Kennziffer geringer — 8,4 Mio t, doch wurden dort bis zum jetzigen Konflikt die Kapazitäten verstärkt ausgebaut. Die Ölraffinerie in Abadan ist die größte der Welt (Kapazität — 25 Mio t jährlich). Andere vergleichbare iranische Betriebe liegen in Teheran und Tebris. Die Hauptölraffinerien des Irak befinden sich in Bagdad, Basra und Bayeh.

Nach amtlichen Meldungen beider Länder und ausländischen Massenme-

schaftliche Forderungen der Werk-täglichen verbunden.

„Uns müssen die Verschärfung der internationalen Spannungen, die Versuche, die Entspannungspolitik zu untergraben und Westeuropa mit Nuklearraketen zu überziehen, Sorgen bereiten“, konstatierte Ibrahim Zakaria. „Wir wissen, daß die Interessen der Werktäglichen am besten unter den Bedingungen der Entspannung und der Normalisierung der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verteidigt werden können.“

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht an den Generalrat konstatierten die Delegierten von Gewerkschaftsverbänden aller Kontinente die großen Errungenschaften des WGB beim Schutz der Lebensinteressen der Werktäglichen, bei der Festigung ihrer Solidarität im Kampf gegen das Kapital. Die Unterstützung des WGB an verschiedene Formationen der internationalen Gewerkschaftsbewegung wurde gebilligt. Zugleich war von einer weiteren Aktivierung der Tätigkeit des WGB, von den Möglichkeiten für eine Erneuerung der Formen und Methoden seiner Arbeit die Rede.

„Die Gewerkschaftsbewegung steht heute vor komplizierten Problemen“, sagt der sowjetische Delegationsleiter Alexej Schibajew, Vorsitzender des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS), in seiner Rede. „Das verlangt von den Gewerkschaften gemeinsame Aktionen, das Vermögen,

richtig, von Klassenpositionen aus, die entstandene Lage einzuschätzen, die Energie der werktäglichen Massen voll zu nutzen und die Anstrengungen auf die Hauptabschnitte des Kampfes zu konzentrieren.

Gegenwärtig wird eine massive Attacke auf die Gewerkschaften der sozialistischen Länder, vor allem Polens, geführt, wird ihre Rolle und ihr Platz in der Gesellschaft tendenziös dargestellt. Wir sind für die Vervollkommnung der Arbeit der Gewerkschaften, für die allseitige Entwicklung der Gewerkschaftsdemokratie, dafür, daß die Gewerkschaften ihre Rechte und Möglichkeiten umfassender nutzen, um die Interessen der Werktäglichen zu verteidigen und gegen bürokratische Entstellungen zu kämpfen, mit denen wir immer noch in unserer Arbeit konfrontiert werden. Doch allen Versuchen, unsere Gewerkschaften gegen die Parteien und Staaten auszuspielen und den realen Sozialismus zu schädigen, haben wir eine entschiedene Abfuhr erteilt und werden das auch in Zukunft tun.

Heute gibt es für alle Werktäglichen keine dringlichere Aufgabe als die Bewahrung des Weltfriedens und die Zügelung des Wettrüstens. Durch die forcierte Kriegsvorbereitung werden den Werktäglichen immer größere Lasten aufgebürdet.

Die Gewerkschaften haben Verbündete unter den anderen gesellschaftlichen Bewegungen, die für die

Entspannung eintreten. Das bekräftigte das Weltparlament der Völker für den Frieden, das in Sofia tagte. Der WGB kann nicht wenig zur Stärkung der Anstrengungen aller tun, die für die internationale Sicherheit eintreten.“

Nach der konstruktiven, sachlichen Debatte, in der auch Vertreter Indiens, Äthiopiens, der CSSR, Madagaskars, der DDR das Wort ergriffen, verabschiedeten die Tagungsteilnehmer einige Dokumente, die einen Beitrag zur Festigung der Aktionseinheit der Werktäglichen im Kampf für die unveräußerlichen Rechte der Menschen, für ihre Lebensinteressen darstellen. Insbesondere wurden Deklarationen über die europäische Sicherheit und die Abrüstung sowie die Resolutionen „Gegen den US-Imperialismus, für die Verwandlung des Indischen Ozeans und des Stillen Ozeans in eine Zone des Friedens“ und „Für eine Garantie der Rechte auf Arbeit und Beschäftigung“ gebilligt...

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz für die sozialen und wirtschaftlichen Fragen der Abrüstung soll einberufen werden. Der ordentliche X. Weltgewerkschaftskongreß wird 1982 in Havanna stattfinden.

W. SHITOMIRSKI

dien zufolge wurden bei den jetzigen Kämpfen die Hauptpipelines zu den Ausfuhrhäfen und den Ölraffinerien ebenso wie derartige Betriebe in Abadan, Teheran, Bagdad und Basra, Pumpstationen, Ölkais in Abadan, auf der Insel Khark und in Fao sowie viele Ölager teilweise zerstört. Geringerer Schaden haben einstweilen die Ölfelder genommen. Der Ölexport aus Iran und Irak kam vollständig zum Erliegen.

Der Exportstopp des irakischen und des iranischen Öls hat bislang den kapitalistischen Weltölmarkt wenig beeinflußt. In letzter Zeit lag dort das Angebot merklich höher als die Nachfrage — ca. 100 Mio t auf Jahresbasis. Jetzt haben Venezuela, Nigeria und die Vereinigten Arabischen Emirate eine Produktionssteigerung angekündigt, um die Einstellung der Öllieferungen aus den beiden in den Konflikt verwickelten Ländern zu kompensieren. Die kapitalistischen Industriestaaten haben in letzter Zeit bedeutende kommerzielle Ölager angelegt. In den USA, den Ländern Westeuropas und in Japan können sie

den Verbrauch von drei, vier und sogar mehr Monaten decken.

Die USA haben den Import iranischen Öls im vergangenen Jahr gestoppt, und die Einfuhr aus dem Irak erreicht in der amerikanischen Einfuhr nicht einmal 1%. Der Anteil des Irak an den Ölimporten der EG-Länder beträgt 10% und der des Iran 4%. Für Japan (1978) belaufen sich diese Zahlen entsprechend auf 3% und auf 15%. Die Hauptabnehmer irakischen und iranischen Erdöls in Europa sind Frankreich und Italien (mit einem Importanteil von 25% bzw. 15%). In viel schlechterer Lage sind jetzt einige Entwicklungsländer, die ziemlich viel Öl aus Irak und Iran einführen und im Gegensatz zu westlichen Industriestaaten nicht in der Lage waren, große kommerzielle Ölager einzurichten.

Die Öllieferungen aus den anderen Ländern des Persischen Golfs durch die Straße von Hormuz gehen unbehindert weiter. Die iranische Regierung gab am 1. Oktober eine besondere Erklärung ab, daß der Iran fest zu den interna-

tionalen Verpflichtungen bezüglich der Straße von Hormuz steht und alles tun wird, um die Freiheit der Schifffahrt auf dieser Wasserstraße zu gewährleisten.

Nichtsdestoweniger schüren die USA weiter die Psychose um eine Bedrohung der Ölewege und ziehen unter diesem Vorwand ihre Marinarmada zum Persischen Golf zusammen. Zudem will Washington seine Verbündeten in die geplanten militärischen Operationen hineinziehen. So kann der militärische Konflikt Irak—Iran zum Einsatz imperialistischer Interventionskräfte führen, was die Interessen aller Länder und Völker dieser Region und der benachbarten Regionen bedroht.

All das zeigt wieder einmal, daß Öl ein höchst explosiver Stoff ist. Der entfachte Brand stellt eine Bedrohung nicht nur für die Ölfelder und die Pipelines dar, er ist für die ganze Welt gefährlich. Um so schneller muß er gelöscht werden. Der gesunde Menschenverstand muß die Oberhand gewinnen!

R. ANDREASSIAN

LEHREN DER KRISE

Nikolai PAKLIN

Italien hat seine 40. Regierungs-krise in der Nachkriegszeit. Formell wurde der Rücktritt des Kabinetts Cossiga durch die Ablehnung von Inflationsbekämpfungsmaßnahmen im Abgeordnetenhaus ausgelöst. Cossiga mußte die Vertrauensfrage stellen und trat, nach ihrem negativen Ausgang, zurück.

Tatsächlich liegen tiefgreifendere Gründe für den Rücktritt vor. Einer davon ist die „komunistische Frage“, d. h. die Regierungsbeteiligung der dem Einfluß und der Bedeutung nach zweitstärksten Kraft in Italien, der IKP. Die in einer tiefen, anhaltenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise steckende italienische Gesellschaft läßt sich nur durch die vereinten Anstrengungen aller demokratischen Parteien, auch der Kommunisten, retten. In dieser Hinsicht aber gibt es sowohl in den Parteien der ehemaligen Regierungsmehrheit — DC, Sozialisten und Republikaner — wie auch in anderen Parteien ziemliche Differenzen.

Der rechte Flügel der DC lehnt jegliche Möglichkeit einer Regierungszusammenarbeit mit der IKP ab. Ein anderer recht einflußreicher Teil der Partei hält einen Dialog mit den Kommunisten für wünschenswert und notwendig.

Gespalten sind auch die Sozialisten. Ihr linker Flügel weist die Linie auf Blockbildung mit der DC zurück und verlangt enge Zusammenarbeit mit der IKP. Die Kommunisten haben ihre Bereitschaft erklärt, eine Einheitsfront mit den Sozialisten, sei es nun in der Opposition oder in der Regierung, einzugehen.

Die oppositionelle Stimmung in der DC wie bei den Sozialisten hat schließlich dazu geführt, daß eine große Gruppe von Abgeordneten während der geheimen Abstimmung über den Wirtschaftsgesetzentwurf dem Kabinett Cossiga ihre Unterstützung versagte und damit sein Schicksal besiegelte. Die Demarche der „Freischützen“, wie man sie in Italien nennt, ergab sich nicht nur aus deren Drang, sich Gehör zu verschaffen. Sie spiegelte die starke Unzufriedenheit wider, die im Lande wegen der Unfähigkeit der Regierung herrscht, mit den sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten fertig zu werden.

Eines der brennendsten Probleme bleibt die Inflation, die den Nachkriegsrekordstand von 22,5% erreichte. Der Wertverfall des Geldes macht vor allem den minderbemittelten Schichten, der Arbeiterklasse und den Bauern, zu schaffen. Auch die Einkünfte der Klein- und Mittelbourgeoisie gehen zurück. Nach allgemeiner Ansicht von Wirtschaftsfachleuten stellt die galoppierende Inflation die künftige Entwicklung des Landes in Frage.

Die bisherigen Versuche, sie, wenn nicht zu stoppen, so doch einzudämmen, waren wenig wirksam.

Bei ihrem Aufruf an die Italiener, Opfer zu bringen, versuchte die Regierung sich auf „objektive Ursachen“ herauszureden. Erstens auf den Preisanstieg für Rohstoffe, vor allem für Erdöl, die Italien nach wie vor in großer Menge importieren muß. Zweitens auf die angeblich zu hohen Löhne.

Beide „Erklärungen“ halten der Kritik nicht stand. Was den Rohstoffimport betrifft, müssen andere EG-Länder sehr viel mehr einführen als Italien. Dennoch liegt die Inflationsrate dort niedriger. Zu den Löhnen läßt sich sagen, daß die italienischen Werktäglichen keineswegs die bestbezahltesten Westeuropas sind.

Ein anderes ernstes Problem ist die zunehmende Teuerung. Hauptschuld an der Preistreiberei tragen transnationale und italienische Konzerne, denen es um Höchstprofite geht. Sie haben die Regierung praktisch ans Gängelband genommen. Gewöhnlich verhält sich der interministerielle Preisausschuß wohlwollend gegenüber Unternehmerforderungen nach Erhöhung der Erzeugerpreise. Im August z. B. befriedigte er einen diesbezüglichen Antrag der Papier-industrie. Dadurch wurden die ohnehin teuren Zeitungen noch teurer. Das Gleiche gilt für Magazine, Schulhefte, Lehrbücher und Bücher im allgemeinen.

Häufig griff das Kabinett Cossiga auch selbst zur Preisanhebung, womit es die Inflation anheizte. Seit September sind Bahnfahrten um durchschnittlich 10% teurer geworden. Das war die in den letzten 12 Monaten dritte und seit 1974 achte Fahrpreiserhöhung. Regelmäßig werden auch Strom- und Telefongebühren erhöht.

Gleichzeitig mit den Preisen werden die Steuern heraufgesetzt. Sie waren in diesem Jahr besonders hoch. Unter dem Druck der USA und der NATO steigerte das Kabinett Cossiga die Militärausgaben von 5700 Md. Lire auf 7000 Md. und machte sich an eine kostspielige „Modernisierung“ von Armee, Luftwaffe und Marine. Diese Runde des Wettrüstens haben die einfachen Italiener zu blechen.



Arbeiter Turins protestieren gegen die Entlassungen bei Fiat.

Foto aus „Panorama“ (Italien)

Ein weiteres Symptom der wirtschaftlichen Kalamitäten bleiben die Devisenschwierigkeiten. Im Juli konnte die Zahlungsbilanz dank Einnahmen aus dem Tourismus mit einem Aktiva abgeschlossen werden. Alle anderen Monate wiesen ein Passiva auf. Insgesamt belief sich das Defizit in den ersten acht Monaten auf 3636 Milliarden Lire. Das Defizit in der Handelsbilanz erreichte 9532 Milliarden. Hauptgrund dafür sind die Exportkürzung und die rasche Zunahme des Imports. Italienische Waren werden immer weniger konkurrenzfähig, und das, obwohl viele, wie die Turiner „Stampa“ bemerkt, verlustbringend abgesetzt werden.

Lösen ließen sich diese Probleme durch einen Ausbau der Handels-

und Wirtschaftszusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Die Regierung dagegen nahm unter dem Druck Washingtons eine Beschniedung der Geschäftskontakte zur Sowjetunion vor und überließ so weit-sichtigeren Konkurrenten vorteilhaftes Terrain im Handel zwischen Ost und West. Den italienischen Interessen wurde damit ein großer Schaden zugefügt.

Eine Zeitlang schien es, das Land könnte sich dank einer wirtschaftlichen Belebung Ende 1978 wieder aufrappeln. Entgegen Voraussagen von Experten der italienischen Conf-industria hielt sie auch 1979 an. Die Industrieproduktion steigerte sich sogar noch in den ersten Monaten dieses Jahres. Das erklärt sich aus der recht hohen Nachfrage auf dem Binnenmarkt, durch das Auswechseln veralteter Anlagen und erhöhte Investitionen.

In Italien wagte man sogar von einem neuen Wirtschaftswunder zu flüstern. Jedoch erschöpften sich die günstigen zeitweiligen Faktoren recht bald. Heute sprechen die Industriellen einstimmig von einem Rückgang, der bereits die am weitesten industrialisierten Gebiete Piemont und Lombardie erfaßt und schon auf den schwach entwickelten Süden übergegriffen hat. Die Unternehmer drosselten die Produktion und setzten Tausende Arbeiter auf die Straße.

Nach ihrem Urlaub erfuhr das Fiat-Personal, daß die Direktion für 14 500 „Arbeitnehmer“ schon die blauen Briefe bereit hält.

Fiat ist der größte Industriekonzern des Landes. Laut US-Magazin „Fortune“ belegt er den 15. Rang unter den Monopolgesellschaften des Westens. In Italien galt Fiat stets als Fieberthermometer der privatkapitalistischen Wirtschaft, an dem die Gesundheit der Gesamtwirtschaft gemessen wurde. Heute hat der Autoreihe hohe Temperatur.

Die Massenmedien geben daran starken taktischen Fehlkalkulationen und Irrtümern der Betriebsleitung schuld. Hauptursache liegt aber woanders. Angesichts der sich verschlechternden Konjunktur und der verstärkten Konkurrenz US-amerikanischer und japanischer Konzerne ist es für die Konzernleitung günstiger, die Produktion in Entwicklungsländer mit billigeren Arbeitskräften zu verlagern, wo die Gewerkschaften weniger starken Einfluß als in Italien haben.

Die Automobilbauer beantworteten die arbeiterfeindlichen Maßnahmen mit Streik. Die Fiatwerke sind praktisch lahmgelegt. Am 25. September kam es in Piemont zu einem

Generalstreik. Am gleichen Tag traten rund 1,5 Millionen Maschinenbauer die Arbeit nicht an. In den Kfz-Bau-Zentren Turin und Neapel fanden große Kundgebungen statt, auf denen gefordert wurde, die Entscheidung der Fiat-Leitung aufzuheben.

Die Situation wurde so gespannt, daß die Arbeiter warnten, sie seien zu der äußersten Maßnahme einer Betriebsbesetzung bereit. Dabei wurden sie von der IKP-Führung unterstützt. Die Fiatchiefs gaben in ihrem Erschrecken über das Streikausmaß klein bei und erklärten, die Frage der Entlassungen werde bis zum Ende des Jahres „aufgeschoben“.

Die Fiatkrise zeigte wie in einem Spiegel die Situation auch in anderen Zweigen. Heute stellt man sich die alarmierende Frage, ob die Wirtschaft in allernächster Zukunft nicht in eine tiefe Depression gerät?

IKP und Gewerkschaften glauben, man könne dieser Gefahr entgehen. Dazu müßte auf demokratischer Grundlage ein Wirtschaftsprogramm erarbeitet werden, das in erster Linie nicht die Interessen des Großkapitals, sondern die des Landes berücksichtigt. Die Gewerkschaften wollen unmittelbar an der Vorausplanung und der Leitung der Wirtschaft teilhaben. Als Ausweg aus der Krise sehen sie neue Produktionskapazitäten vor, vor allem im italienischen Süden, sowie eine Kürzung der Arbeitswoche, um die Arbeitslosigkeit zu senken.

Die führenden Gewerkschaftszentralen fordern ferner das Recht, an der Ausgabenkontrolle der Steuermittel beteiligt zu werden. Zur Inflationsbekämpfung schlägt die IKP eine gerechtere Steuerbelastung vor. Man müsse die Hintertürchen zur Steuerhinterziehung für die Reichen und die Spekulanten stopfen und die Militärausgaben herabsetzen.

All diese Änderungen, die zu einer sozialen und wirtschaftlichen Gesundung führen könnten, lassen sich nur durchsetzen, wenn die größte Partei der italienischen Werktätigen, die Kommunisten, in die Regierung gelassen wird. Die Erfahrungen der letzten Jahre, darunter auch die Arbeit des Kabinetts Cossiga, haben gezeigt, daß sich Italien ohne IKP und gegen die IKP nicht regieren läßt. Das ist die wichtigste Lehre aus diesem Unterricht in Krise.

Rom

FRÜCHTE DER NACHSICHT

In der Welt, die seinerzeit den Faschismus hervorbrachte, diskutiert man noch immer darüber, wie man sich zu seinem Nachtrab verhalten soll, da er zählebig, gefährlich usw. sei. Manchen Machthabern zufolge sind die neuen Braunhemden fast ein obligater, wenn auch unerwünschter Teil des politischen Spektrums oder Pluralismus der „freien Welt“.

Bis darüber Klarheit geschaffen ist, legen die Neofaschisten aber die Hände nicht in den Schoß. In Bologna waren bei einer Bombenexplosion auf dem Bahnhof über 80 Tote und rund 200 Verwundete zu beklagen. In München wurden beim Oktoberfest durch eine Bombenexplosion 12 Personen getötet und 215 verwundet. In Paris kam es zu einer Folge von Brandstiftungen und Attentaten. In Los Angeles stifteten Banditen von der amerikanischen Nazipartei gemeinsam mit Ku-Klux-Klan-Männern eine Explosion in den Räumlichkeiten der Kommunistischen Partei an.

Solche und ähnliche Alarmsignale häufen sich und legen den Gedanken nahe, daß das Vorgehen des Hitlernachtrabs innerhalb und außerhalb Europas aufeinander abgestimmt ist. Klar ist auch seine Absicht, die jetzigen internationalen Spannungen zu benutzen, um noch mehr aufzutrompfen.

Wie wird darauf reagiert? Nach der Explosion in Los Angeles wurden die Schuldigen „nicht ermittelt“. Die Untersuchung in Bologna zieht sich, der italienischen Presse zufolge, in die Länge. In Paris werden manche Verhaftete „wegen unzureichender Beweise“ auf freien Fuß gesetzt (dabei hat das Innenministerium festgestellt, daß etwa 30 von den 150 aktiven Mitgliedern der vor einem Monat aufgelösten profaschistischen Organisation Polizeibeamte sind!). In der BRD fand man am Münchner Tatort die Leiche eines Mannes, der einer paramilitärischen Neazigruppe angehört hatte, und dort sucht man die Öffentlichkeit mit der Lesart von einem „Alleintäter“ zu beschwichtigen. Hitler war aber auch einmal ein „Alleintäter“...

Die Beunruhigung in Westeuropa nimmt zu, wovon eine Resolution des Beratungsgremiums des Europarates zeugt, in der die Bekämpfung der Neofaschisten direkt den Regierungen der westlichen Länder auferlegt wird. Die haben aber vorläufig keine Eile, und jetzt ernten sie die Früchte ihrer Nachsicht.

W. KUSNEZOW

Die Krönung der Krone

W. LARIN

Es war einmal ein Kontinentaler, der lebte sechs Jahre auf den Britischen Inseln. Und wie er so die dortigen Zeitungen las, dem Rundfunk lauschte und in die Mattscheibe glotzte, schrieb er sich in ein kleines Büchlein manch starkes Wort von kleinen und großen Briten. Schließlich zog es ihn wieder an heimatliche Gestade, aber er wollte doch seine gekrönten Worte dem Volke kund tun. So schickte er sie an das Massenblatt „Guardian“, das sie in einem Anfall von Selbstkritik auch veröffentlichte. Da las man denn: „Das beste Rechtssystem der Welt; die tatsächlich besten Polizeikräfte in der Welt; ein parlamentarisches System, das ein Traum für die ganze Welt ist; ein Standard des britischen Journalismus, der in der Welt ungeschlagen ist; das beste Gesundheitssystem, ein Modell für den Rest der Welt; die britische Kneipe, eine Freizeitstätte, von der man nur träumen kann; unzweifelhaft das beste Theater der Welt; der beste Fernsehdienst der Welt; das ausgereifteste Wahlsystem in der Welt; noch immer die beste Eisenbahn in der Welt; immerhin das beste Postwesen in der Welt; noch immer die gesetzestreuesten Menschen in der Welt; die „Times“, die beste Zeitung in der Welt; die englische Sprache, das perfektste Kunstwerk, das die Menschheit je kreiert hat; trotz einiger Unzulänglichkeiten wohl doch das beste Wetter in der Welt; das beste Abwässersystem in der Welt. Man fühlt sich veranlaßt hinzuzufügen: das größte Großbritannien in der Welt. Es tut mir leid, ich habe diese Beobachtungen nicht gemacht. Wo liegt da mein Fehler?“

Ein anderer fremdländischer Beobachter der britischen Gesellschaft, der Mitarbeiter der französischen „Monde“ Henri Pierre, sieht die Sache etwas anders. Er führt u. a. zwei Soziologen aus Oxford — John Goldthorpe und A. H. Halsey — an, die sich nicht auf die Politiker verlassen, sondern Großbritannien anhand von Fakten unter die Lupe genommen haben. In ihren Büchern „Social Mobility and Class Structure in Modern Britain“ und „Origin

and Destination“ kamen sie zu dem Resümee: Großbritannien ist eventuell einer der ungerechtesten Staaten in der Welt.

Trotz der zunehmenden Klassenmobilität und der Reformen der jüngsten Jahrzehnte ist auf den Britischen Inseln keinerlei wesentliche „Verbesserung“ der sozialen Ungerechtigkeit eingetreten. Prof. Halseys Untersuchungen beweisen die Erstarrung der hierarchischen sozialen Struktur Großbritanniens, die insbesondere im Bildungswesen herrscht und zur Verewigung der Ungleichheit beiträgt.

Man beruft sich im Lande gern auf Margaret Thatcher, James Callaghan, Harold Wilson und Edward Heath, die sich aus Bevölkerungsschichten nach oben gearbeitet haben, denen von bürgerlichen Soziologen nicht das Etikett High Society zugebilligt wird. Das sei doch ein Beweis für die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Der Erfolg solcher Leute zeige doch, daß der Weg nach oben allen, unabhängig von ihrer Herkunft, offenstehe. Man müsse nur hübsch arbeiten und seine Begabung und Fähigkeiten entfalten. Auch die Experten aus Oxford scheinen zu bekräftigen: Großbritannien ist keine Kastengesellschaft und sozialer Aufstieg im Prinzip möglich. Andererseits aber verdeutlichen Erhebungen, daß die Mehrheit der britischen Arbeiterklasse nicht in den Prozeß der sozialen Erhöhung einbezogen ist. Sie bleibt „Nachberoproletariat“ und hat ihren festen Platz in Beziehung zu den anderen Schichten der britischen Gesellschaft, wobei es keine besonderen Kontakte zwischen beiden gibt. Prof. Halsey ist der Ansicht, daß ein junger Abkömmling der Arbeiterklasse heute genausowenig Chancen zu höherer Bildung hat, wie seine Eltern in den 30er Jahren.

Kinder aus der Mittelschicht haben heute 11mal mehr Möglichkeiten eine Universität zu beziehen als Arbeiterkinder. Unter diesen stieg die Anzahl der Studenten um nur 2 Prozent, trotz der dem Gesetz nach 1944 durchgeführten Bildungsreform. Der allgemeine Bildungsstandard ist gestiegen, das Re-



servoire der potentiellen Talente ebenfalls, dennoch aber bleiben die „ungleichen Möglichkeiten“ zum Schaden der Arbeiterkinder bestehen.

Soweit die Schlußfolgerungen der Oxford. Sie betonen: Reformen, die den Bedürfnissen der in ungünstiger Lage befindlichen Klassen hätten entsprechen sollen, sind tatsächlich nur den Mittelschichten zugute gekommen. Diese erwiesen sich als anpassungsfähig.

Ende September fällte der Ständige Militärrat [ein Organ der Militärjustiz Venezuelas] einen Freispruch in Sachen der Gruppe kubanischer konterrevolutionärer Emigranten Orlando Bosch und Luis Posada Carriles sowie der Bürger Venezuelas Hernán Ricardo Lozano und Freddy Lugo. Sie waren der Organisation und Ausführung der Explosion in einer Maschine der „Cubana de Aviación“ am 6. Oktober 1976 an der Küste der Insel Barbados im Atlantik angeklagt. Dabei kamen 73 Fluggäste und die gesamte Besatzung ums Leben.

NZ hatte in Nr. 36/78 von diesem barbarischen Verbrechen berichtet. Rufen wir in Erinnerung, daß Ricardo und Lugo an diesem Tag in Port of Spain [Trinidad und Tobago] an Bord einer nach Havanna fliegenden Maschine aufgestiegen waren. Sie hatten ein Kofferadio mit einer Zeitzünderanlage unter einen Sitz plaziert und waren während einer Zwischenlandung in Bridgetown [Barbados] ausgestiegen. 10 Minuten nach dem Start traf die Explosion ein. Die Maschine stürzte ins Meer.

Die Verbrecher konnten bald festgenommen und ins Gefängnis von Caracas eingeliefert werden. Angesichts der unzähligen Indizien und eindeutiger Beweise gaben sie schon bei den ersten Verhören ihre Tat zu. Damals stellte sich auch heraus, daß Ricardo bereits 1971 von der CIA angeworben worden

ger, um Nutzen aus den sozialen Vorteilen der letzten Jahrzehnte zu ziehen, insbesondere aus dem Gesundheits- und Bildungswesen und bei der Freizeitgestaltung.

Schließlich stimmen, nach Ansicht Goldthorpes und Halseys, die Zukunftsaussichten für die Arbeiter keineswegs optimistisch. Das hängt damit zusammen, daß sich die Zunahme der Arbeitsplätze bei Behörden und im Dienstleistungsbereich verlangsamt. Weniger freie Stellen gibt es im Bereich der Bildung und der örtlichen Verwaltung, und der Wettkampf um sie wird unausbleiblich zugunsten der jungen Mittelschichtler ausgehen.

Prof. Goldthorpe steht den verschiedenen Reformen skeptisch gegenüber und glaubt, fundamentale Änderungen ließen sich nur durch gemeinsame Aktionen in einem Kampf erreichen, den die Gewerkschaften aufnehmen müßten, um eine offenere, gemeint ist gerechte, Gesellschaft zu schaffen, nicht aber, um ihre Augenblicksinteressen zu verteidigen.

Die Schlußfolgerungen der Oxford

Analysatoren, die ihren Linkstrend nicht verbergen, gelten in Großbritannien als ziemlich strittig. Von manchen hört man: die Mobilität der Klassen und der Übergang von einer in die andere Klasse gehe mit der zunehmenden Zahl der Arbeitsplätze in den Dienststellen und mit ihrem parallel verlaufenden Abbau in der Industrie weiter. So wie die Urväter Täler und Hügel verlassen hätten, um in die Betriebe zu gehen, machen sich die Sprößlinge der Arbeiterklasse auf die Wanderschaft in Regierungsstellen. Anders ausgedrückt, man könne von einem „Nacherbeproletariat“ schon nicht mehr reden. Der bekannte britische Soziologe Richard Hoggart hält die Schlußfolgerungen der Oxfordner allerdings für begründet. Das britische Bildungssystem erweitert die sprachliche und kulturelle Kluft zwischen den Klassen und konsolidiert die Selbstisolation der Klassen in stärkerem Maße als in anderen europäischen Ländern.

Wie paradox das auch klingt, die Ergebnisse der Politik der Tory-Regierung bestätigen die Wissenschaftler aus Ox-

ford. Wenn die Arbeitslosenziffer zwei Millionen übersteigt, Preise und Inflation einen Rekordstand im gesamten Westen erreichen und die sozialen Spannungen an eine noch gespannte Sprungfeder erinnern, geschieht das doch offenbar nicht, weil sich die Situation der Arbeiterklasse und der Werkstätigen überhaupt verbessert.

Sicher, es gibt in Großbritannien vieles Schöne und möglicherweise auch Vollkommene. Doch gilt das schwerlich für das jetzige wirtschaftliche und politische System. Das US-Magazin „Newsweek“ schreibt, die „krächteste Wirtschaft“ sei die britische. Der britische Großunternehmer Rog Parkes, Vorsitzender des britischen Unternehmerverbands in West Midlands, äußerte zur Regierungspolitik: Man hatte uns gesagt, wir würden uns nach der Flutwelle wie der Vogel Phönix aus der Asche erheben. Es sieht allerdings so aus, daß uns, wenn wir so weitermachen, bloß noch die Asche bleibt.

Vielelleicht ist Großbritannien wirklich die Krönung der Krone, nur worin? London

NACH DEM DRAMA VON BARBADOS

war und sein Partner Lugo mit einem gewissen Posada zusammenarbeitete, einem kubanischen Konterrevolutionär mit venezolanischer Staatsbürgerschaft, der ein Privatdetektivbüro gegründet hatte. Unter dem Deckmantel dieses legendären „Büros“ verbarg sich das CIA-Zentrum in Venezuela. Die lateinamerikanische Presse hatte mitgeteilt, Anführer aller Aktionen der Verbrechergruppe sei ein Mann des konterrevolutionären kubanischen Abschaums in den USA, Orlando Bosch, der nach Caracas gekommen war, um Ricardo und Lugo zu instruieren und ihnen 40 000 Dollar auszuhändigen.

Nach Abschluß der Voruntersuchungen wurde den Verbrechern die Anklageschrift übermittelt, in der sie des Mordes, der Herstellung einer Sprengvorrichtung und Bosch außerdem auch der Anfertigung falscher Papiere beschuldigt wurden.

Die Untersuchungen dauerten lange. Die Verbrecher spürten die Unterstützung ihrer CIA-Aufrücker sowie einiger bürgerlicher Presseorgane, die eine Kampagne zu ihrer Rechtfertigung entfesselten, und erholten sich schnell von dem ersten Schreck. Besonders frech wurde Bosch. Bei Gesprächen mit Jour-

nalisten im Gefängnis drohte er offen mit neuen Gangsteraktionen, scheute nicht vor einer Beleidigung des Gerichts und sogar des damaligen Präsidenten Venezuelas Carlos Andrés Pérez zurück.

Später wurde der Fall der Ziviljustiz entzogen (er wurde vom Obersten Gericht Venezuelas unter Beteiligung hinzugebener Vertreter Kubas, Kanadas und der USA untersucht) und militärischen Gerichtsinstanzen übertragen.

Die Freunde der Verbrecher aus der einheimischen Reaktion setzten jedoch ihren Druck auf das Gericht fort. Die Wirkung dieses Drucks läßt sich z. B. an folgender Tatsache erkennen: Der Militärstaatsanwalt hatte zunächst auf Grund ihm während der Untersuchungen zugeleiteter Beweise für Bosch und seine Mittäter 30 Jahre Gefängnis gefordert, dann aber trotz der gleichen Beweise plötzlich auf einen Freispruch der Verbrecher plädiert. Nach diesem Haltungswandel legte der Ständige Militärrat seinerseits das Strafmaß für die Terroristen mit viereinhalb Monaten Gefängnis fest, und zwar lediglich wegen „Benutzung gefälschter Papiere“.

Dabei hat man es hier mit so übeln Verbrechern wie beispielsweise Bosch zu tun, der der lateinamerikanischen

Presse zufolge 150 Mordanschläge und rund 50 vollendete Morde auf dem Gewissen hat!

Obwohl das Oberste Militärgericht Venezuelas das endgültige Urteil noch fällen muß, traf die von den Mitgliedern des Ständigen Militärrats bezogene Haltung bei der breiten Öffentlichkeit Venezuelas auf Empörung. Parteien wie die Movimiento Electoral del Pueblo und Movimiento al Socialismo sowie viele andere Organisationen und einzelne Parlamentarier protestierten energisch und bezeichneten die Rehabilitierung Boschs und seiner Helferhelfer als zynische und unerhörte Verhöhnung der Justiz. Der Direktor der Zentraluniversität Venezuelas, Prof. Elio Gómez Grillo, erklärte, der Freispruch des Militärrichterstuhls sei eine Schande für Venezuela. Diese Entscheidung schwäche das Vertrauen des venezolanischen Volkes in die Justizorgane noch weiter.

Seit dem Sturz der Jiménez-Diktatur 1958 hat es Venezuela Hochachtung eingefragt, daß es eine unabhängige Friedenspolitik betreibt und eine aktive Haltung im Kampf gegen den chilenischen Faschismus bezieht. Um so trauriger ist das Verhalten der dortigen Justiz gegenüber dem Verbrechen einer Gruppe internationaler Terroristen, denen jetzt überall ein entschiedener Kampf angesagt ist.

A. BARYSCHEW

DAS ZWEITE JAHR IN NIKARAGUA

Pjotr NIKOLAJEW

Über ein Jahr gibt es sie nicht mehr, eine der schlimmsten und langandauernden Militär- und Polizeidiktaturen Lateinamerikas, die Diktatur des Somoza-Clans. Auf der Tagesordnung stehen der Neuaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft, die Etablierung und Konsolidierung der revolutionären staatlichen Machtorgane, die Weiterentwicklung einer echten Demokratie und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen.

Im Mittelpunkt die Wirtschaft

Basis der Wirtschaft Nikaraguas ist die Landwirtschaft, vor allem ihre exportintensiven Zweige Kaffee, Baumwolle und Zucker. Wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern waren vor der Revolution die Latifundistas Herren im Dorf. 200 Privatleute hatten mehr als die Hälfte aller Anbauflächen in der Hand. Hunderttausende Bauern dagegen besaßen nicht einmal kleine Parzellen. Die meisten fruchtbaren Flächen gehörten zusammen mit den Verarbeitungsbetrieben dem Somoza-Clan und seinen Freunden. Während des bewaffneten Kampfes kamen viele dieser Latifundien. Mit einem der ersten Erlasses der Revolutionsmacht wurden sie beschlagnahmt und dem von der Regierung gebildeten Institut für Agrarreform unterstellt.

Eine andere Richtung der Umgestaltung auf dem Land ist der freiwillige Zusammenschluß kleiner Bauernwirtschaften. Innerhalb eines Jahres entstanden rund 2500 Genossenschaften, die meisten davon Produktionsgenossenschaften. Der Staat gibt ihnen Kredite, technische Hilfe, versorgt sie mit Saatgut und sichert den Ankauf der Ernte.

Doch es gibt auch viele Einzelwirtschaften und Pächter. Sie erhalten beschlagnahmten Boden. Diese kleinen Privatwirtschaften erzeugen bis zu einem Viertel der gesamten Agrarproduktion, bei Kaffee und Baumwolle sogar bis zu einem Drittel. Auch sie erhalten entsprechend staatliche Unterstützung.

Noch bestehen in Nikaragua auch große private Güter. Die Agrarreform hat nämlich jene Latifundistas

nicht enteignet, die mit dem Somoza-Regime nicht liiert waren. Einigen von ihnen gehören große Flächen. Jetzt, da die Frage der Erzeugung von Nahrungsmitteln, von Exportgütern und Rohstoffen für die Industrie besonders brennend wird, hat die Regierung alle Agrarsektoren aufgerufen, sich aktiv an der Steigerung der Produktion zu beteiligen. Allerdings fand dieser Aufruf bei einigen Großgrundbesitzern nicht das nötige Echo. Hunderttausende Hektar ihrer Flächen blieben unbestellt. Sie verpachteten sie auch nicht, sondern zogen es vor, sie unbestellt zu lassen. Die Regierung warnte daraufhin, sie könne eine derartige Situation nicht dulden. Gegenwärtig wird an einem Gesetz über die rationelle Nutzung des Bodens gearbeitet, das die Beschlagnahme von Ödflächen vorsieht, die dann den Bauern übergeben werden sollen.

Auf starke Schwierigkeiten stieß die revolutionäre Macht auch bei der Erneuerung der Industrie. Die meisten Werke und Fabriken hatten durch Luftangriffe und Geschützfeuer gelitten. Die herkömmlichen Rohstoffversorgungskanäle waren gestört.

Inzwischen sind bereits mehr als 200 Betriebe der Somoza-Clique staatlichen Organisationen unterstellt worden und wurden so zu Volkseigentum.

Der staatliche Industriesektor wurde neben den verstaatlichten Banken und dem Außenhandel zum Hebel des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs. Verstaatlicht worden ist auch die Bergbauindustrie, die seit 1880, also 100 Jahre, Auslandskonzernen gehörte. Gleichzeitig ist die Regierung bemüht, im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung auch die Privatiniziativen einzubeziehen. Privatbetriebe erhalten Kredite und Unterstützung beim Ausbau der Produktion und beim Absatz der Erzeugnisse.

Das alles braucht Mittel, Ressourcen, und zwar nicht wenig. Sie aber

reichen nicht. Die zuverlässigen Freunde Nikaraguas — Kuba, die Sowjetunion, die DDR und andere Staaten der sozialistischen Gemeinschaft — kamen dem Volk von Nikaragua bei Überwindung seines wirtschaftlichen Ruins zu Hilfe. Auch zu westeuropäischen Ländern, so Schweden, Spanien, die BRD und einige lateinamerikanische Länder, darunter Mexiko und Venezuela, werden die Wirtschaftskontakte ausgebaut.

Eine bestimmte Hilfe leisteten auch die Vereinigten Staaten. Allerdings versuchte der US-Kongreß dabei, das mit politischen Bedingungen zu verbinden, was jedoch von der Regierung Nikaraguas zurückgewiesen wurde.

Gegen Krankheit und Analphabetentum

Im sozialen Bereich hat die Revolutionsregierung ihre Anstrengungen auf die Lösung von aktuellen Pro-



Die Lehrerin J. Henriquez unterrichtet Dorfbewohner.

Foto: ADN—TASS

blemen konzentriert, die die jahrhundertelange Herrschaft des Imperialismus und der Oligarchie hinterlassen hatte. Vor allem war dies die entsetzliche Rückständigkeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Bildung.

Die Lösung der Revolution — allen Nikaraguern garantiertes Recht auf Gesundheit — wird aktiv mit Leben erfüllt. Vorgegangen wird gegen die in diesen Landstrichen verbreitete Malaria, und es gibt Massenimpfungen gegen Kinderlähmung, Diphtherie und andere Kinderkrankheiten. In den entferntesten Regionen, wo früher niemals ein Arzt auftauchte, wurden Polikliniken und Sanitätsstellen eingerichtet. In den Städten sind sechs große moderne Krankenhäuser in Bau.

Die Beseitigung des Analphabetentums wurde zu einer der vordring-

lichsten Aufgaben erklärt. Anfang d. J. wurde dazu ein fünfmonatiges Programm beschlossen, dessen Durchsetzung 95 000 junge Leute in Angriff genommen haben, die entsprechende Bildung besitzen. Die Jungen und Mädchen begaben sich in die weitentfernten Ortschaften und Dörfer in Wäldern und Berggebieten. Das sozialistische Kuba entsandte eine Gruppe Lehrer. Ende August wurden die Ergebnisse dieser Kampagne mitgeteilt: 406 000 Personen können nun lesen und schreiben. Noch müssen 200 000 weitere erfaßt werden.

Die Alphabetisierungskampagne half breiten Schichten des arbeitenden Volkes, das Wesen der revolutionären Veränderungen zu begreifen. Nicht umsonst wollten die Feinde der Revolution diese Maßnahmen diskreditieren, wobei terroristische konterrevolutionäre Banden Mitglieder der „Alphabetisierungsbriгадen“ zu Objekten ihrer gemeinen Überfälle auserkoren. Die Banditen brachten viele junge Menschen um.

Die Macht dem Volke

Die neue, revolutionäre Republik Nikaragua lebt gemäß einem Grundstatut, der provisorischen Verfassung des Landes. Mit diesem Dokument wird allen Bürgern die Gleichheit vor dem Gesetz garantiert. Sie haben das Recht, frei ihre Anschauungen auszusprechen. Es wurden repräsentative Machtorgane gebildet. Die wichtigsten — die Ministerien für Verteidigung, Planung und Landwirtschaft — haben namhafte Persönlichkeiten der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), der führenden Kraft der Revolution, übernommen. Eine sandinistische Volksarmee wurde aufgestellt sowie eine sandinistische Volksmiliz, staatliche Sicherheitsorgane und eine sandinistische Polizei. Sie alle sollen die Heimat vor Anschlägen des äußeren und des inneren Klassenfeindes schützen.

Sandinos Gedanken über den Kampf gegen den Imperialismus, die Verteidigung der nationalen Souveränität mit Waffengewalt, über die Rolle der arbeitenden Klassen bei der Entscheidung über das Schicksal der Heimat haben ihren Ausdruck im Programm der sandinistischen Bewegung gefunden. „Sandino gestern, Sandino heute, Sandino für immer!“ lautet eine der populärsten Lösungen des heutigen Nikaragua.

Einer der ideologischen Inspiratoren und Begründer der sandinistischen Front war Carlos Fonseca Amador. Er fiel im Kampf gegen die

Unterdrückungsarmee der Somoza-Diktatur im November 1976 knapp 40 Jahre alt. Seine Asche wurde auf den Platz der Revolution in der Hauptstadt Managua überführt. An dieser Stelle steht heute ein bescheidenes, aber beeindruckendes Denkmal für den Helden mit einer ewigen Flamme davor. Eine hauptstädtische Verkehrsader trägt seinen Namen.

Der Sieg über die verhasste Somoza-Diktatur wurde unter Führung der 1961 gegründeten Sandinistischen Befreiungsfront erzielt. Sie spielt jetzt zu Recht die Rolle der regierenden Partei.

Die Führungsrolle der Sandinistischen Befreiungsfront in der politischen Struktur des Landes wurde durch einen Akt des höchsten Staatsorgans, des Regierungsrats der Nationalen Wiedergeburt, verankert, der bestätigte, daß die FSLN „die Avantgarde ist, die den Krieg gewann und, gestützt auf die breiten Massen, den revolutionären Prozeß leitet.“

Doch regiert die FSLN keineswegs allein. Dazu wurden alle sozialen Schichten und politischen Gruppierungen, die die Revolution unterstützen, herangezogen. Dem Regierungsrat der Nationalen Wiedergeburt gehört beispielsweise nur ein FSLN-Vertreter an. In dem zahlmäßig starken Gesetzes- und Konsultativorgan, dem Staatsrat, sind fast alle Parteien sowie Gewerkschaften, Unternehmerkreise, einige Organisationen und sogar oppositionelle Kräfte vertreten. Zu letzteren gehören u. a. die Konservative Demokratische Partei und die Demokratische Bewegung Nikaraguas.

Die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte haben sich in der Patriotic Front der Revolution zusammengeschlossen, die die FSLN, die Nikaraguaneische Sozialistische Partei, die Christlich-Soziale Volkspartei und die Unabhängige Liberale Partei vereint.

Die Revolution hat die breiten werktätigen Massen in den Klassenkampf einbezogen. Unter Führung der FSLN wurden die Sandinistische Gewerkschaftszentrale der Werktätigen (gewerkschaftliche Landesorganisation), der Nikaraguaneische Frauenbund, der Bund der Sandinistischen Jugend gegründet. Überall bestehen sandinistische Komitees zur Verteidigung der Revolution, die die örtlichen Machtorgane unterstützen und die Bevölkerung zum Kampf gegen ihre Feinde mobilisieren.

Die Kräfte des Imperialismus, der inneren und äußeren Reaktion wollen den offensiven Fortgang der Re-

volution verhindern. Die Opposition, die die Interessen von Unternehmern und Gutsbesitzern vertritt, übt Druck auf die Regierung aus, um schnellstens „freie“ Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchzusetzen. Die FSLN-Führung erklärte daraufhin, die Vorbereitungen zu Wahlen würden nicht vor 1984 beginnen, da sonst die Aufmerksamkeit des Volkes von den Kardinalaufgaben der Heimat abgelenkt werde. Der Regierungsrat der Nationalen Wiedergeburt werde in seiner jetzigen Form bis 1985 bestehen, d. h. solange die Wiedererrichtung des Landes nicht vollendet ist.

Einen geheimen und offenen Kampf gegen das Revolutionsregime führen auch Überreste der geschlagenen Somoza-Garde, die sich in den Nachbarländern (vor allem in Honduras) unter dem Schutz der mittelamerikanischen volksfeindlichen Diktaturen und der CIA eingenistet haben. Die ehemaligen Nationalgardisten dringen auf nikaraguanesches Territorium vor, greifen Posten der Sandinistischen Volksarmee an, ermorden Vertreter der Revolutionsmacht und Angehörige der Alphabetisierungsgruppen, stecken den Besitz von Bauerngenossenschaften in Brand und vertreiben Vieh. Manchmal schließen sich diese Banden auch einzelne Gutsherren aus den Grenzbezirken an, die früher mit Somoza zusammenarbeiteten. Die Behörden setzen Armee-Einheiten und Volksmiliz gegen die Diversanten ein. Im August—September wurden konterrevolutionäre Gruppierungen in den Departements Nueva Segovia, Zelaya und in einigen anderen Gebieten vernichtet.

Im September wurde auch eine Verschwörung der inneren Konterrevolution aufgedeckt, die der ehemalige Oberst der Nationalgarde Bernardino Larios anführte. Dabei ergab sich, daß die CIA an weitgehenden Plänen arbeitet, wobei die Einschleusung bewaffneter Banden nur als Ablenkungsmanöver erscheint. Diese Pläne sollen jene Schichten der inneren Bourgeoisie und der Latifundistas unterstützen, die ihre einstigen Privilegien nicht aufgeben wollen.

Die Angriffe der Feinde finden entschiedenen Widerstand seitens der staatlichen Sicherheitsorgane, der Armee, der Miliz, der Komitees zur Verteidigung der Revolution und des ganzen arbeitenden Volkes Nikaraguas, das in fester Gewißheit einer besseren Zukunft entgegen schreitet.

HANN MACHT WIND

Die Weltöffentlichkeit kümmert sich bekanntlich angestrengt um die Kernenergie. Viele Menschen interessiert auch deren Entwicklung in der UdSSR. Nicht zufällig haben deshalb 60 in Moskau akkreditierte Auslandskorrespondenten an einer Fahrt nach Wolgodonsk teilgenommen, wo der Bau des einzigen Werks in der Welt zur Herstellung von Komplexanlagen für Kernkraftwerke vor dem Abschluß steht.

Berichte über diese Fahrt erschienen bereits in der Auslandspresse, darunter auch in den USA. Die „International Herald Tribune“ brachte einen Artikel des Moskauer AP-Korrespondenten Minthorn über das Baugeschehen auf „Atommasch“ und dessen erste Erzeugnisse. ABC zeigte den amerikanischen TV-Konsumenten eine Reportage aus den Werkhallen.

Diese Informationen haben jene Amerikaner wahrscheinlich verblüfft, die der „sachlichen Objektivität“ des Verlags „McGraw-Hill“ Glauben schenken. Sie sehen nämlich ziemlich anders aus als das, was

der Moskauer „McGraw-Hill“-Korrespondent Peter J. Hann seinerzeit über „Atommasch“ schrieb. Nicht nur, daß er sich in der Geographie geirrt und das Gebiet Rostow der RSFSR nach Wolgodonsk in die Ukraine verlegt hat. Mr. Hann hat's auch nicht mit der Arithmetik: über 2 Md. Rubel Bauinvestitionen werden in seiner Umrechnung zu einer Milliarde Dollar (?!). Und überhaupt wird, wenn man Mr. Hann glaubt, das Werk erst 1990 seine vorgesehene Kapazität erreichen.

Damit's glaubwürdiger klingt, gibt Mr. Hann folgende Ortsschilderung: Kalter Wind heult durch die Tore in die Werkhallen und verköhnt nicht nur die Menschen, sondern auch wertvolle Anlagen. Nicht jeder Leser der „McGraw-Hill“-Magazine kann wissen, daß die Hallentore von Betrieben in kalten Klimazonen unbedingt von Heißluftduschen abgeschirmt werden. Er sollte aber wissen, wieviel Wind an Desinformation der Moskauer Korrespondent dieses Verlags macht.

A. SMIRNOW

DIE FÜNFTEN MODERNISIERU

Das US-Handelsministerium erhielt einen Auftrag der chinesischen Regierung über „Technik zur Aufrechterhaltung der Ordnung“. Das gab aber eine Aufregung bei den Auftragnehmern. Chefassistent Black Lable beorderte seinen verantwortlichen Mitarbeiter Dick Drobill zu sich.

„Go on, Dick, Sie fahren nach Peking. Ich hoffe, Sie haben nichts vergessen und alles gut überlegt?“

„Yes, Sir! Ich nehme die besten Muster unserer Erzeugnisse: die Bombe ‚Freude‘ mit Tränenegas, die Handschel-

len, Freiheit, gerät, Wanz, ren letzte die Elektro, pel, „Humani-

„Die, mit einem bloß braucht, ur zu machen? Sache. Die bei den Ve, Patienten

mühle, „K, gut bewähr, Sie bloß, keine Spur, per. Wirklich hundert, schritts...“

„... des im Dienst und Ordnung

„Aber ja. Dick, Sie sind darüber, da Geschäft de derts machen. Der chines mit seiner bevölkerung unbegrenzte keiten. Dam die großartigen ausmaße will ich Ihnen aus der eines US- über die do zitieren. Da wurde im Fe veröffentlicht ganz aktuell.

Hören Sie Dick: „In China noch immer des Drangsali willkürlichen tungen und ha fen ohne öff richten, politische ten...“

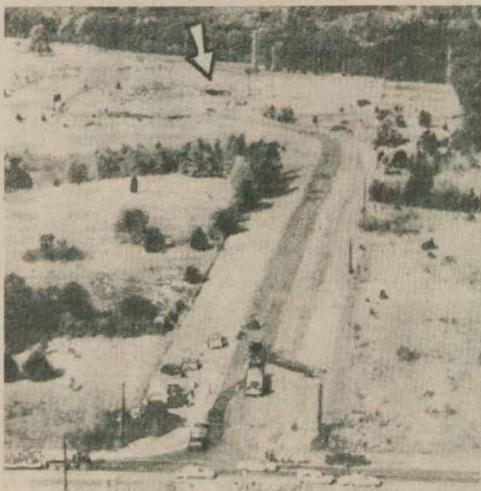
Und hier Stück: „Die Regierung un

41-80

SCHÖNE LANDSCHAFT

Wenn man den Werbeprospekten glauben will, hat Arkansas eine prächtige Landschaft, mit Kiefernwäldern, stillen Tälern aber auch mit unterirdischen Startplätzen der Titan-2-Raketen.

In der Nacht zum 20. September war den Einwohnern der Stadt Damascus nicht nach schöner Landschaft. Ein Techniker des Bedienungsperso-



nals verschloß die zweite Raketenstufe und ließ dabei einen schweren Schraubenschlüssel in den Schacht fallen, der den Treibstoffbehälter durchschlug. Ein paar Stunden später zerriß die Explosion des Raketentreibstoffes das 750-t-Ding und hinterließ einen riesigen Krater.

Am Morgen des 20. September wurden die erschreckten Arkansassern beruhigt, es sei alles in Ordnung. Der Kernsprengkopf sei unbeschädigt und befände sich unter der Kontrolle des „Militärdepartments und des Ministeriums für Energie“, und die stocherten natürlich nicht mit Schraubenschlüsseln daran herum.

Das Foto der „International Herald Tribune“ weist mit einem Pfeil auf das Startloch vor der Explosion. Das zweite Foto zeigt, was danach davon übriggeblieben war. Der Schacht soll bald repariert und mit einer neuen Rakete versehen werden, damit das Landschaftsbild von Arkansas nicht gestört ist.

V. GRIBATSCHOW

„NEUE ZEIT“

weitverzweigtes Netz von Gefängnissen und viele Arbeitslager. Das ausgedehnte Polizeisystem beobachtet nach wie vor die politische Betätigung chinesischer Bürger".

"Klar, China wird für uns ein neues Eldorado und Klondike zusammen. Obwohl sie uns die Ohren mit ihren vier Modernisierungen vollgesungen haben, bin ich sicher, daß sie die fünfte — die Modernisierung der Polizei — nicht weniger interessiert. Peking seine fünfte Modernisierung und uns, wer weiß?, eine fünfte Kolonne."

"Halten Sie den Mund, Dick! Wir bieten Peking jetzt unsere Freundschaftshand, in der wir wie eine Fakel den Polizeiknöpfe halten, die Basis für jede Rechtsordnung und vielleicht auch das Symbol für unsere Zusammenarbeit."

"Darf ich die Pekinger Kollegen informieren, daß wir ihnen die Meistbegünstigungsklausur für Ausrüstung einräumen?"

"Bestimmt. Außerdem hat die Bank 'Sam and Sons' äußerst günstige Kredite angeboten."

"Sir, könnten mich ein paar unserer Experten begleiten?"

"Nehmen Sie die Boys aus der Gruppe 'Fighters 5', die haben einen guten Ruf von Chile und Iran her."

"Darf ich den chinesischen Freunden versichern, daß wir nach Geschäftsausfluß unsere besten Ausbilder nach Peking schicken, die denen die Feinheiten im Umgang mit unserer Polizeitechnik beibringen?"

"Go on, Dick, go on. Aber ein bisschen flott. Wir haben Konkurrenz. Die Kollegen aus der RSA haben kürzlich eine prima Peitsche zur Auflösung von Demonstrationen patentieren lassen. Darin sind sie groß. Das wäre ein Mist, wenn die uns in die Pfanne hauen."

J. KOWALENKO



BITTE ABGEBEN

Der Text zu obenstehender Karikatur aus „Financial Times“ lautet: „Dieser Herr behauptet, er komme vom Amt für Atomenergie“. Damit ist der Zeichner nicht am Ball. Das britische Amt für Atomenergie fahndet tatsächlich schon lange nach etwas, und zwar nach Plutonium, das als Antrieb für den Kernreaktor im Kraftwerk von Dounrey (Schottland) dient.

1973 verschwand ein Plutonium-Brennkern, der 10 gr. eines radioaktiven Elements enthielt, 1977 einer mit 25 gr. Plutonium- und Uran-Oxyd. Der Direktor des Kraftwerks Blumfield hatte das als unwesentlich angesehen, und so erfuhr die Regierung davon erst vor kurzem aus einem BBC-TV-Feature.

Das Kraftwerk in Dounrey ist keine Ausnahme. Vor kurzem wurde der Ausfluß radioaktiver Stoffe in Windscale bemerkt. Dort wurde der Boden acht Jahre durch einen Riß im Isoliermantel des Reaktors vergiftet. Der Grund? „Mangelnde Beachtung der Sicherheitsvorschriften und mangelnde Berufserfahrung“, schlußfolgerten Experten.

Den Engländern wird davon nicht leichter, denn in Großbritannien besteht bereits ein breites Netz von Kernkraftwerken. Was geschieht, wenn jedes von ihnen, „unbedeutende“ Verluste oder „kleinere“ Ausflüsse verzeichnet? Die Aussicht, das in Dounrey verschwundene Plutonium wiederzufinden, begeistert bislang niemanden. Nicht einmal die Leute vom Fundbüro.

G. SIDOROWA

BLUT WIE TUSCHE

Die Herrschaften des gestürzten Pol-Pot-Regimes, das in knappen drei Jahren Millionen Bürger Kampuchea ausrottete, möchten sich seit einigen Monaten den Ruf „unverständiger Idealisten“ geben. Ja, sie hätten „in manchem geirrt“, ansonsten aber seien sie für ihr Volk dagewesen. „Die Roten Khmer haben keine Genozid-Politik betrieben“, behauptete der Pol-Pot-Mann Khieu Samphan in einem Gespräch mit Journalisten aus Singapur, Indonesien, Japan, Malaysia, und den Philippinen.

Dieses Renommee aufzubauen, helfen den Pol-Pot-Leuten seine besten Freunde. Die Pekinger „Renmin ribao“ äußert, während der Regierung Pol Pot sei die Bevölkerungszahl Kampuchea nicht gesunken,

sondern sogar „etwas gestiegen“.

Vielleicht fallen die Leser der „Renmin ribao“ auf so etwas noch herein. Journalisten lassen sich schwerer verklapsen. Einige von ihnen konnten schließlich in Thailand eine Ausstellung von Kinderzeichnungen besuchen, auf denen die entsetzlichen Bilder von Leben und Tod im „demokratischen Kampuchea“ festgehalten waren.

Es ist ein aussichtsloses Unterfangen, die Hände der Maoisten Kampuchea von Blutspluren reinigen zu wollen. Wer den Pol-Pot-Banditen Hilfe leistet, sollte an das chinesische Sprichwort denken: „Was neben der Tasse liegt, wird auch schwarz.“

F. JURJEW



ZELT-ALMA-MATER

Ein bißchen seltsam sehen die Zelte vor den Hochhäusern schon aus. 200 Studenten der Bochumer Ruhr-Universität haben den Anblick vermasselt. Ihnen wären Studentenwohnheime lieber als Zelte, aber dort findet sich für sie wie für 4800 Kommilitonen kein Platz, und Studentenwirten wundermild gibt es nicht mehr.

Die Zeltstadtbewohner meinen, sie hätten noch Glück gehabt. Immerhin haben sie ein Dach über dem Kopf, wenn auch nur ein Zeltdach.

W. ROSEN

PLAINS—WASHINGTON. WASHINGTON?

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Vor vier Jahren schrieb die „Newsweek“ über den Präsidentschaftskandidaten James Earl Carter: „Er eignete sich von Anfang an nicht für das Rennen um die Präsidentschaft, dieser südl. provinzielle Baptist mit kaum erkennbaren Vorzügen außer guten Zähnen, einer vierjährigen wechselvollen Amtszeit als Gouverneur von Georgia und einem Siegeswillen, der, wie seine eigene Mutter sagt, so fest sitzt wie ein Nagel.“ Damals machte er den Wählern einen Haufen Versprechungen und rühmte als seinen größten Vorzug, daß er mit Washington nicht liiert sei. Jetzt, nach einem ganzen Rattenschwanz großer außen- und innenpolitischer Reinfälle, bietet er sich wieder als Präsident an und pocht auf seine in Washington gesammelten Erfahrungen.

Für bedeutet gegen

Noch vor einem Jahr meinten die meisten Kommentatoren, Carter habe keine Chance, wiedergewählt zu werden. Heute kandidiert er nicht nur für die Demokraten und hat Edward Kennedy überrundet, sondern er hat obendrein die Spanne, die ihn von dem Republikaner Ronald Reagan trennt, auf ein Minimum verkleinert.

Das will nicht heißen, daß sich die Wähler schon entschieden hätten. Die Ungewißheit des Wahlergebnisses bedeutet nur, daß sie eigentlich keine rechte Wahl haben. Eine von der „Time“ veranstaltete Umfrage hat ergeben, daß sich 43% der Wahlberechtigten für Reagan erklären, nur weil sie Carter nicht wollen. Von den Befragten waren 34% nur für Carter, weil sie Reagan nicht als Präsidenten haben möchten. Jene, die für den dritten Kandidaten, den „Unabhängigen“ John Anderson, sind, wollen meist weder für Carter noch für Reagan stimmen. Mit anderen Worten werden die Wähler nicht für, sondern gegen jemanden stimmen. So bietet sich unpopulären Kandidaten die Möglichkeit, am 4. November zu siegen.

Wir setzen hier die Veröffentlichungen über den Wahlkampf in den USA und die Präsidentschaftskandidaten fort, die wir in Heft 38 mit einem Aufsatz über den Kandidaten der Republikaner, Ronald Reagan, begannen.

Vor vier Jahren kam Carters Sieg vielen mysteriös vor. An der Sache ist aber nichts Mysteriöses. Carter nahm seinen ersten Wahlkampf erst auf, als er sich genau mit einer Analyse der Stimmungen unter den Wählern bekannt gemacht hatte. Das war 1974, als er bei Nachwahlen zum Kongreß Koordinator der Demokratischen Partei geworden war. Die Analyse besagte, daß die Amerikaner wie noch nie über die Unfähigkeit der Regierung enttäuscht waren, die Gegenwarts- und Zukunftsprobleme des Landes zu lösen, und von Washington eine nüchterne, realistische und konsequente Führung erwarteten. Diese Stimmungen machte sich Carter zunutze. In seiner als Buch erschienenen Autobiographie schrieb er, was die meisten hören wollten: „Unser Land hat kein plausibles Ziel, keine klar umrissenen Aufgaben und keinen organisatorischen Mechanismus, des es zur Festsetzung und Lösung solcher Aufgaben befähigen könnte.“

Bejahung des Produkts

Hier von ausgehend, wurde das Image des Präsidentschaftskandidaten geformt: als eines Mannes, der nicht mit dem bürokratischen Apparat in Washington liiert ist; als guten Organisators, der, weil von Beruf Ingenieur, ins „Detail“ zu gehen lieb; als liberal in der Rassendrage und konservativ in finanziellen Angelegenheiten; als frommen Mannes, der deswegen gegen Krieg und Gewalt sei; als Farmers und folglich eines Freunds der Farmer. Mit Versprechungen, die auf ganz bestimmte Bevölkerungsschichten und politische Gruppen gemünzt waren, steuerte Carter auf sein Ziel los. Sie waren nicht gerade konkret und ließen die „Vorliebe fürs Detail“ vermissen, aber man hielt sie für die Spitze eines Eisberges, der in seinem unsichtbaren Teil viel größer und sehr fest sei. Wie es sich herausstellte, war z. B. das Versprechen, die militärischen Aufwendungen alljährlich um 5—7 Md. Dollar zu kürzen, vor allem für den liberalen Flügel der Demokratischen Partei gemeint, wurde von der Öffentlichkeit aber als ganzes außenpolitisches Programm aufgefaßt.

Die Akzente wurden versetzt, wenn es sich im Wahlrennen als notwendig erwies. Kaum nahm das

Ansehen des „Farmerkandidaten“ ab, wurde sofort Tony Schwartz, der Hersteller Hunderter von Fernsehfilmen, zu Hilfe gerufen, in denen Coca-Cola angepriesen wurde. Er erläuterte seine Idee zu einem neuen Fernsehfilm so: „Wir holten ihn vom Feld weg und setzten ihn im strengen Anzug in eine Bibliothek. Ob Coca-Cola oder Jimmy Carter, das, womit wir an den Verbraucher oder Wähler appellieren, ist eine Einstellung. Wir suchen keinen Standpunkt zu verfechten, sondern montieren Images und Laute, die die Leute für das Produkt einnehmen, unabhängig davon, ob es was taugt oder nicht.“

Die Berechnung der Veranstalter dieser Kampagne und die geschickte Benutzung der Propagandamöglichkeiten verfehlten ihre Wirkung nicht. Es gibt aber viel wichtigeren Umstände. Seinen größten Sieg errang Carter über das Machtzentrum in der Demokratischen Partei selbst: Der Außenseiter gewann die Parteiführung für sich. Sie erkannte, daß der Ruf eines Streiters gegen die herrschenden Zustände Carter in den Augen der Wähler zusätzlich ansehnliche Vorteile verlieh, obwohl diese Vorteile von der Art derer sind, die ein Tony Schwartz dem ihm in die Mache gegebenen „Produkt“ zuzuschreiben pflegt.

Der Vietnamkrieg, der Massenproteste auslöste, und danach die skandalösen Enthüllungen über die Washingtoner Elite (Watergate) hatten das Vertrauen zur Regierung erschüttert. Außerdem machte die langwierige Wirtschaftsstagnation bei einem unaufhaltsamen Steigen des Militäretats eine Ausweitung der Sozialprogramme unmöglich.

Politische Schwierigkeiten hatten nicht nur die damals an der Macht befindlichen Republikaner.

Im Jahre 1976 erfaßte die „Partei der Wahlabstinenten“ 45,6% der Wahlberechtigten. Ein unverhältnismäßig großer Teil dieser Masse gehörte den Schichten an, auf die sich die Demokraten von je her gestützt hatten. Prof. Herbert Parmet schreibt in seinem 1976 erschienenen Buch: „Die Demokratische Partei bietet keinen soliden, programmativen Standpunkt, der vertrauenswürdig wäre... Ich würde keine zwei Cents darauf wetten, daß irgendein dieses Jahr kandidierender Demokrat durchkommt.“

Sie fanden ihn in Plains

Unter diesen Umständen bot der Präsidentschaftsanwärter aus dem Krähwinkel Plains (683 Einwohner), der mit der bankroten Parteiführung nicht liiert und deshalb in der Wahl seiner Avancen und Versprechungen freie Hand hatte, vielleicht die einzige Möglichkeit, ins politische Spiel der Demokraten etwas „Neues“ und deshalb Anziehendes hineinzubringen.

Dieses Nest war und bleibt der Mittelpunkt einer winzig kleinen Welt, deren Existenz von den Erdnußpflanzungen auf der roten südlichen Erde und von Kiefernhaufen abhängt. Schon seit dem vorigen Jahrhundert besteht das ganze Geschäft aus dem Erdnuß-, Grundstücks- und Holzhandel. Die Carters haben es zu Lebzeiten dreier Generationen darin so weit wie keine andere dortige Familie gebracht. James Carters Vater war ein tüchtiger Geschäftsmann. Seinem älteren Bruder zufolge war er einer von denen, „die mit allem, was sie anpacken, Geld machen“. Alle Einnahmen wurden in Grund und Boden investiert. In der Familie mußten alle körperlich arbeiten, aber die ganze Haus- und Feldarbeit wurde von Negern verrichtet, wie das im Süden der USA so üblich ist. Jimmy wuchs unter diesen Negern und ihren Familien ohne alle Rassenvorurteile auf. An den Wochentagen aber fuhr er mit dem Bus zur Schule für weiße Kinder, und an Sonn- und Feiertagen ging er in die Kirche für Weiße.

Nach Schulabgang beschloß der an Arbeit gewöhnte Dorfjunge, an einer Marineakademie zu studieren. Nachdem er sie absolviert hatte, diente er auf Linienschiffen, ging dann auf eine U-Boot-Schule und wurde später U-Boot-Ingenieur.

Der 28jährige Leutnant wurde 1952 zu Admiral Rickover versetzt, der den Bau von Atom-U-Booten leitete. Das verhieß dem fleißigen und strebsamen Offizier eine Karriere. Aber nach elf Monaten gab er die militärische Laufbahn auf: Sein Vater, der inzwischen für Plainser Begriffe ein großer Bankier und Grundbesitzer geworden war, lag schwerkrank, und Jimmy mußte die Leitung des Geschäfts übernehmen.

Verhältnismäßig schnell erweiterte und modernisierte er dieses und verwandelte es in eine große Maklerfirma für Bodenverpachtung, für den Handel mit Sämereien und Düngemitteln sowie für den Ankauf der Ernteerträge bei Bauern und ihren Weiterverkauf an Großkonzerne. Der

Jahresumsatz der Firma Carter stieg auf 2,5 Mio Dollar.

Die stabile finanzielle Basis bot neue Möglichkeiten. James Earl Carter ging in die Politik, er kandidierte für den Senat von Georgia. Carter ließ überhaupt nicht gern merken, was er vorhatte, aber damals scheint er sich tatsächlich nicht mit konkreten Plänen getragen zu haben. Die politische Laufbahn war für ihn an und für sich anziehend.

Aus James wird Jimmy

Carter wird jetzt manchmal ein Meister der Gesten, Phrasen genannt, die vertraulich wirken und den gewünschten Effekt haben. Es war z. B. eine pure Geste, als er nach Amttritt der Präsidentschaft im Januar 1977 von der Constitution Avenue zum Weißen Haus zu Fuß ging. „Er geht zu Fuß“, rief es gerührt aus der Menge, als sähen die Leute Christus über das Wasser schreiten. Einfach und effektvoll, besonders, da es auch Dutzende Millionen Fernsehabonnenten sahen. Der Gang sollte besagen, daß der gestrige „Farmer“ und heutige Präsident leutselig sei. Es heißt, zum selben Zweck habe er auf seinen vollen Vornamen verzichtet und sich Jimmy genannt. In Wirklichkeit sieht die Sache aber anders aus. Als er sich in die Liste der Anwärter auf Plätze im Senat von Georgia einzutragen beschlossen hatte, schwankte er zwischen Jimmy und James Earl Carter jr. Ein Anwalt seiner Bekanntschaft half ihm über das Dilemma hinweg, er sagte:

„Wenn man den Namen im Takt rufen will, ist Jimmy besser. James Earl Carter jr. ist schon schwer auszusprechen.“

So entschieden sie, und die politische Interpretation dieses Entschlusses kam später.

Jimmy Carter wurde nicht in den Senat gewählt. Bald zeigte es sich aber, daß die Zahl der für seinen Gegner abgegebenen Stimmen viel größer als die der Wähler war. Mit Hilfe Rechtsanwalt Charles Kirbos aus Atlanta gewann Carter den von ihm angestrengten Prozeß, und das war der Anfang seiner politischen Karriere.

Das fiel in die Zeit, als der Kampf der Neger für Gleichberechtigung in vollem Gange war. Von Carters Einstellung dazu zeugt folgende Tatfrage. Er stimmte für zwei rassistische Zusatzanträge zur Verfassung von Georgia und trat zugleich gegen die sattsam bekannten 30 Fragen des für einfache Sterbliche nicht zu bewältigenden Tests auf, der eigens ausgedacht wurde, um die Neger

nicht wählen zu lassen. Allem Anschein nach war er gegen den extremen, aber nicht gegen den alltäglichen Rassismus.

Nach zweimaliger Amtszeit im Senat reifte bei Carter der Entschluß heran, sich an Gouverneurswahlen zu versuchen. Er hatte keine festen Verbindungen zu den großen Politikastern und Krößen von Atlanta, der Hauptstadt von Georgia. Deshalb führte er seinen Wahlkampf unter der Losung: Kampf den bestehenden Machtzentren. Er magerte um fast 10 Kilo ab und machte eine Menge Schulden, kam aber nicht durch. Das war ein schwerer Schlag. Es verletzte den Ehrgeiz des beginnenden Politikers. Übrigens fingen die Vorbereitungen zu den nächsten Wahlen schon einen Monat nach der Niederlage an.

Dieses Mal verschaffte sich Carter öffentlichen Rückhalt bei allen namhaften Verfechtern der Rassentrennung. „Mit Erfolg und zu seinem Vorteil“ benutzte er, wie es einer seiner Anhänger ausdrückte, den Rassisten und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten aus Alabama George Wallace. Carter pries Lester Maddox, den Anführer der Rassisten von Georgia, er bringe „das Wesen der Demokratischen Partei“ zum Ausdruck.

Seinen Gegner, den Ex-Gouverneur Carl Sanders, schimpfte er einen Liebling der Liberalen. Er verurteilte ihn wegen seines Millionenvermögens, obwohl er selbst nicht weniger hatte, und dafür, daß er von den Obermachern der Geschäftswelt unterstützt wurde, obwohl er selbst reiche Spender für seinen Wahlkampf hatte, deren Namen er aber wohlweislich verschwieg. In einem Fernsehprogramm zeigte man Sanders zusammen mit dem demokratischen Ex-Senator und Ex-Vizepräsidenten der USA Hubert Humphrey. Die Ansage dazu lautete: „Wollen Sie etwa, daß Ihnen Leute in Washington sagen, wie Sie in Georgia zu leben haben?“

Die „Newsweek“ schrieb: „Sein (Carters) „Hauptmotiv im Wahlkampf war der klassische Dorfpopulismus Farm contra Stadt und Schuldner contra Bankier.“ Sein „Populismus“ roch übrigens penetrant nach Rassismus. Zu Carters nächsten Beratern zählten Hamilton Jordan, der gerade aus Südvietnam zurückgekehrt war, wo er beim Internationalen Freiwilligen-dienst beamtet gewesen war, Jody Powell, Fahrer und Bediensteter, Gerald Rafshoon von einer Werbefirma aus Atlanta, Frank Moor und Charles Kirbo, ein schweigsamer

Anwalt, der in Atlanta Syndikus der General Motors und anderer großer Konzerne war. Einige Jahre später nannte man diese Beratergruppe die Mafia aus Georgia.

Schließlich, nachdem Carter, wie er selbst sagte, 600 000 Händedrücke ausgeteilt und 1800 Reden gehalten hatte, siegte er doch. Seine Amtsdauer als Gouverneur hatte nichts Besonderes an sich. Finanziell war er ungeheuer kleinlich. Dennoch wuchs der Etat des Staates um mehr als die Hälfte. Er versprach, den Verwaltungsapparat einzuschränken, dieser schwoll aber um 13 % an. Er nahm viel mehr Neger in den Staatsdienst auf und ließ im Gebäude des Kongresses von Georgia ein Bild Martin Luther Kings anbringen, aber noch heute gehört Georgia zu den Bundesstaaten mit der krassesten Segregation.

Der Wert der Versprechungen

Am meisten versprach sich Carter im Wahlkampf von dem großen Mißtrauen der Wähler für Washington. Aber er „verkauft“ ihnen nicht irgendein Programm, son-

dern sich selbst. Er stellte sich gegen Washington und zeterte über die „großen Jobber“ und die „mächtigen Politiker“. Endlos behauptete man, der Kandidat Carter sei anders, als man sich gemeinhin einen Politiker vorstelle. „Ich muß kein Präsident sein“, sagte er in zahllosen Wahlversammlungen. „Es gibt vieles, das ich, falls ich gewählt werde, nicht tun würde. Ich würde niemals lügen oder etwas Irreführendes sagen, würde Vertrauen nie enttäuschen und mich nie vor einer strittigen Frage drücken. Ich bin unerschütterlich für meine Prinzipien, die auf meiner religiösen Überzeugung beruhen, und an dieser ist nicht zu rütteln. Ich bitte Sie nur, es mit mir zu versuchen, denn dann müßte ich mich immer anstrengen, Ihren Erwartungen zu entsprechen. Wenn ich das jemals nicht tun sollte, dann lassen Sie mich einfach sausen.“ So etwas klang bestechend, zerstreute das Mißtrauen aber nicht ganz. Deshalb war die Rivalität zwischen Gerald Ford und James Carter im Herbst 1976, wie ein Kommentator schrieb, „ein Tauziehen zwischen zwei Ängsten: der Angst

vor dem Bekannten und der Angst vor dem Unbekannten“.

Carters Strategie hatte Erfolg, und seine Versprechungen, z. B. die, daß „wenn wir Geld ausgeben, dann für Dinge, die die Leute am meisten brauchen“, hatten gezogen.

Die Leichtigkeit, mit der er seine Erklärungen von sich gab, beunruhigte von Anfang an sogar seine Anhänger. Wie Carter es sah, ist bekannt. Er sagte das mit einer erstaunlichen Offenheit, als er drei Wochen nach seiner Wahl zum Präsidenten zu einem triumphalen Besuch in seiner Heimatstadt Plains aufbrach. Auf die Frage eines Vertreters, ob er auf dem wichtigen Posten nicht die Folgen der Verpflichtungen fürchte, antwortete er:

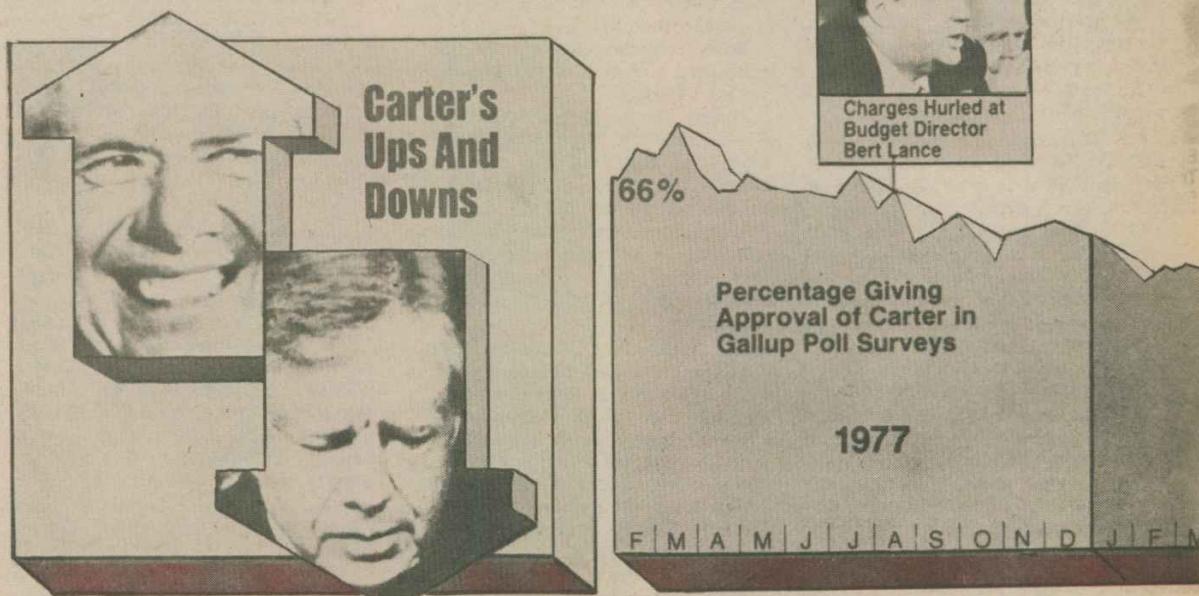
„Ich habe Vorsicht im Wahlkampf gelernt, denn da weiß man nicht, was wird. Macht man da einen Fehler, dann bleibt einem nichts, mache ich jetzt einen Fehler, dann bleibe ich sowieso Präsident.“

Dieser Ausspruch, laut dem der Posten und die daraus erwachsenen Verpflichtungen in verschiedenen Fächern liegen, macht die Politik des Präsidenten begreiflicher.

Unfähigkeit

Das Fehlen eines Rückgrats in der Politik des Präsidenten zeigte sich kräftig schon ein Jahr danach. Inzwischen war der Unterschied in der Einstellung des Staatsdepartements

„Carter auf und ab“ wurde in „U.S. News and World Report“ diese Popularitätskurve des US-Präsidenten genannt. Sie ist nach Meinungsforschungen des Gallup-Instituts aufgestellt. Im Februar 1977 wurde Carters Tätigkeit von 66%, im Juli 1980 nur von 21% der Befragten gutgeheißen. Beschriftete Fotos kennzeichnen die, nach Ansicht der Zeitschrift, wichtigsten Sprünge (v. l. n. r.): die Beschuldigung von Bert Lance, dem ehemaligen Direktor des Verwaltungs- und Etatamtes, einem Freund Carters, finanzielle Machenschaften begangen zu haben; die Unterzeichnung der Abkommen von Camp David; Carters Anstrengungen, sie zu retten; die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran; das Scheitern der „Rettungsaktion“ amerikanischer „Kommandos“, die die Geiseln befreien sollten; die immer skandalöser werdende Korruptionsaffäre, in die Carters Bruder Billy verwickelt ist.



und des Nationalen Sicherheitsrats zu den Beziehungen zur UdSSR zutage getreten und hatte eine Welle der Kritik am Weißen Haus aufgerufen. Es wurde beschlossen, daß der Präsident in der Marineakademie sprechen und den Kurs der USA in diesem höchst wichtigen Bereich der Außenpolitik definieren soll. Wie es Usus ist, forderte er von Staatssekretär Cyrus Vance, von seinem Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski und von einigen anderen führenden Politikern Denkschriften mit ihren Vorschlägen zum Inhalt und Ton seiner Rede an. In ihrem endgültigen Wortlaut bestand sie aus zwei einander vielfach widersprechenden Teilen: aus den Ausführungen von Vance und denen von Brzezinski. Der Wortlaut wurde im voraus unter die Journalisten verteilt. Deshalb rief einer, als Carter die erste Hälfte (die Denkschrift von Vance) hinter sich hatte, aus: „Und jetzt der Krieg!“ Was folgte, war der Text Brzezinskis. Anderntags trug der Bericht in der „Washington Post“ die Überschrift „Zwei verschiedene Reden“.

Die Folge dieser Unbestimmtheit, der Unfähigkeit, das Wichtigste zu sehen, oder der Gleichgültigkeit war nicht nur ein gefährlicher Wirrwarr. Ein durch fehlende politische Führung entstehendes Vakuum wird gewöhnlich von Kräften ausgefüllt, die enge, eignen-nützige Interessen verfolgen. Sie setzen sich nicht nur durch, sondern diktieren auch die Politik. Nicht umsonst antwortete Prof. Betty Glad, Autorin einer Monographie über die jetzige

US-Regierung, auf die Frage: „Welches ist Carters größte Schwäche?“ das eine Wort: „Ultraflexibilität.“ Gemeint ist eine extreme Bereitschaft, politische Bündnisse oder Programme zu wechseln.

Was wäre eindeutiger als die Verpflichtung, den von der vorigen Regierung entworfenen Militäretat um 5–7 Md. Dollar zu kürzen? Die „Falken“, die kein Auge von Carter ließen, seitdem er ernsthaft ein Anwärter auf die Präsidentschaft geworden war, sahen die Verpflichtungen nicht als endgültig an, weil sie von diesem Kandidaten auch Erklärungen anderer Art gehört hatten, z. B. diese: „Unser Land ist nicht mehr stark und nicht mehr geachtet... Wir fürchten den Wettstreit mit der Sowjetunion auf gleicher Basis.“

Zugleich rühmte sich das Weiße Haus andauernd seiner „Flexibilität“ und praktizierte sie auch. Wozu führte das? Die Presse versicherte: „zum Erfolg der Verhandlungen mit den Russen“ müsse man zu einem Einvernehmen mit den Falken gelangen, um die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags sicherzustellen. Das „Einvernehmen“ kam zustande, der unterzeichnete Vertrag ist aber noch immer nicht ratifiziert. Der Militäretat wird nicht gekürzt, sondern jedes Jahr erhöht, und neue strategische Rüstungsprogramme werden beschlossen.

Auch die innerpolitischen Programme tragen den Stempel der „Ultraflexibilität“, und mit dem gleichen Resultat. Carter versprach, die USA vom Ölimport unabhängiger zu machen. Dieser hat jedoch fast

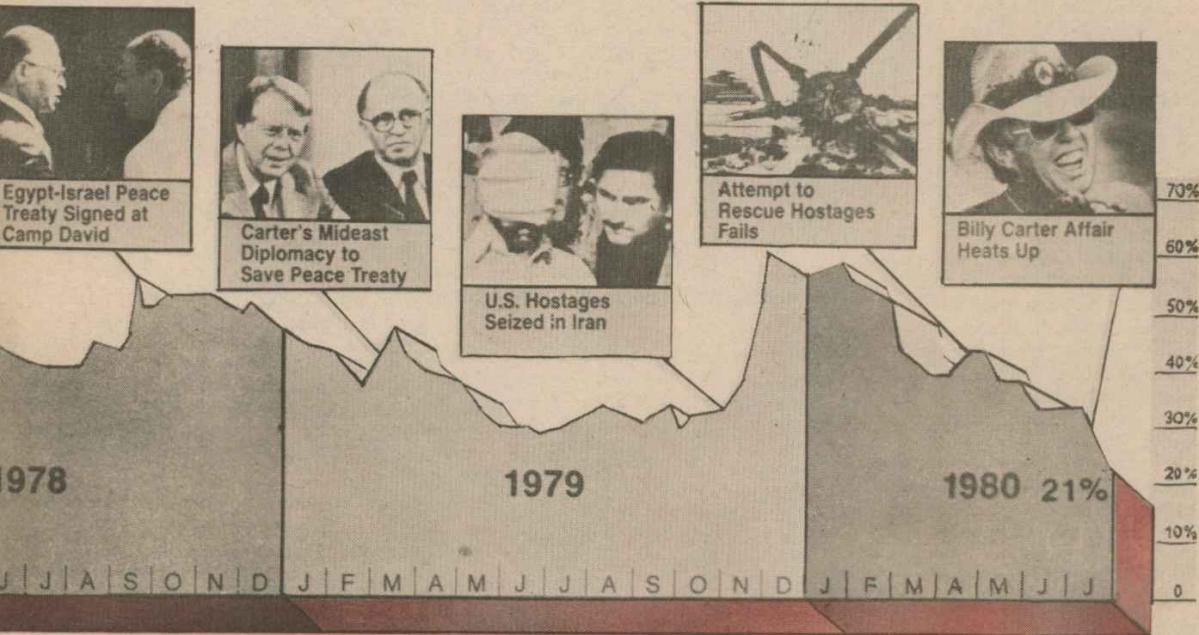
um 25% zugenommen. Er hatte versprochen, den Etat auszubalancieren. Dieses Jahr schließt dieser aber mit einem Fehlbetrag von 61 Md. Dollar ab.

Er versprach, der Inflation zu steuern, sie ist aber von 5 auf 18% angewachsen. Schmählich gescheitert ist der Versuch einer Steuerreform, die die „Hintertürchen der Reichen“ verrammeln sollte; ebenso der Versuch, die Sozialfürsorge zu reorganisieren. Noch jetzt sind mindestens 200 Versprechen uneingelöst.

Das Fazit aus der vierjährigen Amtszeit Carters im Weißen Haus kann man mit seinen eigenen Worten aus der Botschaft „Über die Lage der Nation“ ziehen: „Die Regierung kann unsere Probleme nicht lösen. Sie kann keine Ziele festlegen. Sie kann uns keine Zukunftsvision bieten. Die Regierung ist außerstande, die Armut auszumerzen, für Wirtschaftsprosperität zu sorgen, die Inflation zu verringern, unsere Städte zu retten, das Analphabetentum aufzuheben und uns mit Energie zu versorgen.“

Früher fragte man: „Wer ist Jimmy?“ und betonte damit, daß man keine klare Vorstellung von Carters Anschauungen und Potenzen hatte. Jetzt heißt es: „Wieso eigentlich Jimmy?“, womit man sagen will, daß kein Grund zu seiner Wiederwahl vorliegt. Aber wie vor vier Jahren tobt auch heute ein Wettstreit zwischen zwei Ängsten: vor Bekanntem und Unbekanntem. Nur daß dieses Mal in der Rolle des Bekannten der demokratische Kandidat auftritt.

New York



DER „HO-CHI-MINH-PFAD“: DICHTUNG UND WAHRHEIT

Vu CANH

Im Widerstandskrieg des vietnamesischen Volkes gegen die Aggression der USA las man in der WeltPresse oft vom Ho-chi-Minh-Pfad. Noch heute schreiben und streiten amerikanische Historiker über ihn, wenn sie zu klären versuchen, wie die enorme Kriegsmaschinerie des Pentagons im vietnamesischen Dschungel eine so schmähliche Niederlage erleiden konnte. Die Artikel und Studien darüber würden einen ganzen Berg bilden. Manche entsprechen der Wirklichkeit, die meisten aber nicht, aus dem einzigen Grunde, weil das strategisch wichtige Straßennetz, das unter dem Namen Ho-chi-Minh-Pfad in die Geschichte eingegangen ist, die ganzen 16 Jahre, in denen es im Kampf gegen die Aggression des US-Imperialismus eine ausnehmend wichtige Rolle spielte, streng geheimgehalten wurde. Wie ein Nabelstrang verband es die Front, die aus ganz Südvietnam bestand, fest mit dem Hinterland: dem sozialistischen Nordvietnam. Erst jetzt, wo das Volk Vietnams den Landessüden befreit und die nationale Einheit errungen hat, ist es so weit, daß die Geschichte des Ho-chi-Minh-Pfads publik gemacht werden kann.

Zum erstenmal erfuhr die Welt von seiner Existenz aus einer Reuter-Meldung von 1964. Kurz danach veröffentlichte das Pentagon Karten vom Kriegsschauplatz, in die „das Nachschubsystem des Ho-chi-Minh-Pfads“ eingezeichnet war. Washington und die von ihm mobilierten Propagandamedien des Westens stellten diese Straße als Symbol einer Einmischung Nordvietnams in die Angelegenheiten des „souveränen Staates“ hin, wie sie das Saigoner Marionettenregime zu nennen beliebten. Das nahm man ihnen aber nicht ab. Die legendäre Straße wurde zu einem Symbol der Tapferkeit, die das Volk beider Teile Vietnams an den Tag legte.

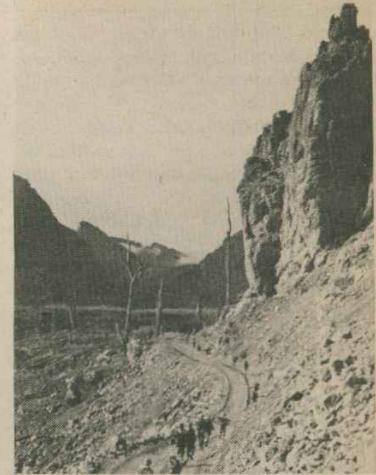
Die ersten Schritte auf dem Pfad

Der Bau der Truong-Son- oder 559. Straße, wie der spätere Ho-chi-

Minh-Pfad ursprünglich in Vietnam hieß, lief im Mai 1959 an. Zu jenem Zeitpunkt hatten die von Saigon aufgezogene antikommunistische Hetze und das Kesseltreiben gegen Patrioten und Personen, die der Verbindung mit ihnen verdächtigt wurden, ihren Höhepunkt erreicht. Besonders wüteten die Strafexpeditionen in den südvietnamesischen Provinzen am 17. Breitengrad, der das Land zweiteilt. Keinen Punkt der Genfer Abkommen ließ Saigon unverletzt. Zerstört wurden die in den neun Jahren bewaffneten Kampfes gegen die französischen Kolonialisten mit großer Mühe aufgebauten Revolutionsstützpunkte. Soldaten und Zivilisten, die sie unterstützten, wurden gemeuchelt. Angesichts der Gefahr, restlos vernichtet zu werden, setzten sich die Patrioten in mit Dschungel bestandene und sumpfige Gebiete ab. Dort warteten sie geeignete Augenblicke zur Wiederaufnahme des Kampfes ab. Die Bevölkerung bildete Partisanenverbände. Die Aufstände, die in der Provinz Ben Tre im Mekongdelta 1960 aufflammten, waren der Aufpunkt zum Partisanenkrieg in ganz Südvietnam. „Wir hatten keine Wahl“, schreibt Nguyen Thi Dinh, die die Aufstände in Ben Tre anführte und später stellvertretende Oberbefehlshaberin der Volksbefreiungskräfte Südvietnams wurde, in ihren Erinnerungen.

Keine Wahl hatte auch die Bevölkerung Nordvietnams: Wir mußten unseren Landsleuten zu Hilfe eilen.

Gebraucht wurden sichere Nachschubwege, auf denen den Patrioten Südvietnams alles Notwendige zugestellt werden konnte. Den Befehl zu ihrem Bau bekamen die Pioniere des aus Militäringenieuren und jungen Freiwilligen bestehenden Bataillons B. Sie mußten mit Hacken, Spaten, Brecheisen und Buschmessern anfangen und alles Erforderliche buchstäblich heranschleppen. Die Muskelkraft war lange die einzige auf der Truong-Son-



Ein Stück der Truong-Son-Chaussee

Chaussee. Zum Selbstschutz waren sie natürlich bewaffnet, sie hatten aber strengen Befehl, Zusammenstöße mit Marionettentruppen und Polizei zu vermeiden, damit ihr Vorstoß nach dem Süden unbemerkt blieb.

Dem Bataillon B halfen Gebirgler von 30 nationalen Minderheiten. Sie waren noch aus der Zeit des Kampfes gegen die Franzosen der Revolution treu ergeben. Gruppen aus Ortsansässigen suchten Jägerpfade und zeichneten sie in Karten ein. Sie bahnten neue Wege durch das unwegsame Dschungel, bauten Brücken über Flüsse und Schluchten. In der Regenzeit der Monsune, wenn, wie die dortige Stammbevölkerung sagt, selbst Bäume und die Erde faulen, wurden die Schwierigkeiten noch viel größer. Man konnte dann nur ein paar Meter weit sehen. Ein Schritt vom glitschigen Pfad ab konnte den Tod bedeuten. Es kostete viel Mühe, sich vor gegnerischen Beobachtern zu tarnen. Oft mußte man weite Umwege machen, um feindliche Kontrollposten zu umgehen. Die Wegebauer nächtigten, auf der Erde Rücken an Rücken sitzend, um wenigstens etwas zu schlafen. Ihr einziger Schutz vor dem Regen waren kleine viereckige Plaststücke. Zu ihren schlimmsten Feinden gehörte die Malariaimücke. Ihren Bissen erlagen viele. Der erste, schwierigste Transport nach dem Süden dauerte 55 Tage.

Träger, Elefanten, LKWs

Der vom Bataillon B und von seinen freiwilligen Helfern gebahnte

Pfad wurde allmählich verbreitert. Ihn begingen Trägerkolonnen nicht nur mit leichten Waffen, sondern auch schon mit zerlegten Kanonen und Granatwerfern. Die besten Träger waren natürlich die Gebirgler. Sie kannten die Gegend gut und waren an Lasten gewöhnt. Ein solcher Träger konnte eine etwa 80 kg schwere Rakete oder einen schweren Geschützbestandteil tragen. Bald wurden auf der Chaussee auch geähmte Elefanten verwendet, und später wurden Lasten auch mit Fahrrädern befördert.

Als das Pentagon 1965 Soldaten zu Tausenden nach Südvietnam in den Krieg schickte, bestand der Ho-chi-Minh-Pfad schon aus zwei parallelen Chausseen, die von schweren LKWs befahren werden konnten. Er nahm am Flusse Ka seinen Anfang, der durch die nordvietnamesische Pro-

Magnetbomben gegen fahrende Wagen. Das Dschungel, durch das die Straße führte, wurde mit Defolianten besprührt. Die wichtigsten Kreuzungen wurden von Landstruppen der 1. amerikanischen Luftlandedivision und der südkoreanischen Division „Weißer Rossel“ angegriffen, wobei Hunderte von Hubschraubern zum Einsatz kamen.

Dennoch machten die Volksbefreiungskräfte diese Versuche zunicht, den Verkehr auf der Straße zu stören. Eine große Rolle spielten dabei die an den strategisch wichtigen Stellen und auf LKWs in den Wagenkolonnen aufgestellten Flakbatterien. Außerdem kannte das Oberkommando der Volksbefreiungskräfte dank seinem Aufklärungssystem gewöhnlich im voraus Zeit und Ort eines bevorstehenden Bombenangriffs oder einer Truppenlandung.



Hier entsteht ein neuer Abschnitt der Chaussee

Fotos des Verfassers

vinz Nghe Tinh fließt, und zog sich über 1000 km an dem mit dichten Wäldern und Dschungel bestandenen Bergücken Truong Son bis zur südvietnamesischen Stadt Loc Ninh, die nur 100 km nördlich von Saigon liegt. Auf der Strecke entstanden immer massivere Brücken und von Flugzeugen aus unsichtbare Furten. Wo die Straße über unbewaldetes Gelände führte, wurden zur Tarnung Sträucher gepflanzt. Sogar Telefonleitung wurde gelegt, 12 000 km lang mit 600 Stationen und 6000 Anschlüssen.

Das Oberkommando der USA war außer sich vor Wut. Aufklärungsflugzeuge kreisten Tag und Nacht über der Straße und fotografierten jeden Fußbreit Erde. Die Bombenangriffe wurden keinen einzigen Tag eingestellt, die Maschinen flogen 800 000 Einsätze und warfen 3 Mio t Bomben ab. Außerdem speziell entwickelte seismische Geber, die den LKW-Verkehr auf der Straße registrierten, Kugel-, Splitter- sowie

Die USA verloren über dem Ho-chi-Minh-Pfad 2545 Flugzeuge verschiedener Typen. Aber auch Vietnam hatte empfindliche Verluste. Ein Beispiel nur ist, was mit dem aus fast 1000 schweren LKWs bestehenden Wagenzug Grüner Pfeil geschah. Er fuhr im Norden Anfang 1966 ab, und für die Hin- und Rückfahrt hätten sechs Monate reichen sollen. Er kam aber erst nach neun Monaten wieder und bestand nur noch aus 280 Wagen, die noch dazu schwer beschädigt waren. Dabei eigneten sich diese Wagen vorzüglich für bergiges Gelände.

Sie waren zusätzlich mit einer vorderen Antriebsachse, mit getarnten Scheinwerfern und Reifen mit Ketten versehen worden. Selbst bis zu den Radnaben im Schmutz, konnten sie leicht vorwärtskommen und dabei obendrein einen defekten Wagen vor sich herschieben und noch einen abschleppen. Schwere Waffen wie 130-mm-Geschütze, Raketen und Panzer, die bei der Operation „Ho-chi-Minh“ im Frühjahr 1975 eine große Rolle spielten, gingen über die Truong-Son-Straße unaufhörlich nach Südvietnam.

Die Straße des Sieges

Es ist kaum übertrieben zu sagen, daß diese Operation ohne den Ho-chi-Minh-Pfad nicht zustande gekommen wäre. Bestenfalls hätte Südvietnam erst ein paar Jahre später befreit werden können. Der Auf-

schub brauchte aber nicht einzutreten. Die von vielen tausend Vietnamesen gebaute Straße war bereit, kolossale Mengen von Gütern aufzunehmen, die für die epochale Operation gebraucht wurden.

Zu ihrem Beginn stellte der Ho-chi-Minh-Pfad ein ganzes System aus fünf parallelen Nord-Süd-Autochausseen mit einer Gesamtlänge von 5530 km dar, von denen eine aus der Luft überhaupt nicht zu sehen war. Die Hauptchausseen waren durch zahlreiche Seitenstraßen und Ausweichstellen miteinander verbunden, deren Gesamtlänge rund 9000 km ausmachte. Dank den Parallelstraßen und den Überschneidungen der Haupt- und Nebenchausseen konnte der Verkehr selbst beim Ausfall von drei oder vier Hauptchausseen aufrechterhalten werden.

Außer diesem Straßennetz war bis zum Beginn der Frühjahrsoffensive von 1975 eine Erdölleitung fertiggestellt. Volksbefreiungskräfte hatten immer große Schwierigkeiten mit dem Treibstoff. Verschiedene flüssige Treibstoffe wurden anfangs in Foliesäcken oder Tonnen flüssig abwärts geflößt. Der Bau der Pipeline machte zwar zusätzliche Mühe (es mangelte an Baustoffen und Facharbeitern), und die schweren Pumpen mußten von Hand aufgestellt werden, sie hat aber sehr viel zur stockungslosen Treibstofflieferung an die Panzertruppen der Patrioten beigetragen.

Der Pipelinebau wurde ganz besonders geheimgehalten. Er begann im Mai 1968, und schon nach einem halben Jahr waren 80 km fertig. Bis 1975 war die Leitung ganz fertiggestellt und sorgfältig getarnt. Zur Irreführung des Gegners wurden Leitungsattrappen gelegt. Die Pipeline war nunmehr über 3000 km lang.

Die Volksbefreiungskräfte setzten die Saigonner Truppen aus Ban me thuot, Hué, Da Nang und Pleiku mit Waffen hinaus, die ihnen auf dem Ho-chi-Minh-Pfad zugestellt worden waren. Der Panzer, der als erster ins Schloß des Marionetten-Präsidenten Südvietnams einrollte, war mit Treibstoff aufgetankt, der tausend Kilometer über das Truong-Son-Gebirge, über Flüsse und durch Dschungel zurückgelegt hatte. In diesem letzten Gefecht rangen nicht nur die Truppen miteinander. Auch der Nachschub stand im Wettstreit. Die Erbauer des legendären Ho-chi-Minh-Pfads siegten über die Luftbrücken im Werte von Milliarden Dollars, über Hunderte große Schiffe und nach dem letzten Wort der Wegebautechnik angelegte strategische Chausseen.

Seit Ende des großen Krieges, in dem der Ho-chi-Minh-Pfad eine so wichtige Rolle spielte, sind schon über fünf Jahre vergangen. Aber auch dem geeinten, friedlichen Vietnam kommt er gut zustatten. Das Netz der Truong-Son-Straßen ist heute eine lebenswichtige transvietnamesische Verkehrsader. Es ergänzt die Chaussee Nr. 1 und die den Norden mit dem Süden verbindende Bahnstrecke „Einheit“, die an der Küste entlangführt. Die Regierung der SRV hatte gleich nach Abschluß des Kampfes für die Vereinigung des Landes beschlossen, das Truong-Son-Straßennetz zu verstärken. Pioniere entfernten 85 000 gewöhnliche und 12 600 magnetische Minen, die Chausseen wurden begradigt, verbreitert und asphaltiert, damit der Verkehr in beiden Richtungen eröffnet werden konnte. Fertiggestellt, wird das Straßennetz eine Länge von 1500 km haben, dazu 12 800 laufende Meter Betonbrücken und 51 000 m Steinböschungen. Es wird doppelt so lang wie die Karakorum-Chaussee sein, die das chinesische Hsinkiang über von Peking widerrechtlich besetztes indisches Gebiet mit Pakistan verbindet, und was seinen Bau und seine Bewirtschaftung betrifft, so sind sie nicht minder kompliziert wie die genannten Chaussee. Das ist aber ihre einzige Ähnlichkeit. Die Karakorum-Chaussee wurde von chinesischen Pionieren für Kriegs- und Expansionszwecke gebaut, die Truong-Son-Chaussee dient der gerechten Sache der Landesverteidigung und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

An den Hängen von fünf Hügeln an der Truong-Son-Chaussee befindet sich jetzt ein Gedenkfriedhof. Truong Son ist ein Dorf der Provinz Binh Tri Thien benannt worden. Die Nationalversammlung der SRV hat dem Truppenteil Nr. 559 den Heldentitel verliehen. Diesen Titel führen persönlich 31 Soldaten. Orden und Medaillen tragen stolz Tausende Soldaten, deren Lebens- und Kampfesweg über die Truong-Son-Chaussee, den berühmten Ho-chi-Minh-Pfad, geführt hat.

AUF STABILER GRUNDLAGE

Bei Ilija Vakić, dem Vorsitzenden der Wirtschaftskammer Jugoslawiens, hatten sich an die 40 Leiter der bedeutendsten Industriebetriebe des Eisenhüttenwesens, des Bergbaus und des Schiffbaus eingefunden. Sie waren aus Zagreb, Split, Bor und Zenica gekommen. Eingehend wurde über die Aussichten der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, dem größten Wirtschaftspartner Jugoslawiens, gesprochen.

Der Gast der jugoslawischen Ge- nossen, Nikolai Baibakow, stellvertretender Vorsitzender des Minister- rats der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, berichtete von der Ent- wicklung der sowjetischen Volks- wirtschaft, legte seine Ansichten zu



Zenica ist die Hauptstadt der jugoslawischen Hüttenwerke. Hier gibt es ein großes Hüttenkombinat, das mit technischer Unterstützung der UdSSR errichtet wurde. Seine Erzeugnisse — Walzblech, einschließlich Draht und Betonstahl — wurden in die Sowjetunion ausgeführt. Über Lieferungen sowjetischer Anlagen für die Modernisierung des Kombinats wird verhandelt.

den Möglichkeiten unserer Zusammenarbeit dar und interessierte sich für die Meinung seiner Gesprächspartner.

Dieses Gespräch wurde kurz vor Nikolai Baibakows Begegnungen mit Cvijetin Mijatović, dem Vorsitzenden des Präsidiums der SFRJ, Veselin Djuranović, dem Vorsitzenden des Bundesexekutivrates der SFRJ, und mit Dušan Dragosavac, Sekretär des Präsidiums des ZK des BdKJ, geführt. Dabei wurde konstatiert, daß sich die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit beider Länder schon viele Jahre erfolgreich gemäß den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils entwickelt. Nach den Gesprächen, nach der sorgfältigen Prüfung aller realen

Möglichkeiten unterzeichneten Nikolai Baibakow und der stellvertretende Regierungschef Jugoslawiens, Zvone Dragan, ein Langzeitprogramm für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (1981—1990). Ein Abkommen mit so langer Laufzeit wurde erstmals zwischen der UdSSR und der SFRJ geschlossen.

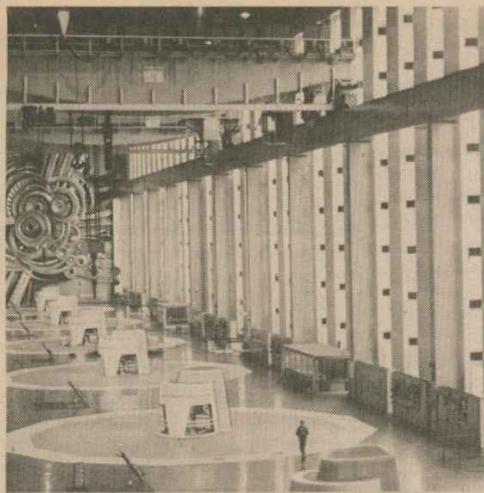
Es wurde konstatiert, daß die objektiven Möglichkeiten für eine weitere Zunahme des Warenaustausches bis 1990 gegeben sind. Gegen- seitige Lieferungen von Erzeugnissen des Eisenhüttenwesens sind vorgesehen. Die langfristige Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Industriekooperation im Schwer- und Verkehrsmaschinenbau (Pro- duktions von Hüttenanlagen, Transportmitteln, Brückenkränen, Bag- gern und Kombinen für den Bergbau), im Ener- giemaschinenbau (Produktion von Dampfkesseln, Turbinen, Anlagen für Kraftwerke und die elektrotechnische Industrie) soll gefördert werden. Das Abkommen umfaßt ferner Werkzeugmaschinenbau, Automobilbau, Elektronik, Rechentechnik, Schiffbau usw.

Das Langzeitpro- gramm geht vom beider- seitigen Interesse auch an der Weiterentwick- lung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit aus. Gemeinsame Vorhaben für eine verbesserte Tech- nologie der Erzeugung von Wärme und Strom

durch die Nutzung fester Brennstoffe, für die Entwicklung einer neuen Technologie des Hüttenwesens und für die Erweiterung der Produktionspalette der chemischen und der Erdölverarbeitenden Industrie sind vorgesehen.

Kürzlich besuchte ich einige jugo- slawische Betriebe, die mit sowjetischen Partnerbetrieben in Ge- schäftsverbindung stehen. Ihre Leiter schätzten die Perspektiven, die das neue Programm eröffnet, hoch ein. In der Belgrader Außenhandels- vereinigung „Progress“ berichtete man mir von der Zusammenarbeit mit sowjetischen Betrieben.

„Wir haben schon seit langem gute Geschäftsverbindungen zu vielen sowjetischen Firmen“, sagte mir Genosse Marjanović, Vorsitzender



Im Donau-Tal wurde mit technischer Unterstützung der UdSSR das Wasserkraftwerk „Eisernes Tor“ errichtet. Hier wurden sowjetische Turbinen installiert.

Fotos: A. Gorjatschew

des „Progress“-Aufsichtsrates. „Besonders effektiv sind unsere Verbindungen im Eisenhüttenwesen und im Automobilbau. Im Rahmen des Langzeitprogramms beabsichtigt unsere Vereinigung, mit dem Automobilwerk an der Kama ein Kooperationsabkommen über fünf Jahre zu unterzeichnen. Jugoslawische Betriebe werden Bremssysteme, Scheinwerfer, Elektromotoren und Filter nach Naberezhnye Tschelny liefern und dafür LKWs erhalten. Die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit dem Moskauer Automobilwerk „Leninischer Komsomol“ bei der Produktion eines neuen Typs des Moskwitsch werden untersucht.“

Genosse Marjanović, früher fünf Jahre „Progress“-Vertreter in Moskau, berichtete ausführlich über die Zusammenarbeit beider Länder im Eisenhüttenwesen. So erhält das mit technischer Unterstützung der UdSSR errichtete Hüttenkombinat in Zenica Schrott und Halbfertigprodukte aus der Sowjetunion, was eine umfassende Nutzung der Produktionskapazitäten ermöglicht. Walzblech, einschließlich Draht und Betonstahl, wird das Kombinat dafür an die UdSSR liefern.

„Wir führen jetzt Verhandlungen über eine Beteiligung sowjetischer Partner an einer Modernisierung des Kombinats in Zenica“, sagte der Leiter von „Progress“. „Es geht dabei um Lieferungen moderner Anlagen aus der Sowjetunion. Nach dem Umbau wird das Kombinat seine Stahlproduktion steigern können.“

Bei einem Besuch in Zenica sprach ich mit Leitern des Kombinats. Die Pläne für eine Produktionsteigerung, von denen Genosse Marjanović

sprach, lassen die Manager die Perspektiven optimistisch sehen — trotz der großen Schwierigkeiten der Finanzierung, der Preisbildung und des Absatzes der Kombinats-erzeugnisse im Lande.

Auf dem Weg von Zenica nach Sarajevo, der Hauptstadt Bosnien und Herzegowina, liegt die kleine alte Stadt Visoko. Sie ist auch im Ausland vor allem durch die Erzeugnisse des Ledertextilkombinats „Visoko“ gut bekannt. Es ist ein großer, komplizierter Betrieb, in dem Gerber, Schuhmacher und Textilwerker erfolgreich arbeiten. Das hiesige Kombinat geht stets mit der Mode und hält der Konkurrenz der besten europäischen Firmen stand. Seine Erzeugnisse

sind sehr gefragt.

„Im Kombinat wird die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hochgeschätzt: 80% des Exports unseres Kombinats geht in die UdSSR“, sagte mir Ismet Pinjot, Direktor der Fabrik für Fertigerzeugnisse des Kombinats. „In diesem Jahr werden wir Leder und Pelzwaren für 7,5 Mio Dollar an die Sowjetunion liefern. Wir hoffen, daß der Umfang unseres Exports in die UdSSR im kommenden Jahr 12 Mio Dollar erreichen wird.“

Mitarbeiter des Kombinats betonten mir gegenüber, daß sie die Aus-

weitung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion begrüßen und höhere Anforderungen an die Qualität der für die UdSSR bestimmten Waren stellen wollen. Fabriksdirektor Pinjot verwies auf die großen Aussichten der neuen Form der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Unionsrepubliken beider Staaten.

Kürzlich hielt sich eine Regierungsdelegation der SR Serbien unter Ivan Stambolić, dem Vorsitzenden des Exekutivrats der Republikskupština, in der UdSSR auf. Nach seiner Rückkehr erklärte Genosse Stambolić, er sei mit den Ergebnissen der Gespräche zufrieden.

Natürlich wird der zunehmende Warenaustausch auch gewisse Probleme, u. a. Verkehrsfragen, akut werden lassen. Beide Länder müssen alles tun, damit die Frachten in beiden Richtungen rechtzeitig ankommen. Insgesamt aber entwickeln sich unsere Wirtschaftsbeziehungen erfolgreich.

Bei Nikolai Baibakows Gesprächen mit der jugoslawischen Führung wurde konstatiert, daß das neue Langzeitprogramm für die Zusammenarbeit entsprechend den 1977 erzielten Vereinbarungen zwischen Leonid Breschnew und Josip Broz Tito ausgearbeitet wurde. Das Streben unserer beiden Länder, ihre Beziehungen im Geiste der Freundschaft zum beiderseitigen Nutzen zu gestalten, trägt zum erfolgreichen Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei.

W. GAWILEWSKI
Eigenbericht

Belgrad, im Oktober

BIOGRAPHISCHES



Geboren 1923 in Istanbul. Berufsmilitär. Von 1942 bis zu seiner Pensionierung im August 1980 diente er in den türkischen Seestreitkräften, gehörte dem Obersten Militärrat an und war Berater des Verteidigungsminis-

MINISTERPRÄSIDENT DER REPUBLIK TÜRKEI

BÜLENT OLUŞU

nisters. Von 1977 bis 1980 war Admiral Oluşu Oberbefehlshaber der türkischen Seestreitkräfte.

Nach der Aktion der Militärs vom 12. September 1980, die den nationalen Sicherheitsrat unter General Kenan Evren an die Macht brachte, übernahm Bülent Oluşu die Regierung der nationalen Einheit, der sieben Militärs sowie namhafte Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Türkei angehören.

Der programmativen Erklärung der neuen Regierung zufolge wird die Außenpolitik des Landes auf den von Kemal Ataturk, dem Begründer der

modernen Türkei, formulierten Prinzipien beruhen — Frieden im Land, Frieden in aller Welt. Während die Türkei ihre Beziehungen zum Westen beibehält, will sie zugleich die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie die kulturellen Verbindungen zu allen Staaten weiterentwickeln, wobei sie der Festigung der Beziehungen zu ihren Nachbarn große Bedeutung beimäßt. In der Innenpolitik plant die Regierung Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Stabilisierung der Lage im Lande.

„MODERNISIERUNG“ DES HEGEMONISMUS

China ist bekanntlich eines der fünfzähnigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates. Folglich hat es eine besondere Verantwortung für die Bewahrung des Weltfriedens und der Sicherheit. Doch vergeblich würde man in der Rede Huang Huas, des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats und Außenministers, auf der 35. UNO-Vollversammlung nach irgendwelchen Friedensinitiativen suchen. Er bekräftigte die negative Haltung der chinesischen Führung zur Entspannung, zur Beendigung des Wettrüstens und zur Abrüstung — zu Prozessen, von denen die Zukunft der Menschheit abhängt. Er suchte die wahren Ursachen für die Verschärfung der Weltlage zu verzerrn und die Schuldigen dafür — die herrschenden Kreise der USA und die NATO-Militaristen — im Grunde reinzuwaschen.

Das Streben der Pekinger Diplomatie nach Aufrechterhaltung der internationalen Spannung, nach Verschärfung der Ost-West-Konfrontation durchzieht Huang Huas Rede. Ein weiteres Mal erging ein provokatorischer Appell nicht an die „Völker der Welt“, wie sich Peking ausdrückte, sondern faktisch an die imperialistische Reaktion: „unverzüglich die entscheidende Wahl zu treffen: entweder einen erbarmungslosen Gegenschlag zu führen oder Schrift für Schrift zurückzuweichen“. Huang Hua entstellt das Wesen der Ereignisse um Afghanistan und Kampuchea und überhäufte die Sowjetunion und das sozialistische Vietnam mit bösartigen Attacken. Das war der Hauptinhalt seiner Rede. Der chinesische Minister wiederholte die schon abgeleiteten Sentenzen vom „sowjetischen Hegemonismus“ und vom berüchtigten „Streben, nach Süden vorzurücken“. Er nahm erneut Zuflucht bei der klassischen Methode der Einschüchterung der einen Länder durch erfundene „Aggressionsabsichten“ der anderen.

Peking hat ein weiteres Mal sein Interesse an einer Aufrechterhaltung der Spannungen um Afghanistan und Kampuchea demonstriert. Es ist offenbar bemüht, die USA und deren Verbündete zur verstärkten Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans, zur Forcierung der militärischen Aktivitäten im Nahen und Mittleren Osten zu bringen. Selbst übernimmt es die Rolle eines „Verteidigers der gemeinsamen Interessen“ am anderen Ende des Kontinents — in Südostasien — und sucht, so seine expansionistischen, hegemonistischen Ziele in dieser Region zu erreichen und die Positionen der sozialistischen Staaten Indochinas zu untergraben. Im Rahmen dieser „parallelens Politik“ über die USA und Japan Druck

auf die Regierungen Thailands und anderer Staaten der ASEAN aus, wobei sie diese entgegen deren nationalen Interessen zu nötigen suchen, Handlangerdienste für die Expansionspolitik Pekings zu leisten und feindselige Positionen gegenüber den Ländern Indochinas einzunehmen. Sie helfen die Existenz der Überreste der Pol-Pot-Banden zu verlängern, indem sie den Mördern „humanitäre Hilfe“ gewähren, während ihre Diplomaten mit Schaum vor dem Mund die UNO-Vertretung des „demokratischen Kampuchea“, der aus dem Land gejagten Henkerclique, verteidigen.

Zugleich will Peking seinen provokatorischen Hegemoniekurs durch die Interessen des „Schutzes des Friedens in aller Welt“ demagogisch „rechtfertigen“. Auf der UNO-Vollversammlung legte Huang Hua die „Hauptprinzipien für eine gerechte Regelung“ der Lage um Afghanistan und Kampuchea vor. Hat man in Peking etwa die Aussichtslosigkeit der Frontalattacken gegen die revolutionären Veränderungen in diesen beiden Ländern eingestanden und versucht jetzt, „ohne Gesichtsverlust“ aus der komplizierten Lage herauszukommen? Analysieren wir einmal die Vorschläge Pekings.

Zunächst fällt auf, daß die bekannten Vorschläge der afghanischen Regierung vom 14. Mai für eine Normalisierung der Beziehungen zu Pakistan und zum Iran sowie das auf der Vientianer Außenministerkonferenz der SRV, der VR Kampuchea und der VDR Laos im Juli d. J. unterbreitete Programm für die Normalisierung der Lage an der thailändisch-kampucheanischen Grenze ebenso wie der Vier-Punkte-Vorschlag der kampucheanischen Regierung ignoriert wurden. Und das nicht von ungefähr. In Peking „übersieht“ man nicht nur diese wichtigen Dokumente, sondern stellt vor allem gegen die Regierungen des demokratischen Afghanistan und Volkskampuchea die Forderung, die innere Ordnung in diesen souveränen Staaten zu verändern.

Huang Hua verlangt als Hauptvoraussetzung für eine „politische Regelung“ den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und der vietnamesischen Einheiten aus Kampuchea. Die rechtmäßigen Regierungen in Kabul und Phnom Penh „dürfen“ also angesichts der fortduernden imperialistischen und hegemonistischen Einmischung und der Aggression von außen nicht selbständig entsprechend der UNO-Charta Militärhilfe von anderen Staaten annehmen, um die Souveränität und die territoriale Integrität ihrer Länder zu verteidigen. Der chinesische Vertreter läßt sich heuchlerisch über

das Recht Kampuchea und Afghanistans aus, „ihr Schicksal ohne irgendwelche Einmischung von außen selbst zu bestimmen“, über die Notwendigkeit, ihre Unabhängigkeit „wiederherzustellen“.

Welch rührende Sorge um das Schicksal der Khmer und der Afghanen! Haben sich ja 1978 die Khmer, die von der chinesischen Führung zur Vernichtung verdammt und systematischer Ausrottung durch die prochinesische Henkersclique ausgesetzt waren, gerade gegen die Entscheidung ihres Schicksals auf Pekinger Art erhoben. Will die chinesische Führung denn nicht gerade dieses „unabhängige“ Kampuchea „wiederherrichten“?

Und was verspricht eine „Regelung“ auf Pekinger Art dem afghanischen Volk? Die Rückkehr zu feudalen Verhältnissen, zu Rechtlosigkeit, Armut, Analphabetentum und Krankheiten. Durch die Anwerbung von Söldnern, mit Dolch und MG sucht man dem Volk, das im April 1978 seine historische Wahl getroffen, einen revolutionären Sprung ins 20. Jh. getan und sein Schicksal selbst in die Hand genommen hat, das Recht auf Selbstbestimmung zu nehmen.

Peking will also durch die Fortführung und Verstärkung der Politik der aggressiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker, durch die Errichtung einer „chinesischen Mauer“ gegen eine realistische Regelung der kampucheanischen wie der afghanischen Frage die Welt glauben machen, es sei „gleichfalls“ dafür, nach einer politischen Regelung aller internationalen Probleme zu suchen. Doch warum mußte Peking alten Wein in neue Schläuche gießen? Erst einmal wegen des Strebens der chinesischen Führung, den schon seit Mao Zedongs Zeiten festsitzenden Ruf eines Kriegshetzers und Provokateurs loszuwerden, der in den ernstesten internationalen Situationen nach dem Prinzip „Je schlechter, desto besser“ agiert. Dann die Versuche, die eigene Politik den Manövern des Westens anzupassen und zu versuchen, die Völker der Entwicklungsländer zu betrügen, indem man sich als Anhänger der internationalen Zusammenarbeit ausgibt. Ohne die Endziele seiner Außenpolitik zu ändern, nimmt Peking taktische Korrekturen vor und hofft, daß man von China als von einem friedliebenden Staat sprechen, daß man gegenüber seinem internationalen Kurs weniger mißtrauisch sein wird.

Natürlich wollen alle vernünftigen Menschen China unter den Staaten sehen, die Frieden, Stabilität und konstruktive Beziehungen zwischen den Staaten anstreben. Doch die außenpolitische Strategie Chinas in der Art, wie sie Außenminister Huang Hua in der UNO dargelegt hat, gibt keinen Anlaß zu Optimismus — im Gegenteil.

J. DIMOW

DIE HINTERGRÜNDE EINES KRIEGES

Leonid MEDWEDKO

Die Nahostlage wird immer explosiver. Tatsachen zeugen davon, daß der 1978 in Camp David gespannte „Friedensrahmen“ eher ein kriegerisches als ein friedliches Bild umgibt. Das hat zu einer weiteren Erschwerung des mehr als 30jährigen Konflikts geführt. Camp David, sein Ursprung und Inhalt wie auch seine Folgen werden von verschiedenen Seiten verschieden interpretiert. Im Westen ist besonders viel über den Krieg von Oktober 1973 geschrieben worden, der den Weg zum „Frieden von Camp David“ geebnet habe.

Wir bringen hier einen Dokumentarbericht über diesen Krieg und die Geheimverhandlungen, die mit dem separaten „Frieden“ endeten. Er ist ein Fragment aus einem im Verlag Politisdat erschienenen Buch von Leonid Medwedko, betitelt „Östlich und westlich von Suez. Das Vermächtnis des Kolonialismus und die Manöver des Neokolonialismus im arabischen Orient“, über die geheimen Triebfedern der Nahostpolitik des Imperialismus im letzten Vierteljahrhundert.

Von den schwierigen Entscheidungen, die die Ministerpräsidentin Golda Meir in ihrer langjährigen politischen Laufbahn zu treffen hatte (sie befaßte sich, seitdem sie 1921 aus den USA nach Palästina auswanderte und Mann und Kinder zurückließ, hauptsächlich mit Politik), war bestimmst die von Anfang Oktober 1973 die schwerste, von einem „Präventivschlag“ gegen Ägypten und Syrien abzusehen, obwohl ihn der Generalstabschef Elazar forderte. Bevor dieser zur Nachtsitzung des „kleinen Kabinetts“ kam, hatte er am 5. Oktober mit Zustimmung Verteidigungsminister Dayans Befehl erteilt, die Armee in volle Kampfbereitschaft zu versetzen. Die Politiker schenkten seinen Forderungen aber kein Gehör. Selbst der „Schlaufuchs“ Dayan lief im letzten Augenblick zu Golda Meir über, die Zurückhaltung verlangte.

Ein nächtlicher Besuch

Nach der Sitzung, auf der es stürmisch zuging, war Frau Meir nicht sicher, ob sie selbst diese Zurückhaltung aufbringen würde. Der Vorschlag Elazars, „loszuschlagen, ohne abzuwarten“, war natürlich sehr verlockend. Mag sein, daß sie, mit sich allein gelassen, gegen Morgen zu dieser Entscheidung geneigt hätte. Aber mitten in der Nacht ersuchte der US-Botschafter Kenneth Keating, bei ihr vorgelassen zu werden.

Worüber sie sprachen, das wurde lange geheimgehalten. Später aber

berichteten Spitzendpolitiker Israels selbst, der Botschafter sei gekommen, um der Regierung von dem „Präventivschlag“ gegen die Araber abzuraten, damit Israel vor der Weltöffentlichkeit nicht als Aggressor dastünde. Er ließ durchblicken, ansonst würde es für die USA heikler sein, Israel militärischen und anderen Beistand zu leisten.

Die durchsichtige Anspielung der Amerikaner darauf, daß Washington Tel Aviv für dessen „politische Zurückhaltung“ voll entschädigen werde, hat, wie Dayan später in seinen Memoiren schrieb, zweifellos eine eindämmende Rolle gespielt. Aber die Politiker haben eine Logik und die Militärs eine andere. Dayan, der spätere Außenminister, sah sich selbst immer als Politiker und Militär in einer Person an. Deshalb machte er keine Einwände gegen die Entscheidung Elazars, vom 6. Oktober frühmorgens an sämtliche Reservisten mobilzumachen.

Das war am Sonnabend und noch dazu der hohe jüdische Feiertag Jom Kippur (Tag des Gerichts). Die Rundfunksender, die an einem solchen Tag hätten schweigen müssen, strahlten jede Viertelstunde rätselhafte Worte aus, z. B. „Seewolf!“, „Schöne Dame!“, „Koteletts!“. Gemeint waren verschiedene Reservistengruppen, die sich sofort bei den entsprechenden Truppenteilen stellen sollten. Die Mobilmachung bildete den Abschluß der Vorbereitungen, die, wie Elazar später bezeugte, in der Armee Israels während der vorhergehenden zehn Tage getroffen worden waren.

Manche westliche Autoren meinen, die Regierung Golda Meir habe nicht nur aus den von den Amerikanern vorgebrachten außenpolitischen Beweggründen, sondern auch wegen des Wahlkampfes den „Präventivschlag“ unterlassen. Im Zweikampf mit dem rechtsextremistischen Likud-Block legte die Regierung den Nachdruck darauf, daß die Politik der Regierungskoalition mit der Partei der Arbeit an der Spitze dem Land Ruhe und Frieden sichere. Und schließlich haben auch rein militärische Beweggründe dabei mitgesprochen, daß der „Präventivschlag“ unterblieb. Wie später die Regierungskommission unter Agranath feststellte, wäre jeder solche Versuch auf eine „Wand aus Raketen“ sowjetischen Fabrikats gestoßen, mit denen die Luftabwehr Ägyptens und Syriens ausgerüstet war.

„Die letzte Chance“

Ausschlaggebend waren jedoch zweifellos die politischen Argumente. Sie beruhten auf der Gewißheit Washingtons, daß Präsident Sadat in dem spruchreichen Krieg nur scheinbar mit seinen arabischen Bündnispartnern zusammen vorgehen, in Wirklichkeit aber seine militärischen und politischen Schritte genau mit den USA vereinbaren werde. Zu dieser Gewißheit hatten sie ausreichenden Grund. Sadats Kurs nach dem Tode Nassers auf eine allmähliche Einschränkung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und namentlich die Tatsache, daß er 1972 die Mission der sowjetischen Militärspezialisten in Ägypten kassierte, mußten sich auf die Kampffähigkeit der ägyptischen Streitkräfte auswirken. Die ostentative antisowjetische Ausrichtung dieser und anderer Aktionen Sadats stand für Washington außer jedem Zweifel. Ebenso die Absicht Sadats, das Vertrauen der USA zu gewinnen und deren Diplomatie zu veranlassen, bei der Vorbereitung eines Separatistabkommens mit Israel energischer zu vermitteln. Der ägyptische Journalist Koudous, der Sadat nahestehend, schrieb im September 1973: „Die Araber brauchen einen Krieg, um auf Kissinger zu drücken“, der damals Staatssekretär der USA war.

Die zahlreichen Kontakte mit den Amerikanern wurden enger. Wie der maßgebliche ägyptische Journalist und Politiker Heikal in dem Buch „Der Weg zum Ramadan“ (London 1975) schrieb, waren diese Kontakte 1972 und 1973 in zwei Richtungen besonders rege: offiziell über die Diplomatie und über einen Geheimkanal — die CIA. Die ägyptische Führung kam zu dem Schluß, daß sich

Washington in seiner Nahostpolitik an folgende sechs Grundsätze halte:

— „die UdSSR aus diesem Raum hinauszuhalten und nicht zuzulassen, daß sie sich aktiv an einer Nahostregelung beteiligt“;

— keine vollständige, sondern eine teilweise Beilegung des Konflikts auf der bilateralen Basis Israel—Ägypten, Israel—Syrien und Israel—Palästinenser zu erwirken, „wenn das jemals möglich werden sollte“;

— eine stufenweise Regelung vorzunehmen;

— eine Rückkehr an die Grenzen von 1967 sei ausgeschlossen;

— das palästinensische Problem auf das Problem der palästinensischen Flüchtlinge reduzieren;

— „die amerikanische Regelungsvariante muß Garantien für die Interessen der USA in diesem Raum bieten“.

Sadat paßte das alles im Grunde genommen. Bei Geheimverhandlungen in Washington vom Februar 1973 mit einem persönlichen Vertreter Sadats ließ Kissinger jedoch eindeutig durchblicken, daß „die von Ägypten erwarteten Zugeständnisse politisch und territorial zu sein“ hätten, d. h. daß die Ägypter einen Teil ihrer Souveränität aufgeben müßten, um für die Sicherheit Israels eine „materielle Basis“ zu gewährleisten. Die USA könnten Israel keinerlei Verpflichtungen „aufnötigen“, obwohl Mittel und Wege bestünden, es „unter Druck zu setzen“, falls dafür „moralische Beweggründe“ vorhanden seien.

Das alles und die Ergebnislosigkeit der vorangegangenen amerikanischen „Friedensinitiativen“ brachten Sadat auf die Idee, Tel Aviv unter militärischen Druck zu setzen als eine sichere Methode, die Situation „aufzutauen“ und eine „moralische Basis“ dafür zu schaffen, daß die amerikanischen Druckmittel gegen Israel angewandt werden könnten.

Darauf brachten Sadat auch andere Dinge. Im Volk und in der Armee gärtete es. Es sank das Ansehen des Präsidenten, der von den politischen Grundsätzen Nassers abwichen war und keine realer. Fortschritte bei der Befreiung der besetzten Gebiete und bei der Besserstellung der Ägypter erzielt hatte. Die Wirtschaft konnte die enormen militärischen Aufwendungen nicht tragen. Die Soldaten und Offiziere fühlten sich dadurch gedemütigt, daß sie endlos in den Schützengräben hocken und auf den gesperrten Suezkanal starren mußten. Die meisten Militärs waren sich darüber klar, daß die Einstellung der Zusammenarbeit mit der UdSSR keineswegs dazu angetan war, das Verteidigungspotential

rem Himmel gewesen. Es zeigt auch, wie zynisch die Anschuldigung gegen die UdSSR ist, sie habe die Araber in den Oktoberkrieg hineingetetzt.

Verfolgte Sadat mit seinen Kampfhandlungen gegen Israel vor allem den Zweck, sich den späteren Kuhhandel mit dem Westen und das Separatistabkommen mit Tel Aviv zu erleichtern, so sahen die patriotischen Kräfte in der arabischen Welt, auch in Ägypten, im bewaffneten Kampf eine berechtigte Gegenwehr gegen den Raubüberfall Israels. Die arabischen Völker konnten sich mit der Politik der „vollendeten Tatsachen“, mit der widerrechtlichen Besetzung von Gebieten ihrer Länder und mit der Entrechtung der Palästinenser nicht abfinden.

Die Vergeltung am „Tag des Gerichts“



Frohlockende ägyptische Soldaten in den ersten Stunden des Oktoberkriegs: Sie haben den Suezkanal überwunden und die Barlev-Linie durchbrochen.

ihres Landes zu verstärken. Heikal schreibt:

„Bis 1973 hatte sich Ägypten bei den arabischen Ländern lächerlich gemacht. Wir hatten uns die Rolle des Führers und Schützers der Araber angemaßt..., hatten uns aber unfähig gezeigt, auch nur das eigene Landesgebiet zu schützen.“

Das wußte auch Sadat. Etwa einen Monat vor dem Oktoberkrieg hatte er zu Heikal gesagt:

„Das ist unsere letzte Chance. Wenn wir sie nicht ergreifen, werden wir am Ende den Anschluß verpassen.“

Über seine Kriegspläne informierte Sadat einige auf den Westen orientierte arabische Spitzenpolitiker, vor demjenigen Libyens, Ghadafi, hielt er sie jedoch geheim, obwohl — laut Heikal — gerade Libyen Ägypten vor dem Krieg die ansehnlichste militärische und finanzielle Hilfe, schätzungsweise in Höhe von mindestens 1 Md. Dollar, geleistet hatte. Der amerikanische Geheimdienst aber wußte über die in Vorbereitung befindliche Operation schon im Mai 1973 Bescheid. Unmittelbar vor Kriegsausbruch hatte er in Ägypten intensiver rein militärische Informationen eingeholt. Das zeigt, wie gewisse westliche Autoren heucheln, wenn sie behaupten, der Ausbruch des Nahostkonflikts sei für die USA ein Blitz aus heiter

Die ägyptischen und syrischen Truppen griffen am 6. Oktober 1973 an breiter Front die israelischen Stellungen an. Schon in den ersten sechs Stunden setzten die Ägypter über den Suezkanal. Deshalb nennt man das in Ägypten den Sechsstunden-, in Israel und im Westen aber den Überraschungskrieg.

Überraschend war nicht die Wiederaufnahmen der Kampfhandlungen an sich, sondern ihre Art, ihr Umfang und ihre Intensität. Völlig überraschend, besonders für Israel, waren die Ergebnisse gleich des ersten Schlages der in sechs Jahren (seit dem Krieg vom Juni 1967) zu Kräften gekommenen Streitkräfte Ägyptens und Syriens. In gewissem Grade waren sie es auch für Sadat selbst. Wie Heikal schreibt, hatte Sadat geglaubt, die Überwindung des Suezkanals und der Durchbruch durch die Befestigungen Israels — die Barlev-Linie — an seinem Ostufer würden lange dauern und viele Gefallene kosten. Das Ganze ging aber schnell und ziemlich unblutig vonstatten — höchstens 100 Soldaten fielen. Die Überwindung des Kanals lief unter der Kodebezeichnung „Badr“ (Blitz) und war auch wirklich blitzartig. Die Barlev-Linie, die 70 Tage und Nächte gebaut worden war und Israel rund 600 Mio Dollar gekostet hatte, fiel in einigen Stunden, ohne die weit vorgeschoßene „neue Grenze“ Israels geschützt zu haben.

Heikal zitiert, mit welchen Worten Sadat den sowjetischen Botschafter telefonisch vom Erfolg der ersten Operation in Kenntnis setzte:

„Bestellen Sie Breshnew, daß gerade den sowjetischen Waffen dieser wunderbare Übergang zu verdanken ist.“

An der syrischen Front dauerte der Angriff zwei Tage und Nächte. Nachdem die Syrier den Widerstand des Gegners gebrochen hatten, rückten sie im Raum der Golan-Höhen 5–6 und an manchen Abschnitten bis zu 20 Kilometern vor.

„Israel hielt den Angriff der syrischen Armee für gefährlicher als den ägyptischen“,

schreibt der Israeli Kalmanovitz, in seinem Buch „Der Krieg am Jom Kippur“.

Auf den steinigen Hochplateaus zwischen El-Kuneitra und Damaskus tobten hartnäckige, blutige Gefechte. Wie erbittert sie waren, zeigt schon die Tatsache, daß die syrische Armee in den ersten beiden Wochen

merkwürdig zauderte und behauptete, er wolle „unnötige Verluste“ verhüten, was später Tausende nicht nur syrische, sondern auch ägyptische Soldaten die gesunden Glieder oder das Leben kostete. Sein Zaudern läßt sich mit keinerlei taktischen Beweggründen rechtfertigen, um so weniger, als sich die ägyptischen Soldaten und unteren Chargen, begeistert über ihre zügige Überwindung des Suezkanals, in den Kampf stürzen wollten und sich über das Abflauen der Offensive wunderten, besonders in Syrien.

Im Bann von Widersprüchen

Manche amerikanischen und west-europäischen Teilnehmer internatio-naler Symposien in Kairo und Jerusalem von 1975 wollten es mit rein militärischen Irrtümern und Fehlkalkulationen erklären, daß sich die Ägypter in den ersten Tagen der Kämpfe am östlichen Kanalufer nicht vom Fleck rührten und nach dem Durchbruch der Israelis ans westliche Ufer eine unbegreifliche Lässigkeit an den Tag legten. Eine amtliche ägyptische Publikation von 1975, betitelt „Zwei Jahre nach dem vierten arabisch-israelischen Krieg“, strotzt von Behauptun-gen, Israel sei besser als Ägypten bewaffnet gewesen, und während des Krieges hätten „die Russen Ägypten kein einzi-ges Geschütz geliefert“.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist ein Widerspruch in Sadats autobiographischem Buch „Der Weg zum eigenen Ich“. Einerseits gibt er die Schlagkraft der sowjetischen Waffen zu, die dank der größeren Hilfe sowjetischer Experten zugenommen hatte, die stärkere Kampffähigkeit der ägyptischen Armee und im Zusammenhang damit die Verlagerung des Kräfteverhältnisses im Oktoberkrieg zugunsten der Araber. Anderseits behauptet er, die UdSSR habe Ägypten veraltete Waffen geliefert.

Man braucht sich nur das damalige Kräfteverhältnis zwischen Israel und Ägypten vor Augen zu halten, um zu wissen, daß das nicht stimmt. Dem Londoner Institut für strategische Forschungen zufolge war Ägypten zu Kriegsbeginn Israel nicht nur in der Truppenstärke, sondern auch mit der Zahl seiner Panzer, Geschütze, Granatwerfer und Flakketensätze überlegen und stand ihm mit der

Zahl seiner Kampfflugzeuge kaum nach. Was die Qualität der Waffen der ägyptischen Armee betrifft, so entsprachen sie, wie viele ausländische und arabische Militärexperten bestätigten, allen modernen Anforde-rungen und waren taktisch und technisch nicht schlechter als die entsprechen- den westlichen. Heikal hebt folgendes hervor:

„Die ägyptische Armee hatte die denkbar besten Waffen, und unsere Truppen waren in ihrem Gebrauch vor-züglich ausgebildet.“

Folglich lagen die Mißerfolge Ägyptens nach der erfolgreichen Überwindung des Suezkanals keineswegs an den Waffen der ägyptischen Soldaten, sondern an der untüchtigen Truppenführung. Das ägyptische Oberkommando verstand es nicht, sein Vorgehen auf das Syriens abzustimmen, ja, es konnte nicht einmal für ein Zusammenspiel der eigenen Truppenverbände sorgen.

Heikal schreibt, das ägyptische Oberkommando

„lift an übertriebener Vorsicht, als es seinen Operationsplan aufstellte und ausführte..., es unterschätzte die Kräfte des Gegners, der nicht 10–11 Panzerbrigaden zum Einsatz bringen konnte, wie das ägyptische Oberkommando geglaubt hatte, sondern 17.“

Zum großen Teil deshalb schlug Sadats Sinai-Angriff vom 14. Oktober fehl und konnten die Israelis ans Westufer des Kanals vorstoßen. Die 3. Armee Ägyptens wurde eingekesselt, ein großer Teil der Luftabwehr am westlichen Ufer zerstört. Danach überflog Israels Luftwaffe so gut wie ungestraft Ägypten. Die israelischen Truppen besetzten auch zwei Flugplätze, sie umzingelten Ismailia und Suez und rückten nach Kairo vor. Auf Verlangen des UNO-Sicherheitsrates wurde der Vorstoß erst 101 km von Kairo entfernt abgeblasen.

Woher kam diese erstaunliche Leichtsinnigkeit und Selbstsicherheit des ägyptischen Oberbefehlshabers Sadat? Nur von operativen und taktischen Fehlkalkulationen? Schwerlich ist etwas gegen das Urteil vieler westlicher und arabischer For-scher einzuwenden, daß es eher an den politischen Zielen lag, die er mit dem Krieg verfolgte.

Nicht von ungefähr steht in Ägypten auf das Lesen und Verbreiten der Memoiren des bereits erwähnten Generals Shazli eine Strafe. Sie erschienen arabisch in der Pariser Zeitschrift „Al-Watan Al-Arabi“ und enthalten zahlreiche An-gaben über Schritte des Präsidenten, die dieser im voraus mit seinen aus-



Israelische Truppenteile haben eine Pontonbrücke über den Suezkanal gebaut, sein westliches Ufer erreicht und die 3. ägyptische Armee eingekesselt.

größere Verluste als die ägyptische hatte. An der syrischen Front hatten die Araber über 8000 Tote und Verwundete, die Ägypter kaum 7000. Am vierten Kriegstag hatte Israel von seinen 36 Brigaden 12 an der syrischen Front zusammengezogen und ansehnliche Kräfte in Reserve.

Das syrische Oberkommando er-suchte Sadat wiederholt, etwas zu unternehmen, das die Israelis zwingen würde, einen Teil ihrer Streitkräfte an die ägyptische Front zu verlegen und dadurch den Druck auf die Syrier abzuschwächen.

Wie reagierten die ägyptischen Spitzenpolitiker mitsamt Sadats darauf? Er hatte ja das Vorgehen der am Krieg beteiligten arabischen Streitkräfte aufeinander abzustimmen. Viele westliche und arabische Experten, auch General Shazli, der im Oktoberkrieg ägyptischer Generalstabschef war, sind sich darüber einig, daß Sadat in jenen Tagen

ländischen Gönner abgesprochen hatte.

Shazli schreibt, hätte das ägyptische Oberkommando selbständiger gehandelt, dann

„hätten wir im Oktoberkrieg viel mehr erreichen können... Wir hätten den Krieg nach unseren und nicht nach den Plänen geführt, die uns der Gegner aufnötigte.“

Die Armee hatte nach der Überwindung des Suezkanals durch Verschulden der Führung so schwere Verluste. Infolge der Tatenlosigkeit des ägyptischen Oberbefehlshabers konnten die Israelis auf das Westufer vorstoßen und im Raum von Suez eine ganze Armee einkesseln. Über Sadats Verhalten schreibt Shazli:

luste und die Demütigung der 3. Armee von sich abzuwälzen, ließ Sadat damals zwei Generale wegen „falscher Einschätzung der israelischen Bedrohung am Mittelsektor“ hinrichten. Wirklich schuld waren aber nach Heikals Ansicht nicht sie, sondern der Oberbefehlshaber. Man hatte „die Analyse der politischen Lage auf die leichte Achsel genommen“, was „im Hinblick auf den Termin und Umfang der Feuereinstellung zu Schwankungen und Mißverständnissen führte“. Sadat hatte gehofft, sein Busenfreund Kissinger werde imstande sein (so Heikal),

„das Vorrücken der Israelis zum Stillstand zu bringen und Tel Aviv zu zwingen, die Resolution des UNO-Sicherheitsrates über die sofortige Feuereinstellung zu befolgen. Viel erhoffte er auch von einer sofortigen Wirkung des von Saudi-Arabien und anderen arabischen Ölländern über den Westen verhängten Ölboykott.“

Wie es sich aber später herausstellte, wollten die Israelis trotz des „Drucks“ von seiten Kissingers und trotz der Ölsperrre die 3. ägyptische Armee völlig aufreihen und weiter nach Kairo vorrücken. Das geschah nicht, weil die UdSSR energische diplomatische Schritte unternahm. Das gefährliche Vorgehen Israels wurde aufgehalten.

In dem Buch „Waffen für die Araber“ zitiert der Verfasser Glassman (USA) eine Äußerung Dayans, die UdSSR habe „auf die USA gedrückt, sie sollten Israel zur Feuereinstellung zwingen“. Die „Newsweek“ behauptete sogar, Kissinger habe „Israel die Daumenschrauben angesetzt“, damit dieses die UNO-Resolution über die Feuereinstellung befolge, habe aber nichts ausgerichtet, bis die UdSSR ihr wichtigstes Wort gesprochen hatte. Dafür habe Kissinger, der damals noch Geheimverbindungen mit Kairo hatte, Ägypten die Daumenschrauben anlegen können. Sadat gab später selbst zu, Washington habe ihn strengstens vor dem Versuch gewarnt, einen Schlag gegen die israelische Truppengruppierung am westlichen Kanalufer zu führen. Dabei war diese dort leicht verwundbar. Mit den Haupttruppen Israels war sie nur durch einen 6 km breiten Korridor und eine Pontonbrücke verbunden. Einige Einheiten einer ägyptischen Luftlandebrigade erreichten die israelische Pontonbrücke und wollten sie schon in die Luft sprengen. Der Brigadekommandeur bekam aber aus Kairo das strenge Verbot, es zu tun sowie israelische Pontonbrücken mit Geschützen zu beschließen, und die Befehlshaber der Artillerie der 2. und 3. Armee mußten, wie Heikal schreibt,

„entgegen ihrem Willen den Wurzelgriff von der Gurgel der Israelis lösen“.

Jetzt ist begreiflich, warum sich durch Sadats Schwankungen und Bocksprünge dieser Griff löste, obwohl die Ägypter, wie er selbst zugab, in diesem Raum eine ungefähr doppelt so große Feuerstärke wie die Israelis hatten.

Sadats Schwankungen und Bocksprünge im Krieg und danach sind auf sein Bestreben zurückzuführen, eine Geheimabmachung mit Israel zu schließen, sei es auch auf Kosten oder unter Umgehung der Interessen Syriens, der Palästinenser und der arabischen revolutionären Freiheitsbewegung überhaupt. Doch der gemeinsame Erfolg der arabischen Länder im Oktoberkrieg und die tatkräftige Unterstützung durch die UdSSR hinderten damals die amerikanische Diplomatie und Tel Aviv daran, den Arabern Separatarmachungen aufzunötigen, die eine Kapitulation bedeutet hätten.

Der ehemalige Ministerpräsident der ARÄ Hegazi sagte:

„Die UdSSR hat uns nicht nur militärische Hilfe in einem Umfang geleistet, der uns am 6. Oktober (1973) zum militärischen Erfolg befähigte. Als ehrlicher Patriot Ägyptens und Sachwalter seiner nationalen Interessen kann ich kein Gleichheitszeichen zwischen die Einstellung der UdSSR und die der USA setzen, ja ich kann sie nicht einmal vergleichen. Die UdSSR hat unseren politischen Kurs auf dem weltpolitischen Schauplatz rückhaltslos unterstützt und uns bei unseren Bemühungen um das wirtschaftliche Vorwärtskommen Ägyptens immer beigestanden. Die militärische Hilfe der UdSSR hat bei unseren Siegen eine wichtige Rolle gespielt. Ohne sie hätten wir im Oktoberkrieg keinen Erfolg erzielt.“

Obwohl Sadat die ägyptisch-sowjetische Freundschaft unterminiert hat, traf die Sowjetunion im kritischen Augenblick Sofortmaßnahmen, um Ägypten und die anderen arabischen Länder zu unterstützen. Sie spannte eine Luftbrücke, um schlecht viel Kriegsgerät, Waffen und Munition hinüberzufördern. Das geschah auch auf dem Seeweg. Noch im Oktober 1973 sagte Sadat, daß sich die Sowjetunion als treuer Freund erweist.

Danach leitete sie innerhalb und außerhalb der UNO energische politische Aktionen zur Unterstützung des gerechten Kampfes der arabischen Völker ein. Die arabischen Spitzenpolitiker statteten ihr und der ganzen Sozialistischen Gemeinschaft in einem Beschuß ihres Gipfels vom November 1973 ihren Dank für die allseitige Hilfe an die Araber vom Oktober 1973 ab.

(Schluß folgt)



Das erste Treffen Sadat—Kissinger nach dem Oktoberkrieg (Kairo, November 1973), der Auftakt zu Camp David.

Fotos aus „Spiegel“ (BRD) und „Time“ (USA)

„Es ist das schwerste Verbrechen und muß um der geschichtlichen Wahrheit willen und damit die arabischen Völker die Wahrheit erfahren, untersucht werden.“

Lavieren an zwei Fronten

Der Oktoberkrieg wird auch ein Krieg der Taktik genannt, da sich die konfrontierten Armeen größtenteils mit Kampfhandlungen in taktischer Tiefe begnügten. Für Sadat aber war er, wie seine weitere Handlungsweise zeigte, auch politisch ein taktischer Krieg. Er hoffte, seine Fehlschläge an den Fronten mit Hilfe der USA an der diplomatischen Front wettmachen zu können. Ohne Proviant, Trinkwasser und Medikamente eingekesselt, waren die ägyptischen Soldaten faktisch Geiseln in einer Geheimpolitik. Um die Verantwortung für die Ver-

DISKUSSION MIT DEM LESER

Immer wieder findet man in der UdSSR Stellenangebote, Ihre Zeitungen schreiben vom Mangel an Arbeitskräften. Ich glaube, dieser Mangel wurzelt in der niedrigen Arbeitsproduktivität. Gelänge es Ihnen, diese spürbar zu heben, gäbe es kein Arbeitskräftedefizit, sondern Sie hätten im Gegenteil Arbeitslosigkeit.

K. DORNBURGER
Hamburg, BRD

hoch, aber das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität blieb dahinter zurück. Das führte zum Kadermangel. Jetzt tritt unsere Wirtschaft in eine neue Phase ein. Es handelt sich um den Ausbau der Produktion in die „Tiefe“, um ihre allseitige Intensivierung. Sie hat bereits begonnen, und zweifellos ist gerade das, also der wissenschaftlich-technische Fortschritt, die Hebung der Effektivität der Produktion und der Arbeitsqualität, das Hauptmittel zur Lösung der grundsätzlichen Probleme unserer Wirtschaft, darunter auch des Problems Kadermangel. Man braucht nur zu sagen, daß bei uns allein ein Prozent Zuwachs in der Arbeitsproduktivität die Arbeit von fast einer Million Menschen ausgleicht.

In der riesigen Volkswirtschaft der UdSSR sind gegenwärtig 123 Millionen Menschen beschäftigt. Der effektive Einsatz der Arbeitskraftressourcen ist kompliziert und vielschichtig. Ich möchte hier nur einiges anschneiden.

Sie wissen vermutlich, daß wir heute der Entwicklung Sibiriens und des Fernen Ostens besondere Aufmerksamkeit schenken. Ebendort aber verspüren wir einen ständigen Mangel an Arbeitskräften. Gleichzeitig gibt es in der mittelasiatischen Wirtschaftszone oder in einigen transkaukasischen Republiken Überhänge an Arbeitskraftressourcen. Wie kann man sie besser einsetzen? Wirtschaftsfachleute schlagen in den ländlichen Gebieten dieser Zonen Betriebe der örtlichen Industrie vor, die sich mit der Verarbeitung von Agrarprodukten und der Herstellung anderer Erzeugnisse beschäftigen könnten. Die intensive Anwerbung eines Teils der dort Ansässigen, insbesondere der Jugendlichen, in die neu zu erschließenden Zonen könnte wesentliche Wirkung zeitigen.

Unsere Wirtschaftsexperten konstatieren auch eine unproportionale Arbeitsverteilung zwischen den verschiedenen Produktionszweigen und Tätigkeitsbereichen. So besteht z. B. kein

Mangel an jungen Leuten, die Wissenschaftler, Schauspieler, Fachkräfte für Radioelektronik werden wollen.. Die Berufe des Bergmanns, des Hüttenarbeiters, des Dreher oder der Melkerin interessieren weniger Menschen als gebraucht werden. Nach Ansicht vieler sowjetischer Wissenschaftler und Wirtschaftler ist die Prestigeanebung einiger Arbeiterberufe eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

Kurz, unsere Volkswirtschaft besitzt nicht wenige Möglichkeiten zur rationalen Nutzung der Arbeitskräftereserven. Dazu gehört auch die Vervollkommenung des Wirtschaftsmechanismus, der Planung und der Verbesserung des wirtschaftlichen Anreizes sowie natürlich auch, wie bereits gesagt, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Sicherung eines stabilen Wachstums der Arbeitsproduktivität auf dieser Basis.

Es ist jedoch undenkbar, daß dies alles bei uns zu Arbeitslosigkeit führen könnte. So bedeutend die Leistungen der modernen Wissenschaft und Technik, die Arbeit des Wissenschaftlers und Konstrukteurs an sich auch sein mögen, ohne die Arbeiter lassen sich keine materiellen Güter schaffen. Die Millionen Menschen in den kapitalistischen Ländern, die für ihre Hände und ihren Geist keine Anwendungsmöglichkeiten finden, sind nicht Opfer des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, sondern der Gesellschaftsordnung. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft dagegen, mit einer normal funktionierenden Wirtschaft, kann es einfach nicht zu Arbeitslosigkeit kommen lassen. Das würde der Natur dieser Gesellschaft selbst widersprechen, die an einem maximalen Wachstum ihres materiellen Reichtums wie daran interessiert ist, daß alle ihre Bürger dazu einen Beitrag leisten. Ein sozialistischer Staat, dem das Wohlergehen seines Volkes am Herzen liegt, wird die Mittel finden, jedem diese Möglichkeit zu bieten.



Bitte etwas über die Royal Canadian Mounted Police

N. TUGAI,
Sotschi, UdSSR

Die Royal Canadian Mounted Police (RCMP) wurde 1873 aufgestellt. Bis 1920 hieß sie Royal Northwest Mounted Police und hatte reine Polizeifunktionen.

Heute befaßt sich die RCMP praktisch mit den gleichen Aufgaben wie das FBI der USA, darunter mit politischer Fahndung. Vor den Parlamentswahlen im Mai 1979 wurde z. B. offiziell mitgeteilt, daß die Kandidaten

anhand eines Dossiers der RCMP überprüft würden, um zu erkennen, ob sie nicht in irgendeine „verdächtige Aktivität“ verwickelt seien. Vor allem arbeitet die RCMP gegen die KP Kanadas, gegen Gewerkschaftsführer und Streikleiter. Bekannt wurden ungesetzliche Haussuchungen bei Funktionären sowie die Beobachtung namhafter Oppositioneller.

Lehrer oder Punchingball?



Der britische Lehrerverband hat bekanntgegeben, daß eine Krankenkasse für Schul- und College-Lehrer gegründet wird. Der Verband bekommt nämlich im Jahresschnitt 300 Beschwerden von Lehrern, sie seien von den Schülern mißhandelt worden. Das Gericht spricht ihnen, weil die Täter Minderjährige sind, keinen Schadenersatz zu. „Wenn ein Schüler einem Lehrer vier Vorderzähne ausgeschlagen hat, schuldig gesprochen und auf Bewährung bestraft worden ist, muß der Lehrer trotzdem die Zahnlprothese selbst bezahlen“, erklärte ein Verbandsleiter namens Peter Smith. Von jetzt an trägt der Verband die Kosten, wenn das Opfer über eine Woche nicht unterrichten kann.

Ein Kälberkrieg

Der französische Konsumentenverband hat zum Boykott des Kalbfleischs aufgerufen, weil die Bauern die Kälber mit Hormonen füttern, damit sie schneller zunehmen. Dadurch wird das Fleisch unschmackhaft und sogar gesundheitsschädlich. Danach wurde um 40% weniger Kalbfleisch gekauft, und der Preis im Einzelhandel sank. Die empörten Bauern forderten ein behördliches Verbot des Boykotts. Agrarminister Méhaignerie ging auf ihre Forderung ein und zwang die Zeitschrift

des Konsumentenverbandes mit Hilfe der Zensur, die Geschichte von den Hormonen aus dem noch nicht gedruckten Teil der Aufgabe zu entfernen.

Vertrauenskrise

Die amerikanische Frauzeitschrift „Ladies Home's Journal“ stellte unter den Leserinnen eine Umfrage u. a. darüber an, welchem führenden Politiker und Journalisten sie am meisten vertrauen. Es hat sich ergeben, daß keiner besonderes Vertrauen genießt. Bekam aber der Kommentator Walter Cronkite 40 von 100 Punkten, so waren die Ergebnisse für die Politiker noch betrüblicher. Von den Hausfrauen haben 43% zu keinem Politiker Vertrauen, zu Carter nur jede zehnte und zu Reagan jede fünfundzwanzigste.

Eisbäralarm



Das Krankenhauspersonal in Churchill, das im Norden der kanadischen Provinz Manitoba liegt, hat durchgesetzt, daß ein Punkt über einen Eisbäralarm in den Tarifvertrag aufgenommen wird. Bei diesem Alarm werden die Krankenhausangestellten kostenlos zur Arbeit und nach Hause befördert. Churchill gilt in Kanada

als die „Eisbärmopole“. Im Winter wird die Stadt, besonders nachts, von bis zu 140 Exemplaren dieser gefährlichen Tiere besucht.

Geleimt



Als Anhänger von Strauß einen Gegner des CDU/CSU-Kandidaten im Wahlkampf dabei ertappten, wie er ein Wahlplakat ihrer Partei abriß, ließen sie ihm durch ihren Anwalt folgende Rechnung zugehen: „200 Mark für anteilige Bewachungskosten zur Haftbarmachung des Täters; 125 Mark für das Herstellen eines Beweissicherungsfotos; 100 Mark für entgangene Werbewirkung; sieben Mark für das zerstörte Plakat und drei Mark Leim“.

Das kann nicht jeder

In letzter Zeit ist es immer schwerer, mit dem Auto durch das Zentrum Roms zu fahren. Die Stadtbehörde erklärt das mit umfangreichen Bauarbeiten. Unlängst aber hat die Radikale Partei Italiens erklärt, manche Straßen seien nach Lust und Laune einflußreicher Bürger gesperrt, die dort wohnen. Zum Beweis bewaffneten sich ein paar junge Radikale mit Sägen und Äxten und legten eine Bresche in den Bauzaun, der die Via Paola absperre, und da sah man, daß dahinter nichts gebaut wird. Da wohnt bloß Ex-Minister-

präsident Andreotti. Er ließ den Zaun aufstellen, um sicherer zu sein und mehr Ruhe zu haben.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen

Nach Ansicht von Experten bringt das Ölgeschäft in den USA mehr als alles andere ein. Wer sind die nächsten Konkurrenten der einschlägigen Konzerne? Mit der Höhe ihrer Einkünfte nimmt die Mafia anscheinend hinter ihnen den zweiten Platz ein. Diese Meinung äußerten die Redakteure der Zeitschrift „Forbes“, eines Sprachrohrs der amerikanischen Geschäftswelt. Böse Zungen fügen hinzu, daß die Konkurrenten ziemlich viele Methoden bei einander entlehnen.

Rekorde, Rekorde...



Seinen 104. Geburtstag hat jetzt der älteste Häftling der USA gefeiert. John Davis kam 1922 ins Kittchen, weil er eine Uhr und 5 Dollar gestohlen hatte. 1930 brach er aus, geriet aber bald wieder hinter Gitter. Heute weiß keiner mehr genau, auf wie lange und wofür er verdonnert wurde. Insgesamt hat Davis 58 Jahre in Haft verbracht.

DIE SOWJETISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT“

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, polnisch, portugiesisch, italienisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (360 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.

Association Belgique-URSS, 21 rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

BRD (22,00 DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3 (Worringerplatz) Postfach 1928.

— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, 8 München 34, Postfach 68.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

DÄNEMARK (42,00 dkr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, 8000 Aarhus-C.

— Sputnik International Import og Boghandel, Vester Voldgade 11, 1152, København K.

— Rhodos International Tidsskrifthandel, 36, Strandgade, DK 1401 København K.

DDR (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt, 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3—4

FINNLAND (29,00 fmk) — Akateeminen Kirjakauppa Postilokerö 128, 00100 Helsinki 10.

— Kansankulttuuri Oy Simonkatu 8, 00100 Helsinki 10.

— Rautakirja Oy, PL 1, 01641 Vantaa 64

HOLLAND (18,00 hfl.) — „Pegasus“ Boekhandel, Leidsestraat 25, Amsterdam.

JUGOSLAVIEN (8255, Din.) — 11 000 Belgrad, „Jugoslavenska knjiga“, Terazije 27 II, soba 5.

— Prosveta Terazije 16 1.

— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Ilica 30, Preradovicova 18.

— 6100 Ljubljana, „Drzavna Zalozba Slovenije“

Titova cesta 25, P. O. 850-1

— „Cankarjeva Zalozba“, Kopitarjeva 2.

— 71 000 Sarajevo, „Veselin Maslesa“, S. Milutinovica 4.

— 91 000 Skopje, „Makedonska knjiga“, Ul. 11 Oktavri bb.

KANADA (7.00 c\$) — Periodica Inc., C. P. 220, Ville Mont-Royal, P. Q H3 P 3C4.

— Progress Books, 71 Bathurst Street 3rd Floor, Toronto, ont., M5V 2P6

LUXEMBURG (360 lfr.) — Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (42,00 nkr.) Tidsskrift Sentvalen Tanum A/S P.O. Box 1177 Sentrum Oslo 1

— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Boks 119, Ankertorg, Oslo 1

— A/S Narvesens Litteraturtjeneste, Bertrand Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6.

ÖSTERREICH (60 ÖS) — „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“ Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.

— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.

— Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.

— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

POLEN (52 Zl.) — „Ars Polonia“, Niederlassungen, Postämter und internationale Presse, und Bücherclubs.

SCHWEDEN (36,00 skr.) — Wenergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.

— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, P.O.B. 16356, S-10327 Stockholm 16.

— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.

— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan, Box 62, S-101, 20 Stockholm.

— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr 116 45 Stockholm.

SCHWEIZ (20,00 sfr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2 Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.

— Naville et Cie S.A. 5—7, rue Lévrier, 1211 Genève.

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J.-Rousseau, Genève.

— Pinkus et Cie Froschauagasse 7, 8001 Zürich.

— Reiher-Verlag, Postfach 3000, Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI (62.40 Kčs) PNS-dovoz tisku; PNS dovoz Hače.

UNGARN (80 Ft) — Die Postämter.

USA (10.00 \$) Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010.

WESTBERLIN (22,00 DM) „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der oben angeführten Firmen einsenden.

Herrn Frau/Frl. Fa. Buchhdg.

Name _____ Vorname _____

Anschrift: _____

Abonnementbestellung

Anzahl: _____ Titel: _____

Preis: _____

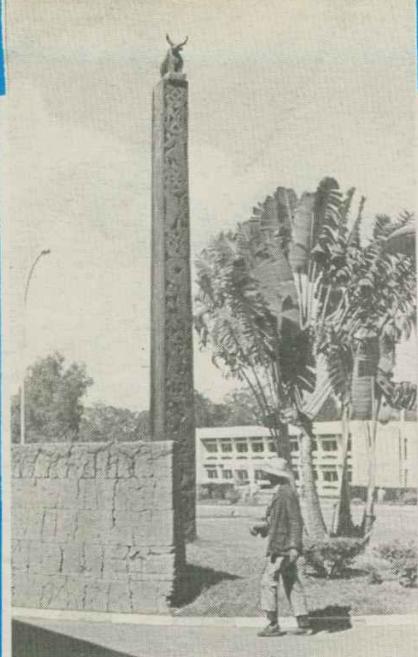
BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum: _____

Bitte entsprechendes ankreuzen

Unterschrift: _____

III. OBJEKTIV. MADAGASKAR



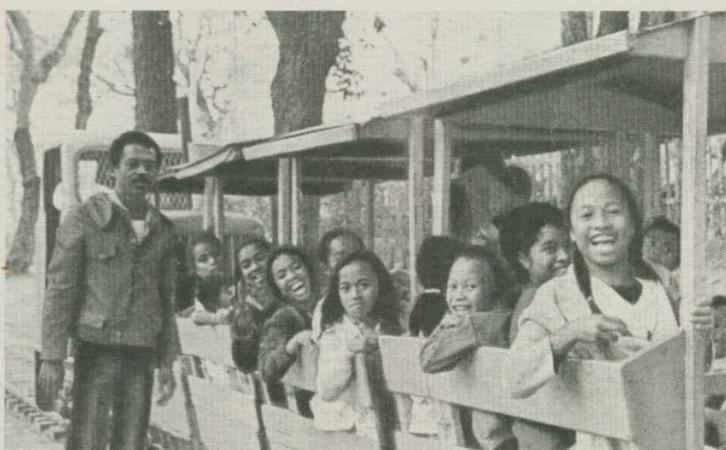
Obelisk
in Tananarive,
der Landeshauptstadt



Der Hafen
in Antsirane,
der Hauptstadt einer
der sechs Provinzen
Madagaskars



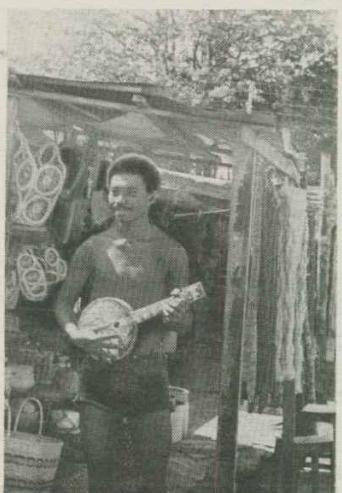
Das Sinnbild der Hafenstadt
Tamatave: ein Anker



Frauenorganisationen
und Gewerkschaften
richten Spielplätze
für die Kinder ein



Hier kann man
Kunstgewerbeartikel
kaufen



Schaukästen
mit Fotos
über das Leben
in der UdSSR



Fotos: TASS

Das 9-Millionen-Volk dieses Inselstaates an der Südostküste Afrikas errang vor 20 Jahren seine Unabhängigkeit. Es bedurfte aber noch eines 15jährigen, von auswärts aufgeheizten heftigen innerpolitischen Kampfes, bevor das Land die fortschrittlichen sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen auf der Grundlage der Charta der madagassischen sozialistischen Revolution in Angriff nehmen konnte.

Die Aufgaben der Demokratischen Republik Madagaskar sind nicht leicht, besonders diejenigen, die die Schaffung einer stabilen selbständigen Wirtschaft betreffen, die nicht an das kapitalistische System gebunden wäre, dessen Anhänger Madagaskar jahrzehntelang gewesen war. Um das zu erreichen, hat die Regierung die Banken und Versicherungsgesellschaften sowie den Besitz großer Auslandskonzerne verstaatlicht, den Außenhandel selbst in die Hand genommen und eine Anzahl staatlicher und gemischter Unternehmen gegründet.

In den letzten Jahren dehnt sich die vielseitige Zusammenarbeit Madagaskars mit der UdSSR immer mehr aus.